

Krieg im Irak - Krieg gegen den Terror?

Szukala, Andrea (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerk / collection

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Szukala, A. (Hrsg.). (2003). *Krieg im Irak - Krieg gegen den Terror?* (AIPA - Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Außenpolitik, 3/2003). Köln: Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-218487>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

AIPA 3/2003

Arbeitspapiere zur Internationalen Politik
und Außenpolitik

Andrea Szukala (Hrsg.)

Krieg im Irak
Krieg gegen den Terror?



Lehrstuhl Internationale Politik
Universität zu Köln

ISSN 1611-0072

AIPA 3/2003

Arbeitspapiere zur Internationalen Politik
und Außenpolitik

Andrea Szukala (Hrsg.)

Krieg im Irak
Krieg gegen den Terror?

ISSN 1611-0072

Herausgeber:

Lehrstuhl Internationale Politik

Universität zu Köln, Gottfried-Keller-Str. 6, 50931 Köln

Köln 2003

DISKUTANTEN:

Prof. Dr. Daniel S. Hamilton, Direktor des Zentrums für transatlantische Beziehungen an der Paul H. Nitze School of Advanced International Studies an der Johns-Hopkins-Universität in Washington, D.C.

Prof. Dr. Thomas Jäger, Lehrstuhl Internationale Politik am Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität zu Köln

Oberst i. G. Roland Kaestner, Zentrum für Analysen und Studien der Bundeswehr in Waldbröl

Dr. Françoise Manfrass-Sirjacques, Politikwissenschaftlerin, Paris

Andreas Zumach, freier Journalist und UNO-Korrespondent mehrerer deutschsprachiger Tageszeitungen, Genf

MODERATION:

Christiane Schulzki-Haddouti, Bonn

Dr. Andrea Szukala, Lehrstuhl Internationale Politik an der Universität zu Köln

TERMIN UND ORT:

7. – 11. April 2003, www.bpb.de

INHALT

ANDREA SZUKALA <i>KRIEG IM IRAK — KRIEG GEGEN DEN TERROR?: EINE ONLINE-DISKUSSION IM RAHMEN DES TERRORISMUS-PROJEKTES MIT DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG</i>	3
EINLEITUNG	3
FRAGESTELLUNG DER PANEL-DISKUSSION	3
DER WANDEL DES INTERNATIONALEN SYSTEMS NACH DEM OST-WEST-KONFLIKT	3
DER NETZWERK-TERRORISMUS, DIE SCHURKENSTAATEN UND DIE NEUEN KRIEGE	4
WIE KANN STABILITÄT IM ‚NEUEN‘ INTERNATIONALEN SYSTEM HERGESTELLT UND AUFRECHTERHALTEN WERDEN?	6
PRÄVENTION UND US-AUßENPOLITIK: KRIEGSZIELE UND KRIEGSERGEBNISSE IM IRAK.....	8
AMERIKA UND DIE EUROPÄISCHE UNION	9
AUSBLICK	11
DIE ERÖFFNUNGSSTATEMENTS	13
DANIEL HAMILTON <i>DAS ENDE DER STABILITÄT</i>	13
THOMAS JÄGER <i>KRASSE DISKREPANZ DER BEDROHUNGSWAHRNEHMUNGEN</i>	15
ROLAND KAESTNER <i>DIE AUFLÖSUNG DES VÖLKERRECHTS</i>	17
FRANÇOISE MANFRASS-SIRJACQUES <i>DIE INTERNATIONALE ORDNUNG MUSS MULTIPOLAR FUNKTIONIEREN</i>	18
ANDREAS ZUMACH <i>REICHTUMSGEFÄLLE IST DIE GRÖßTE SICHERHEITSBEDROHUNG</i>	20
DIE PANELDISKUSSION	23
ROLAND KAESTNER <i>WIR KÖNNEN KEINE ENDGÜLTIGE GERECHTIGKEIT HERSTELLEN</i>	23
ANDREAS ZUMACH <i>AUCH "LEGALE" ATOMWAFFEN SIND NICHT TABU</i>	24
ANDREAS ZUMACH <i>RÜSTUNGSKONTROLLE WIRD VON DEN USA NICHT MITGETRAGEN</i>	25
THOMAS JÄGER <i>DER UMSTURZ KOMMT VON OBEN!</i>	26
FRANÇOISE MANFRASS-SIRJACQUES <i>NICHT ARMUT, SONDERN UNTERDRÜCKUNG IST GRUND FÜR TERRORISMUS</i>	27
THOMAS JÄGER <i>NUKLEARWAFFEN UND STABILITÄT</i>	30
DANIEL HAMILTON <i>EINE MEHRDIMENSIONALE STRATEGIE</i>	30
ROLAND KAESTNER <i>EUROPA BRAUCHT INSTRUMENTE</i>	33
ANDREA SZUKALA <i>TERRORISMUS UND STAAT</i>	33
ANDREAS ZUMACH <i>NUKLEARMÄCHTE PRODUZIEREN INSTABILITÄT</i>	34
ANDREAS ZUMACH <i>USA UND INTERNATIONALE VERTRÄGE</i>	36
ANDREAS ZUMACH <i>“DEMOKRATISIERUNG VON OBEN“: EIN EUPHEMISMUS</i>	37
THOMAS JÄGER <i>GLOBALISIERUNG UND DEVIANZ</i>	37
FRANÇOISE MANFRASS-SIRJACQUES <i>TERRORISMUS UND STAAT</i>	38
ROLAND KAESTNER <i>BERECHTIGTE PRÄVENTIONSWÄNGE</i>	41
ROLAND KAESTNER <i>DIE VERWUNDBARKEIT DER DEMOKRATIEN</i>	42

ANDREA SZUKALA <i>KRIEGSZIELE UND KRIEGSERGEBNISSE IM IRAK-KRIEG</i>	43
THOMAS JÄGER <i>WER ABSCHRECKEN KANN, BRAUCHT AMERIKANISCHE PRÄVENTION NICHT ZU FÜRCHTEN</i>	44
THOMAS JÄGER <i>WAR DER SADDAM-IRAK EIN SCHURKENSTAAT?</i>	45
THOMAS JÄGER <i>LEGITIMATION DURCH DEMOKRATIE</i>	45
FRANÇOISE MANFRASS-SIRJACQUES <i>LEGITIMIERT DAS RECHT AUF FREIHEIT KRIEG?</i>	46
DANIEL HAMILTON <i>STEHEN WIR VOR DER SCHEIDUNG? ODER VOR EINER NEUEN PARTNERSCHAFT?</i>	46
FRANÇOISE MANFRASS-SIRJACQUES <i>NAHOST-KONFLIKT EIN ZENTRALES MOMENTUM IM IRAK-KRIEG</i>	53
ROLAND KAESTNER <i>DIE ZUKUNFT DER REGION</i>	55
THOMAS JÄGER <i>TERRORISMUS UND WAHLEN</i>	57
THOMAS JÄGER <i>TRANSATLANTISCHE ASYMMETRIEN</i>	58
CHRISTIANE SCHULZKI-HADDOUTI <i>GEFAHR DER LIBANISIERUNG DES IRAK</i>	60
ANDREAS ZUMACH <i>MILITARISIERUNG DER EU IST DER FALSCHER WEG</i>	60
THOMAS JÄGER <i>LANGSAME DIPLOMATIE UND SCHNELLE KRISEN</i>	63
ANDREA SZUKALA <i>EU UND UN</i>	64
ANDREA SZUKALA <i>WÜNSCHEN DENN DIE USA EINE GEMEINSAME STRATEGIE?</i>	65
THOMAS JÄGER <i>ES WIRD KEINE POLITISCHE UNION GEBEN</i>	66
DANIEL HAMILTON <i>WAS NUN, EUROPA?</i>	67
FRANÇOISE MANFRASS-SIRJACQUES <i>DIE ESVP: EIN BETT FÜR VIELE TRÄUME!</i>	68
ROLAND KAESTNER <i>ROLLE DER EU UND VN IM IRAK</i>	71
ROLAND KAESTNER <i>EUROPAS ROLLE – EIN HEGEMONIALKONFLIKT WÄRE EINE RESSOURCENVERSCHWENDUNG ERSTEN RANGES</i>	71
ANDREAS ZUMACH <i>AUFRÜSTUNG EUROPAS IST NICHT FINANZIERBAR</i>	73
ANDREAS ZUMACH <i>DIE ROLLE DER TÜRKEI IM IRAK-KRIEG</i>	74
ANDREA SZUKALA <i>MILITARISIERUNG UND MEDIATISIERUNG DER AUßENPOLITIK</i>	74
THOMAS JÄGER <i>ACH EUROPA!</i>	75
ANDREA SZUKALA <i>ZUKUNFT DER UNO</i>	77
THOMAS JÄGER <i>GEFÄHRDUNGEN DER SICHERHEIT</i>	78
THOMAS JÄGER <i>UNO UND DIE RELATIONEN DER MACHT</i>	80
DANIEL HAMILTON <i>INSTITUTIONEN? ODER PERSPEKTIVEN?</i>	82
FRANÇOISE MANFRASS-SIRJACQUES <i>BEDROHUNGSWAHRNEHMUNGEN SIND DIE SICHERHEITSPOLITISCHE HERAUSFORDERUNG DES NÄCHSTEN JAHRZEHNTS</i>	84
ROLAND KAESTNER <i>HERAUSFORDERUNGEN DER ZUKUNFT: MEHR QUALITÄT ALS QUANTITÄT</i>	87

Andrea Szukala

Krieg im Irak – Krieg gegen den Terror?: Eine Online-Diskussion im Rahmen des Terrorismus-Projektes mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Einleitung

Im April 2003 hat der Lehrstuhl Internationale Politik gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und einer Reihe ausgewiesener Experten eine Onlinedebatte zum Thema „*Krieg im Irak – Krieg gegen den Terror?*“ geführt. Diese Diskussion im und um den Krieg im Irak war Teil einer Serie von Onlineveranstaltungen, die wir im Jahr 2003 zum Thema ‚Terrorismus‘ angeboten haben (S.a. AIPA 4/2003 „*Anti-Terror-Politik in Deutschland*“). Das vorliegende AIPA 3/2003 analysiert und dokumentiert die sehr nahe am Kriegsgeschehen geführte Diskussion, in der zentrale Positionen zu den Themen neue Bedrohungen, transatlantisches Verhältnis und Prävention herausgearbeitet wurden. Auch in der Folgezeit haben die hier sehr kontrovers vertretenen Standpunkte noch die Debatte bestimmt, viele der gestellten Prognosen haben sich im weiteren Konfliktverlauf als stabil erwiesen. Andere Aussagen können nur vor dem Hintergrund des sich in dieser Phase rasant entwickelnden Kriegsgeschehens im Irak verstanden werden – dieser authentische Zeitbezug macht die Lektüre umso reizvoller.

Wir hatten mit unserer Forschung die Diskussionen, die in Deutschland seit der Bundestagswahl 2002 um den Krieg geführt wurden, begleitet und sahen im Online-Projekt die Chance – auch gegenüber einer größeren Öffentlichkeit als das für die Hochschule üblich ist –, zur Rationalisierung der öffentlichen Auseinandersetzung beizutragen. Zentral ging es uns darum zu zeigen, dass die von den Vereinigten Staaten

aufgeworfenen Fragen der neuen Bedrohungen und der Zukunft der internationalen Sicherheit richtig gestellt waren. Nun ging es darum, die amerikanische militärische Antwort zu diskutieren und mit alternativen Ansätzen zu konfrontieren.

Vor allem war das Ziel, die neuen Probleme der internationalen Sicherheit in einen weiteren Kontext eines erweiterten Sicherheitsverständnisses zu stellen, in dem auch innere Bedrohungen – wie eben jene des Terrorismus und des Staatszerfalls – eine prominente Rolle spielen.

Unser Bestreben war es, diese Debatte international und fachlich zu öffnen, Kollegen aus Frankreich und den Vereinigten Staaten einzubeziehen sowie auch eine Verbindung zu den nicht-wissenschaftlichen Akteuren der sicherheitspolitischen Community herzustellen. Unsere Diskutanten waren:

- Prof. Dr. *Daniel S. Hamilton*, Direktor des Zentrums für transatlantische Beziehungen an der Paul H. Nitze School of Advanced International Studies an der Johns-Hopkins-Universität in Washington, D.C.
- Prof. Dr. *Thomas Jäger*, Lehrstuhl Internationale Politik am Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität zu Köln
- Oberst i. G. *Roland Kaestner*, Zentrum für Analysen und Studien der Bundeswehr in Waldbröl
- Dr. *Françoise Manfrass-Sirjacques*, Politikwissenschaftlerin, Paris
- *Andreas Zumach*, freier Journalist und UNO-Korrespondent mehrerer deutschsprachiger Tageszeitungen, Genf

Begleitend stellten wir ein Besucherforum und eine Informationsumgebung zum Thema des Irakkonflikts auf der Internetseite der Bundeszentrale für politische Bildung zur Verfügung (<http://forum.bpb.de/index.php>). Dort geben wir auch ausführliche Literaturhinweise zum Thema, die im Folgenden nicht aufgenommen werden können. An dieser Stelle möchten wir der Bundeszentrale für politische Bildung für die Ermöglichung dieses Projektes und eine sehr gute Kooperationsbeziehung danken.

Schwerpunkte der Panel-Diskussion

Die von den fünf internationalen Teilnehmern des Online-Panels diskutierten Fragen lauteten:

- Was sind die zentralen neuen Herausforderungen aktueller Sicherheitspolitik?
- Welche Bedrohungen sind aktuell handlungsleitend für die Außen- und Sicherheitspolitik?
- Welche unterschiedlichen Einschätzungen kommen dies- und jenseits des Atlantiks zum Tragen?
- Welche Strategien wären angemessen, um den neuen Herausforderungen zu begegnen?

Die Panelisten arbeiteten die alten und neuen handlungsleitenden Argumente in der Auseinandersetzung um den Krieg ab: die Begründungsmuster der Kriegsparteien ebenso wie jene der Kriegsgegner. Aber vor allem die längerfristigen komplexen Veränderungen der internationalen Ordnung, in die dieser Krieg eingebettet ist, standen im Mittelpunkt dieser sehr kontroversen Diskussion.

Der Wandel des internationalen Systems nach dem Ost-West-Konflikt

Keiner der Diskutanten ließ einen Zweifel daran, dass sich das internationale Umfeld der westlichen Staaten seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes geändert hat. Allerdings unterschieden sich bereits die ersten Einschätzungen, worin dieser Wandel im Kern besteht.

Während der Amerikaner *Daniel Hamilton* die internationalen Terrornetzwerke als zentrales neues Moment der internationalen Politik und als die wichtigste Bedrohung der internationalen Ordnung und Sicherheit ausmacht, sieht *Roland Kaestner* in der Privatisierung des Krieges die wichtigste entstrukturierende Kraft des internationalen Systems. *Andreas Zumach* legt hingegen den Fokus auf die

zerstörerische Dynamik des Nord-Süd-Konflikts nach dem Ende des Ost-West-Konflikts.

Thomas Jäger und *Françoise Manfrass-Sirjacques* stellen die Reaktionen der großen Staaten auf diese nunmehr fast 15 Jahre währende „neue Zeit“ in Frage. Sind die großen Staaten mit dem Ende der Bipolarität falsch umgegangen? Kann es am Ende sein, dass neue Gefahren durch dieses Versagen erst provoziert werden? Die beiden Panelisten fragen sich, ob nicht in dem teilweise unvorsichtigen Ausagieren jener Staaten und in ihren in mancher Hinsicht auf Fehlperzeptionen beruhenden Reaktionen die größte Sicherheitsbedrohung liegt.

Der Netzwerk-Terrorismus, die Schurkenstaaten und die Neuen Kriege

Von diesen völlig unterschiedlichen Ausgangspositionen her diskutierten die Panelisten in einem ersten Schritt die Bedeutung des Netzwerk-Terrorismus als einem neuen Phänomen der internationalen Politik. Sie führten den Ursprung dieses Terrorismus auf verschiedene Gründe zurück:

Françoise Manfrass-Sirjacques und *Roland Kaestner* sehen in den autokratischen Regierungen im Nahen und Mittlere Osten einen dauerhaften Hemmschuh einer friedlichen Gesellschaftsentwicklung. Nicht in erster Linie Armut – wie dies v.a. *Zumach* und *Hamilton* behaupten – sondern ‚bad governance‘, d.h. die innere Unterdrückung in diesen Ländern, und globale kulturelle Demütigungen führen zu einer Ideologisierung bestehender Verteilungskonflikte – zum Beispiel in der Form eines extremistischen Islamismus.

Hier kommen dann – so *Thomas Jäger* – neue technologische Entwicklungen und die einhergehende Verdichtung weltweiter Kommunikation und Mobilität ins Spiel: Erst diese ermöglichen die Selbstorganisation der Terroristen und ihrer Sympathisanten in Netzwerken, die weltweit agieren können.

Grundsätzlich sind aber solche Akteure von den Profiteuren der ‚Neuen Kriege‘ zu unterscheiden, die in territorialen Konflikten ihr Eigeninteresse an der

Aufrechterhaltung von Kriegsökonomien dauerhaft – und teils unter Einbezug westlicher Ressourcen wie der Entwicklungshilfe – verfolgen. Sie sorgen dafür, dass in einer bestimmten Region überhaupt keine staatliche Ordnung und kein staatliches Gewaltmonopol mehr entstehen können. Solche entstaatlichten Gebiete können dann als Rückzugsraum für Terroristen dienen, wie im Fall Afghanistan; neue Kriege sind aber nicht selbst ursächlich für Terrorismus.

Davon ebenso zu unterscheiden sind die ‚Schurkenstaaten‘, die sich als staatliche Einheiten – im Gegensatz zu den transnationalen Terrornetzwerken und den privaten Akteuren der Gewaltmärkte – abweichend im internationalen Staatensystem verhalten. Sie verstoßen gegen internationale Regeln und unterdrücken die eigene Bevölkerung. Sie haben aber bislang meistens durchaus noch auf Maßnahmen der Abschreckung reagiert. Die neue Gefahr, die hier gesehen wird, ist dass die ‚Schurkenstaaten‘ ihr Chaos-Potenzial im internationalen System vergrößern, indem sie Massenvernichtungswaffen an Terroristen weitergeben. Diese könnten dann als deren Agenten die Waffen auf dem Territorium der westlichen Staaten zum Einsatz bringen.

Kern dieser neuen Phänomene ist, dass es seit Beginn der neunziger Jahre eine wachsende Zahl von Akteuren gibt, für die ein Friedenszustand in der internationalen Politik kein erstrebenswertes Ziel mehr ist. Das zentrale Problem ist dabei, dass nur einige dieser Akteure Staaten sind: Nicht-staatliche Akteure spielen plötzlich eine wichtige Rolle in der internationalen Sicherheitspolitik – und zwar nicht als Nichtregierungsorganisation oder als Lobby-Gruppe, sondern als Angreifer.

Damit entsteht eine extreme Asymmetrie mit den westlichen post-industriellen Gesellschaften: Für den Westen sind ein totaler Schutz vor äußeren und inneren Bedrohungen und die Unversehrtheit von Menschenleben und Eigentum die höchsten Güter. Die westlichen Gesellschaften erwarten, dass der Staat für diese Sicherheit sorgt. *Roland Kaestner* unterstreicht, dass allein der hohe Sicherheitsanspruch diese Gesellschaften bereits extrem verletzlich macht. Dieser außerordentliche Empfindlichkeitsgrad stärkt im Gegenzug die Terroristen, denn er gibt ihnen überhaupt erst die Möglichkeit, durch gezielte Einzelaktionen die westlichen Systeme im Herzen zu

treffen.

Wie kann Stabilität im ‚neuen‘ internationalen System hergestellt und aufrechterhalten werden?

Die Diskutanten zogen daraufhin unterschiedliche Schlussfolgerungen, wie die post-industriellen Demokratien denn auf diese neue Entwicklung reagieren sollen. (Entsprechend verschieden wurden in der folgenden Diskussion auch der Irak-Krieg und seine Folgen eingeschätzt, s.u.)

Der Befund lautet zunächst, dass die westlichen Länder damit konfrontiert sind, die Parameter des eigenen Handelns verändern zu müssen, um überhaupt angemessene Instrumente zur Verfügung zu haben. Alle schätzen das Problem der Privatisierung der Sicherheitspolitik als schwierig ein, denn die bisherige Organisation der internationalen Beziehungen basiert auf dem Prinzip der Zwischenstaatlichkeit. Es muss also ein ganz anderer Zugang gefunden werden. In der Diskussion beziehen sich die Panelisten vor allem auf zwei Dimensionen: die der Rüstungskontrolle und Proliferation und die des Umgangs mit dem Völkerrecht.

Allein die USA – so *Kaestner* und *Jäger* – haben bislang überhaupt versucht, strategisch zu reagieren: In Europa sind die neuen Probleme teilweise noch gar nicht erkannt worden. *Daniel Hamilton* propagiert entsprechend ein „neues Konzept der strategischen Stabilität“, das bisher getrennt verlaufende Handlungsstränge vereinen soll. Hiermit ist die Verknüpfung von zivilen, entwicklungspolitischen, polizeilich-geheimdienstlichen und militärischen Maßnahmen gemeint, wie sie die Neue Nationale Sicherheitsstrategie der USA aus dem September 2002 vorschlägt.

Auf Entwicklungshilfe und sonstige Maßnahmen kann man sich schnell einigen. Die zentrale Streitfrage ist aber, wie eine militärische Problembearbeitung aussehen kann. Hier gehen die Meinungen erheblich auseinander. *Andreas Zumach* mahnt an, dass auch die Atomwaffen der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates kein Tabu sein dürfen: Nur wenn die USA sich an bestehenden Rüstungskontroll-Vereinbarungen beteiligten und nicht daran arbeiteten, den Einsatz von Nuklearwaffen wieder als

selbstverständliches Element ihrer strategischen Optionen zu re-etablieren, sei am Ende zu gewährleisten, dass auch andere Staaten dies tun und Proliferation eingedämmt wird.

Diese Meinung teilen die anderen Diskutanten nicht: Die USA sind die einzige Garantiemacht eines stabilen, internationalen Systems – so *Jäger* und *Manfrass-Sirjaques* –, gerade weil sie über das nukleare Abschreckungspotenzial auch gegenüber Schurkenstaaten verfügen. Die Weiterverbreitung von B- und C-Waffen an diese potenziellen Angreifer könne ohnehin kaum durch internationale Verträge nennenswert eingedämmt werden.

Die neuen Bedrohungen fordern allerdings mehr als eine nukleare Stabilisierung des Systems: Am Beispiel des zerfallenden Staates Afghanistan, der einen Rückzugsraum für die Al Qaida-Terroristen bot, diskutieren die Panelisten, ob ein solches Land durch einen Militärschlag zurück in die internationale Staatengemeinschaft geführt und demokratisiert werden kann. Ist dieses Vorgehen eine sinnvolle Strategie, um das internationale System zu stabilisieren? Ein „allgemeiner ‚Feldzug‘ für die Demokratie“ (*Kaestner*) kann so nicht verwirklicht werden, meinen *Manfrass-Sirjaques* und *Kaestner*. Hierzu müssen andere Maßnahmen – vor allem in Bezug auf die Eliten solcher Staaten – ergriffen werden. Dennoch besteht eine Notwendigkeit, Außenpolitik stärker zu militarisieren, die im ureigensten Sicherheitsinteresse der westlichen Staaten liegt:

Es gibt gute Argumente für ein Raketenabwehrsystem (wie etwa die amerikanische NMD) und es gibt berechtigte Präventionszwänge (*Kaestner*), die den Einsatz militärischer Gewalt notwendig machen – auch ohne Deckung durch das Völkerrecht der VN-Charta. Dies gilt etwa, wenn die akute Gefahr der Weitergabe von Massenvernichtungswaffen an Terroristengruppen tatsächlich besteht. Die bekannten Instrumente des Völkerrechts sind jedoch kaum geeignet, um diesem Problem zu begegnen. Daher kommt das Panel zu dem Schluss, dass im Zuge dieser Entwicklung eine folgerichtige Tendenz zur Aushöhlung des Völkerrechts erkennbar wird: Von ‚unten‘ durch die neuen nicht-staatlichen Akteure, die die internationale Sicherheit

bedrohen, von ‚oben‘ durch die Staatenwelt, die auf diese akuten Herausforderungen nicht vorbereitet ist und noch keine Antwort gefunden hat, was an die Stelle der alten Ordnung treten soll.

Prävention und US-Außenpolitik: Kriegsziele und Kriegsergebnisse im Irak

Das Panel sieht das Problem der Prävention insgesamt als prekär an. Dies liegt an dem Umgang der USA mit dem Irak-Problem und der unilateralen militärischen Lösung der ‚Prävention‘, die mit der Intervention vom 19. März 2003 gefunden wurde. *Thomas Jäger* spricht von einer falschen Antwort auf eine richtige Frage.

Andreas Zumach nennt den Irak-Konflikt einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. *Françoise Manfrass-Sirjacques* brandmarkt indes politisch motivierte Hinweise auf die Völkerrechtswidrigkeit als eine Strategie der Schwäche: Nur wer Völkerrecht notfalls auch mit Gewalt durchsetzen kann, kann sich überzeugend darauf berufen. Denn ein Recht ohne Sanktionsfähigkeit verliert ohnehin jede Wirkung. *Roland Kaestner* verweist darauf, dass die westlichen Staaten gegenüber rechtlichen Legitimationsstrategien systematisch benachteiligt sind: Denn sie stehen, im Vergleich zu jenen Staaten, die durch ihr abweichendes Verhalten militärische Reaktionen ja erst provozieren, unter zu hohen Rechtfertigungszwängen. Damit engen sie – so eine gängige amerikanische Argumentation – ihre Handlungsspielräume unverhältnismäßig ein.

Der Präventivschlag der USA wird vor allem hinsichtlich seiner Folgen für die Steuerung des Gestaltungswillens der Vereinigten Staaten im internationalen System als hoch problematisch eingeschätzt. *Jäger* weist darauf hin, dass die Schwierigkeit nicht in dem Vorgehen an sich besteht. Sie liegt in der Tatsache, dass die USA selbst es waren, die den Fall einer Bedrohung durch den Irak feststellten und zum präventiven Schlag ausholten. Dies geschah erst, nachdem es ihnen offensichtlich nicht gelungen war, die Weltgemeinschaft im VN-Sicherheitsrat von einer akuten Bedrohung zu überzeugen. *Manfrass-Sirjacques* und *Jäger* sind – anders als etwa *Hamilton* – der

Meinung, dass der Terrorismus und die von ihm ausgehenden Gefahren nur eine Begründung des Irak-Krieges waren. Sie hatten aber nichts ursächlich mit ihm zu tun, denn der Saddam-Irak war kein ‚Schurkenstaat‘, so *Jäger*. *Manfrass-Sirjacques* schätzt den Israel-Palästina-Konflikt als zentrales Motiv der amerikanischen Interventionsbereitschaft ein. Andere Panelteilnehmer – wie *Kaestner* – sehen in dem Problem von Massenvernichtungswaffen im Irak ebenfalls nicht den eigentlichen Kriegsgrund, sondern in wirtschaftlichen Interessen der USA sowie in der regionalen Stabilität im arabischen Raum. Der Irak soll in ein islamisch-laizistisches System umgewandelt und die angrenzenden Systeme von einem anti-westlichen Kurs abgebracht werden, indem durch den irakischen Regimewechsel ein regionaler Modernisierungsdruck ausgelöst wird.

Die Bewertung der Intervention wird entsprechend an den jeweils unterschiedlichen unterstellten Zielen gemessen. Kein Panel-Teilnehmer spricht davon, dass die Welt nach dem Sturz des Baath-Regimes sicherer ist, weil eine Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen beseitigt ist. Im Gegenteil wird diskutiert, ob die Libanisierung des Irak eine ernste Gefahr für eine stabile Nachkriegsordnung in der Region darstellen könnte.

Aber es wird auf jeden Fall anerkannt, dass die Intervention ein Erfolg war, denn es hat ein Regimewechsel stattgefunden. Kein Teilnehmer war der Ansicht, dass der Irak unter *Saddam Hussein* stabilisiert werden sollte. Als unbedingt wünschenswert sehen die Panelteilnehmer einen Einbezug der internationalen Gemeinschaft in den Wiederaufbau- und Demokratisierungsprozess an, auch wenn es Vorbehalte hinsichtlich der europäischen Fähigkeiten gibt, ein solches Projekt auch militärisch mitzutragen.

Amerika und die Europäische Union

Die transatlantischen Missverständnisse im Kontext der Neuausrichtung der amerikanischen Sicherheitspolitik im Zuge des Irak-Krieges und des „Krieges gegen den Terrorismus“ nehmen einen großen Raum in der Diskussion ein:

Zum ersten steht fest, dass es geteilte Wahrnehmungen in den USA und in Europa gibt, welche Gefahren zentral und handlungsleitend für die Ausrichtung der Außenpolitik sein sollen. Hier besteht das Problem – darauf hat *Jäger* wiederholt verwiesen –, dass die USA auf die wichtige neue Bedrohung durch den internationalen Terrorismus aufmerksam machen. Europa behandelt diese Frage aber vor allem deshalb nur am Rande, weil die Bedrohung in den Vereinigten Staaten zum Ausgangspunkt einer neuen Politik gemacht wurde, die den europäischen Interessen zuwiderläuft. Dies ist ein zentraler Hinderungsgrund eines gemeinsamen Vorgehens und stellt für die Europäer ein sicherheitspolitisches Risiko ersten Ranges dar.

Zum zweiten macht der Irak-Krieg tiefreichende innereuropäische Auseinandersetzungen um die Gestalt einer gemeinsamen Sicherheitspolitik sichtbar. Er stürzte die EU daher in eine schwere Krise, weil offenkundig wurde, dass eine gemeinsame Sicherheitspolitik ohne eine gemeinsame Außenpolitik unmöglich ist. Vor allem ist nach Ansicht aller Panelisten die Beziehung zwischen transatlantischer und europäischer Dimension, insbesondere von französischer Seite, immer noch nicht klar definiert.

Die europäischen militärischen Kapazitäten schätzen die Panelisten drittens als nicht ausreichend ein, wobei allerdings das Spektrum der Sichtweisen weit gespannt ist. Während *Zumach* vor einer Militarisierung der EU im Sinne der Helsinki-Vereinbarungen ausdrücklich warnt, hält *Kaestner* den Rahmen der bestehenden Möglichkeiten für ausreichend: Es müsse ohnehin mehr auf Qualität als auf Quantität gesetzt werden, wenn endlich eine angemessene Lastenteilung zwischen den USA und Europa etabliert werden soll.

Die europäischen Panelisten sind sich weitgehend einig, dass eine neue Weltordnung multipolar sein muss. Dies steht jedoch im Gegensatz zur derzeitigen amerikanischen Politik, die auf einen Erhalt der Unipolarität ausgerichtet ist: Vor allem wird im amerikanischen Eigeninteresse davor gewarnt, dass sich die USA selbst mit ihrer neuen Rolle überfordern.

Daniel Hamilton spricht von einer gemeinsamen neuen Strategie besonders in

Bezug auf den Raum Südwest-Asien und fordert eine entsprechende Prioritätenverlagerung der OSZE. Im Gesamtbild äußert er jedoch Zweifel an der Klarheit der Ziele der derzeitigen europäischen Politik. In diesem Manko sieht er teilweise die Ursache für den amerikanischen Unilateralismus: Es sei für die USA nicht klar erkennbar, ob Europa ein „Supermarkt“ sei oder eine zukünftige Supermacht.

In einer europäischen Gegenmachtbildung gegenüber den USA – im Sinne eines Hegemonialkonfliktes (*Kaestner*) – sehen die europäischen Panelisten keine Option: Sie wird durchweg als unsinnig und anachronistisch verworfen. Ziel soll eine kooperative Multipolarität mit einem partnerschaftlichen transatlantischen Kern sein. In diesem Rahmen könnten die Europäer gemeinsam die Amerikaner von Ordnungsaufgaben im internationalen System teilweise entlasten. Die NATO soll in diesem Zusammenhang auch zur globalen Friedenssicherung im Rahmen kollektiver Sicherheit einbezogen werden. *Kaestner* warnt ausdrücklich davor, sich auf eine Vielzahl bilateraler Beziehungen mit den USA einzulassen.

Allerdings mahnen *Françoise Manfrass-Sirjacques* und *Thomas Jäger* an, dass die überlegenen Amerikaner endlich den Europäern auch ein ernstes strategisches Angebot machen. Dies dürfe aber – so *Manfrass-Sirjacques* im Gegensatz zu *Jäger* – nicht in eine militärische versus humanitäre/politisch-diplomatische Kompetenzteilung zwischen der EU und den USA führen, da eine solche Arbeitsteilung transatlantische Asymmetrien auf Dauer nur noch verstärke.

Ausblick

Die ganz unterschiedlichen Bedrohungswahrnehmungen diesseits und jenseits des Atlantiks stellen sich – nach dem Wegfall der Blockkonfrontation – immer mehr als zentrales Hindernis einer gemeinsamen transatlantischen Sicherheitspolitik heraus. Die Rückkoppelung der nationalen Eliten an die jeweiligen Öffentlichkeiten und der Wegfall eines ‚externen Förderators‘ führen inzwischen zu dauerhaften Kooperationsstörungen innerhalb Europas und mit den Vereinigten Staaten. Die Bevölkerungen Europas nehmen nach dem Ende des Kalten Krieges keine nennenswerten Sicherheits-

bedrohungen mehr wahr.

Anders steht die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten nach dem 11. September 2001 da: Die Amerikaner haben sich heute weitgehend an den Gedanken gewöhnt, dass die globale Sicherheit fragil ist und dass daher eine isolationistische Politik für die Vereinigten Staaten nicht in Frage kommt. Die Frage, ob und wann die europäische Politik ihre internationale Verantwortung endlich übernimmt, muss deshalb vor allem den europäischen Bevölkerungen gestellt werden, denn ohne entsprechende Bereitstellung von Ressourcen wird die EU ihre internationale Rolle nicht spielen können.

Die Eröffnungsstatements

Daniel Hamilton

Das Ende der Stabilität

Die Bedrohung durch den Terrorismus und die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen sind inzwischen auf untrennbare Weise miteinander verknüpft. Zusammengenommen stellen diese beiden Bedrohungen unseren schlimmsten Alptraum dar. Am 11. September 2001 wurde darüber hinaus eine weitere Linie überschritten, worauf uns europäische Erfahrungen mit dem Terrorismus nicht vorbereitet hatten.

In der Vergangenheit begingen internationale Terroristen oft Attentate und Angriffe von begrenztem Umfang, um ihre jeweilige politische und finanzielle Unterstützung nicht zu untergraben. Sie interessierten sich für maximale Medienaufmerksamkeit, nicht maximale Opferzahlen. Die Terroristen von heute kennen derartige Bedenken nicht. Ihre Fähigkeit zu töten wird nur durch die „Leistungsfähigkeit“ ihrer Waffen begrenzt. Ihr Ziel ist es nicht, Einstellungen zu beeinflussen und Befürworter zu gewinnen. Ihnen geht es um die Zerstörung von Gesellschaften. Sie haben uns in ein Zeitalter des Katastrophenterrorismus katapultiert.

Die wahrscheinlichsten Bedrohungen, denen wir ausgesetzt sind, liegen für uns heute bei biologischen Waffen in der Post oder kommen aus der Sprühdose. Sie stecken bei chemischen Waffen in Belüftungssystemen oder in Unterführungen, bei nuklearen oder radiologischen Waffen auf der Ladefläche eines Lastkraftwagens oder im Laderaum eines Schiffes. Diese Waffen können durch eine Gruppe oder durch eine Einzelperson eingesetzt werden, die dabei keinerlei Heimatadresse hinterlassen.

30 Jahre lang haben die zwei Supermächte trotz aller Feindseligkeiten zwischen die Stabilität bewahrt, weil sie sich gleichermaßen bedroht fühlten, weil sie beide davon ausgingen, dass die Aussicht auf den kollektiven Selbstmord jede Seite vom

tatsächlichen Einsatz von Massenvernichtungswaffen abschrecken würde, und weil sie bereit waren, gemeinsam und auch mit weiteren Ländern bestimmte Spiel- und Verhaltensregeln auszuhandeln. Heute gelten alle drei Prämissen nicht mehr. Es sind weitere Nuklearmächte hinzugetreten – und die für diese geltenden Spiel- und Verhaltensregeln sind ungeklärt. Terroristen lassen sich durch Selbstmord nicht abschrecken und sitzen auch an keinem Verhandlungstisch. Sie haben nichts zu schützen und nichts zu verlieren. Kurz gesagt – die Abschreckung aus der Zeit des Kalten Krieges funktioniert nicht mehr wie in der Vergangenheit, und in einigen Fällen funktioniert sie überhaupt nicht.

In einem neuen Konzept der strategischen Stabilität müssen bisher getrennt verlaufende Handlungsstränge miteinander verflochten werden. Das Ergebnis muss eine umfassende Verteidigung gegen Massenvernichtungswaffen in jeder Form, aus jeder Quelle und mit jedem Träger oder Übermittlungsmedium sein – ob sie nun absichtlich oder durch einen Störfall ins Spiel gebracht werden, ob durch einen Schurkenstaat oder eine Terrorgruppe. Eine neue, globale Koalition sollte breit angelegte Bemühungen um einen tief greifenden Schutz entwickeln, der vier sich gegenseitig verstärkende Komponenten umfassen sollte: Prävention, Abschreckung, Abwehr und Schutz der Gesellschaft.

Trotz des schweren gegenwärtigen Zerwürfnisses sind in diesem neuen Feldzug die Beziehungen der USA zu Europa noch entscheidend. Das zurückliegende Jahrhundert hat uns eine einfache, wenn auch harte Lehre erteilt: Wir benötigen einander. Standen wir getrennt, hatten wir Depression und Krieg. Standen wir zusammen, hatten wir Sicherheit und Wohlstand. Diese Lehre hat weiterhin Bestand, auch wenn manche es nicht wahr haben wollen. Wenn wir uns einig sind, dann ist unsere Partnerschaft die treibende Fortschrittskraft in praktisch jeder Frage von weltweiter Bedeutung. Sind wir uns nicht einig, sind wir die globale Bremse. Aus diesem Grunde darf unsere Antwort auf diese neuen Bedrohungen nicht darin bestehen, weniger gemeinsam zu tun, sondern mehr gemeinsam zu tun. Leider verweisen Politiker auf beiden Seiten des Atlantiks auf die jeweils anderen, um zu

rechtfertigen, warum nicht sie, sondern die anderen sich ändern müssen. Das Ergebnis? Ein Bündnis, eine Partnerschaft in der bislang tiefsten Krise. Wir werden nicht auseinander fallen, aber wir verschwenden Möglichkeiten, unsere Partnerschaft als Kern neuer Koalitionen zu nutzen, um gemeinsame Bedrohungen zu begegnen und gemeinsame Chancen zu ergreifen.

Thomas Jäger

Krasse Diskrepanz der Bedrohungswahrnehmungen

So eine krasse Diskrepanz in den Bedrohungswahrnehmungen gab es zwischen Europa und den USA seit 1945 nicht mehr. Der Farmer im menschenleeren Nebraska fürchtet sich vor irakischen Chemiewaffen. Und die Europäer? Sind sie naiv und haben die neue Gefahr noch nicht erkannt?

Die Problematik reicht tief, denn aus unterschiedlichen Bedrohungswahrnehmungen resultieren unterschiedliche Vorstellungen über die internationale Ordnung. In den 90er Jahren waren die Sicherheitsvorstellungen diffus. Man sprach vom erweiterten Sicherheitsbegriff, der nicht nur militärische, sondern auch ökonomische, ökologische und soziale Bedrohungen umfassen sollte. Als große Sicherheitsbedrohungen des letzten Jahrzehnts wurden vor allem die Instabilität von Staaten (Staatszerfall), die Zerstörung der Umwelt (Klimakatastrophe), die Seuchen (AIDS) und die demographische Entwicklung (Migration) gesehen.

Aus militärischer Sicht war vor allem die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen von großer Bedeutung. Und gleichzeitig erkannte man, dass bestimmte autokratische Regime („Schurkenstaaten“) sich nicht an die grundlegenden Normen und Regeln des Zusammenlebens der Staaten halten.

Diese Bedrohungswahrnehmung änderte sich mit dem 11. September 2001. Zwar ist der internationale Terrorismus kein neues Phänomen und hinter Al Qaida steht keine Staatengruppe, die die USA herausfordern könnte. Aber in den USA gab es starke Kräfte innerhalb der Regierung, die in den Ereignissen des 11. September eine Möglichkeit sahen, der amerikanischen Bevölkerung eine neue Bedrohungslage zu

verdeutlichen. Dieser Teil der Regierung strebte eine Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens an, auch mit militärischen Mitteln. Dieses Ziel teilten die meisten Regierungen des Westens nicht. Aufgrund der militärischen Vormachtstellung war die amerikanische Regierung allerdings der Ansicht, auch ohne Verbündete handeln zu können. Nur die amerikanische Bevölkerung musste man für dieses Vorhaben – konkret: den Krieg gegen den Irak – gewinnen.

Deshalb wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass das irakische Regime über Massenvernichtungswaffen verfügt und wurden Verbindungen zu internationalen Terroristen unterstellt. Damit stellt die amerikanische Regierung wichtige Fragen: Wie geht man mit Gruppierungen um, die Massenvernichtungswaffen besitzen, die aber nicht wie ein Staat territorial gebunden sind? Wie kann man eine mobile nukleare Bedrohung abschrecken?

Die amerikanische Antwort ist: Man muss Terroristen davon abhalten, bevor sie die Waffen bekommen oder einsetzen, man muss also handeln, bevor die Bedrohung real besteht. Diese Antwort bringt zwei Probleme mit sich: erstens sind präemptive oder präventive Maßnahmen im Völkerrecht umstritten; und zweitens ist problematisch, wenn Staaten diese Bedrohung alleine feststellen. Dann können ganz andere Interessen dahinter stehen. Der UNO-Sicherheitsrat, der hier tätig werden müsste, spiegelt zudem eine andere internationale Ordnung wider, nämlich die von 1949, und deshalb haben die Veto-Staaten keinen gemeinsamen Bezugspunkt für ihre Bedrohungsvorstellungen mehr.

Die amerikanische Regierung hat dann (fast) alleine gehandelt – und damit auf die richtigen Fragen eine falsche Antwort gegeben. Das aber war nicht anders zu erwarten, denn in ihren Augen repräsentiert der Sicherheitsrat eine vergangene Zeit und die eigene Bevölkerung hatte man für einen Krieg gewonnen. Damit aber haben die USA geltendes Völkerrecht gebrochen und die eigene Stellung in der Welt geschwächt. Internationale Organisationen können Sicherheit nicht mehr garantieren. Eine Schwächung der Vereinigten Staaten wird wohl zukünftig zu einer instabilen internationalen Ordnung und damit zu mehr Unsicherheit führen.

Roland Kaestner***Die Auflösung des Völkerrechts***

Die Frage nach den Gründen des Krieges im Irak und die Frage nach den Sicherheitsrisiken der Zukunft ist eine Frage nach der Legitimität des Krieges. Legitimität basiert im Wesentlichen auf der Legalität, also der Rechtmäßigkeit des Vorgehens, und dem Verständnis, das eine relevante Öffentlichkeit der Gewaltanwendung entgegenbringt.

Die Legalität des laufenden Krieges im Irak wird kontrovers diskutiert. Darüber hinaus gibt es erhebliche Zweifel an der Legitimität der Begründungspalette und dies trotz oder wegen des breiten Spektrums an Argumenten, mit denen die Koalition ihr Vorgehen rechtfertigt. Keiner dieser Gründe scheint zu überzeugen. Der Irak wird weder kurzfristig noch mittelfristig als Gefahr wahrgenommen.

Ist der Irak ein Teil zukünftiger sicherheitspolitischer Herausforderungen, wie zumindest die USA zu glauben scheinen? Die Kriegsursachenforschung stellt seit Jahren fest, dass die Zahl der zwischenstaatlichen Kriege abnimmt. Doch insgesamt nimmt die Zahl der Kriege und ihrer Opfer zu. Seit 1945 waren etwa Zweidrittel der Kriege so genannte innerstaatliche Kriege. Doch dieser Begriff verdeckte nur eine sukzessive dramatische Entwicklung, dass Krieg nicht mehr nur ein politisches Instrument der Staaten ist, vielleicht nie war, sondern eine Vielzahl von Akteuren organisierte Gewalt zur Durchsetzung ihrer Interessen nutzen.

Das staatliche Gewaltmonopol wird durch neuere politische Entwicklungen in Frage gestellt. Schwache, zerfallende Staaten sowie verbrecherische Regime, aber auch die Globalisierung haben dazu beigetragen, dass immer mehr nichtstaatliche Akteure organisierte Gewalt in den internationalen Beziehungen anwenden. Die Akteure dieser Kriegführung privatisieren den Krieg; sie machen ihn sozusagen zu einer wirtschaftlichen Erwerbsquelle, allerdings in Dimensionen, die politische Ausmaße hat. Diese Art Krieg findet im gesellschaftlichen Raum statt. Gerade die vernetzten, arbeitsteiligen und hochkomplexen Strukturen moderner Industriegesellschaften werden zum Ziel dieser Akteure, die auch vor dem Einsatz von Massenvernichtungs-

waffen nicht zurückschrecken werden.

Das mögliche Ausmaß von gezielt herbeigeführten Großschadensereignissen für Gesellschaften wird dazu führen, dass Staaten die katastrophalen Wirkungen nicht abwarten werden. Wir haben es also mit einem neuen Kriegsbild zu tun, dessen Kernelemente durch die Entstaatlichung, Ökonomisierung und Ideologisierung des Krieges geprägt sind. Die Grenzen zwischen individuellem Verbrechen und organisierter Gewalt sind fließend, und in Zukunft werden skrupellose nichtstaatliche und staatliche Akteure aufgrund ihrer finanziellen Ressourcen und der Proliferation über enorme Zerstörungsmöglichkeiten verfügen. Dies bedroht die Zivilisierung und Pazifizierung der internationalen Politik. Der Auflösung des Völkerrechts von unten durch die nichtstaatlichen Akteure und durch „bad governance“-Regime tritt als Reaktion die Auflösung des Völkerrechts von oben durch die bedrohte Staatenwelt entgegen.

Zu der sicherheitspolitischen Herausforderung der letzten 200 Jahre, nämlich zwischenstaatliche Kriege zu verhindern, tritt eine neue hinzu: die Einhegung der Ökonomisierung des Krieges. Hierzu bedarf es einer internationalen Rechtsordnung auf der Grundlage kollektiver Sicherheit. Diese neue Rechtsordnung mag dem Einsatz militärischer Gewalt einen legalen Rahmen geben, ohne Legitimation führt sie jedoch eher zur Erosion der vorhandenen Weltordnung. Das Nichtreagieren auf die neuen Herausforderungen dürfte allerdings zum gleichen Ergebnis führen.

Die internationale Gemeinschaft wird eine Antwort auf die neuen Herausforderungen finden müssen. Der Irak-Krieg macht dies überdeutlich.

Françoise Manfrass-Sirjacques

Die internationale Ordnung muss multipolar funktionieren

Die größten Sicherheitsbedrohungen gehen nicht mehr von Staaten, sondern von "exterritorialisierten" Terrororganisationen aus, die "nichts zu verlieren" haben. Weder berechenbar, noch räumlich exakt zu lokalisieren, lässt sich die Intensität der Bedrohung kaum an einem einzuschätzenden Zerstörungspotenzial beziehungsweise

an Waffenarsenalen messen.

Den Nährboden für die Bereitschaft zum Terrorismus bietet die Konvergenz zwischen feudalistisch geprägten, autokratischen Gesellschaften und einer bestimmten Auslegung des Islam. Dieser predigt die Gewalt als politisches Instrument. Die durch Ressentiments – auch gegen eigene – pro-westliche Gesellschaften und durch die erlebte Unterlegenheit gegenüber dem Westen (Kolonialismus, ungelöster Israel/Palästina-Konflikt etc.) bedingte Radikalisierung prägt eine arabisch-islamische Identität, die sich gegen den "Westen" und gegen seine Werte definiert.

Der internationale Terrorismus kann weder mit diplomatischen Verhandlungen über territoriale Ansprüche und Einflussgebiete, noch mit militärischen Mitteln wie klassische oder nukleare Abschreckung eingedämmt oder abgewehrt werden. Zum "Verhandlungspartner" und Subjekt/Objekt der Weltpolitik werden Terroristen nur durch die hergestellten Verbindungen zu einem Staat. Darin liegt auch ein Teil der Irak-Problematik.

Doch gerade die postulierten Querverbindungen zwischen Al Qaida und dem irakischen Diktator stoßen nicht zuletzt in Frankreich auf Skepsis. Die unterschiedlichen Gefahrenanalysen auf beiden Seiten des Atlantiks haben zum einen subjektive Gründe: etwa das Trauma des 11. Septembers, ein tiefgehendes Misstrauen gegenüber Saddam Hussein sowie ein geringeres Gefühl der Gefährdung auf französischer Seite. Dies liegt daran, dass hier die US-Politik für den Antiamerikanismus mitverantwortlich gemacht wird. Zum anderen bestehen objektive Momente wie konkurrierende wirtschaftliche Interessen, die französische historische Verbundenheit mit dem Irak und eine eigene Mittelmeerpolitik.

Die internationale Staatenordnung kann nicht funktionieren, wenn sich der mächtigste Staat aufgrund seiner Gefahrenperzeption und seiner Interessenlage in seiner Weltordnungsmachtrolle über die internationalen Regeln des Völkerrechts und der UN-Charta hinwegsetzt. Wollten die USA ihre Rolle nicht im Einklang mit den internationalen Regeln wahrnehmen, sondern diese dauerhaft ignorieren, führte dies zu einem internationalen Chaos, dessen politischer Preis die USA selbst überfordern

würde.

Die Vorstellung einer "gemeinsamen Gefahr" von "Schurkenstaaten" und Terroristen scheint konstruiert. Saddam Hussein und Bin Laden waren sich spinnefeind. Auch Teheran fühlt sich durch den konkurrierenden religiösen Fundamentalismus eher bedroht. Die Gefahr liegt eher darin, dass der aufflammende Antiamerikanismus in der Region nun als Kitt fungiert.

Die Region muss stabilisiert werden. Dies bedeutet, zuerst politische Lösungen für die regionalen Konflikte – in erster Linie den israelisch-palästinensischen Konflikt – zu finden. Zu befürchten ist jedoch, dass der präventive Krieg zu zusätzlichen Destabilisierungen führt. Denn die regionalen Mächte wie Iran und Syrien fühlen sich durch eine Veränderung der geopolitischen Lage bedroht. Zudem werden die dortigen eher pro-westlichen Regime wie Ägypten, Saudi-Arabien und Jordanien den aufflammenden Antiamerikanismus der breiten Massen kaum eindämmen können und sich mit einem revolutionär-islamistischen Fundamentalismus konfrontiert sehen.

Zunächst einmal muss im Nach-Saddam-Irak der Übergang zu einem anderen Regime unter UN-Kontrolle (Verwaltung unter UN-Mandat, Blauhelme, Polizei) organisiert werden. Die EU hätte auch eine Rolle zu spielen. Sie muss an den Barcelona-Prozess anknüpfen und Konzepte einer gemeinsamen Mittelmeerpolitik entwickeln.

Die internationale Ordnung muss multipolar funktionieren. Die USA wären als einzige Weltordnungsmacht zwar nicht militärisch, jedoch politisch überfordert. Die Großmächte – einschließlich Russlands – stehen für eine multipolar organisierte Weltordnung und für die Herausbildung von Gleichgewichten in den internationalen Beziehungen.

Andreas Zumach

Reichtumsgefälle ist die größte Sicherheitsbedrohung

Die größte Sicherheitsbedrohung für die Menschheit besteht in dem dramatischen Reichtumsgefälle zwischen den Industriestaaten des Nordens und den meisten Ländern der südlichen Hemisphäre, in denen vier Fünftel der Weltbevölkerung leben.

Bereits Mitte der 80er Jahre verfügten 20 Prozent der Weltbevölkerung über 80 Prozent der weltweiten Ressourcen. Inzwischen sind es fast 90 Prozent. Parallel dazu hat sich auch die Schere bei der Einkommens- und Vermögensverteilung innerhalb der meisten Staaten des Nordens wie des Südens in den letzten 15 Jahren noch weiter geöffnet.

Die ungleiche Verteilung im Weltmaßstab beschleunigt den Raubbau an endlichen Ressourcen. Der Norden betreibt weiterhin Verschwendung von Öl auf hohem Luxusniveau. Im Süden forciert das verzweifelte Streben der Menschen nach Überleben und dem Entkommen aus Armut und Unterentwicklung den Raubbau an der Natur. Die gilt für die wenig nachhaltige Nutzung von Boden, Wasser und anderen überlebenswichtigen Ressourcen. Immer weniger Menschen in den Ländern des Südens sind in der Lage, sich und ihre Familie zu ernähren und andere elementare Grundbedürfnisse zu befriedigen. Das verschärft die Landflucht in ohnehin bereits überfüllte Großstädte, die jedoch ebenfalls kaum Chancen für die Existenzsicherung und für ein Leben in Würde bieten.

Dies ist der ideale Nährboden für die Verbreitung von radikalem Gedankengut, antiwestlichen Feindbildern und islamistischer Ideologie. Hier liegt das Sympathie- und Rekrutierungsumfeld für künftige Terroristen. Der Krieg der USA und Großbritanniens erleichtert antiwestlichen und islamistischen Ideologen das Geschäft und wird terroristischen Organisationen neuen Zulauf sowie politische, finanzielle und logistische Unterstützung verschaffen.

Der Kampf gegen Terrorismus rechtfertigt nicht die Veränderung der gegenwärtigen Staatenordnung – und schon gar nicht unilaterale und in Verstoß gegen das Völkerrecht geführte Faustrechtkriege. Auch die Doktrin „präventiver“ oder „präemptiver“ Kriege wird durch den Terrorismus nicht gerechtfertigt. Der durchaus realen Gefahr einer weiteren Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ist erfolgreich nur zu begegnen mit Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen, die von allen Seiten konsequent umgesetzt und deren Einhaltung durch Kontrollen überwacht werden. Hier haben die fünf offiziell anerkannten Atomwaffenmächte, unter ihnen vor allem die USA, erhebliche Defizite.

Der Krieg gegen den Irak ist das beste Rezept, die Weiterverbreitung zumindest von atomaren Massenvernichtungswaffen zu fördern. Denn Staaten, die befürchten müssen, zum Ziel eines künftigen Atomkrieges zu werden, werden sich zur Garantie ihrer eigenen Sicherheit nun verstärkt um die Beschaffung eigener Atomwaffen bemühen.

Die Paneldiskussion

Roland Kaestner

Wir können keine endgültige Gerechtigkeit herstellen

Überwiegend stellen die Einführungsbeiträge der Experten die Notwendigkeit heraus, dass wir vor *neuen Herausforderungen* in der Sicherheitspolitik stehen. Während die Sicherheitspolitik der Vergangenheit und der Gegenwart in erster Linie darauf ausgerichtet war und ist, zwischen Staaten Kriege zu verhindern, Konflikte und Krisen zu bewältigen, werden wir uns in Zukunft mit Akteuren auseinandersetzen müssen, die militärisch-organisierte Gewalt häufig zur Durchsetzung ihrer ökonomischen Interessen nutzen, oder um es drastischer auszudrücken, die vom Krieg leben.

Dass solche Akteure nicht mit der klassischen Kriegsursachenanalyse zu erfassen sind, scheint mir schon deswegen eindeutig, weil man bei staatlichen Akteuren im Völkerrecht davon ausgeht, dass sie einen von ihnen gewünschten Friedenszustand mit militärischer Gewalt erreichen wollen. Dieses Ziel haben die neuen Akteure nicht, sondern sie leben davon, sich an der nationalen, regionalen oder internationalen Werteverteilung mit Gewalt zu beteiligen. Ihr Produktionsmittel ist die Gewalt, die von Waffen ausgeht.

Nun kann man natürlich der Meinung sein, dass die Ursachen für diese Entwicklung die *Ungleichverteilung der Werte* in der Welt sind. Zum einen ist eine solche Definition wenig hilfreich, um die Konflikte dieser Welt politisch handhabbar zu machen. Wir können uns zwar bemühen, die Verteilung der Güter dieser Welt gleicher zu gestalten, doch erstens werden die Werte entsprechend dem Zugang und den egoistischen Interessen der beteiligten Akteure verteilt, zum zweiten verändern sich die Zugänge zu den Werten laufend durch den großen zivilisatorischen Veränderungsprozess (s. *Norbert Elias*). Damit gibt es drittens keine Möglichkeit, eine endgültige Gerechtigkeit herzustellen.

Zum anderen hat in den letzten 30 Jahren die historisch größte Kapital-

umverteilung mittels *Zugang zum Öl* stattgefunden. Experten schätzen, dass etwa fünf Prozent des vorhandenen weltweiten Kapitals aus der OECD-Welt in den Raum Naher/Mittlerer Osten transferiert wurde. Dies hat jedoch keinen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungsprozess von gleicher Geschwindigkeit in Gang gesetzt. Das Problem der „good“ beziehungsweise „bad governance“ ist der größte Hemmschuh für die Entwicklung der Region geblieben. Und gerade aus dieser Region stammt die aktuelle Bedrohung des islamistischen Terrorismus.

Unabhängig von den Fragen der Ursachen ist auch die Entwicklung, dass nicht mehr nur Staaten in Form von klassischen Kriegen (s. I. und II. Weltkrieg oder der mögliche III. nukleare Weltkrieg) Katastrophen auslösen können. Es ist zugleich eine neue Verwundbarkeit gegeben: Jene der modernen Gesellschaften, des Zugangs zu technologischen Möglichkeiten und der Verfügbarkeit von Finanzmitteln, die es *kleinen und mittleren Staaten* – wie auch *nichtstaatlichen Akteuren* – ermöglichen, gezielt Schäden bei industriellen und postindustriellen Staaten herbeizuführen. Ausmaß und Wirkung solcher kriegerischer Handlungen auf die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklung eines Staates oder ganzer Regionen können jenen von nuklearen Kampfhandlungen entsprechen. Damit werden die Staaten vor völlig neue Herausforderungen gestellt. Können sie warten, bis ein Ereignis eingetreten ist, das ihren Nationen irreparable Schäden zufügt?

Beides zusammen erfordert eine *neue Herangehensweise an internationale Sicherheitspolitik*, wenn man erfolgreich eine gewaltlosere Zukunft mitgestalten will. Diese Diskussion findet in den USA seit Jahren statt, während wir in Europa eher an den aktuellen Ereignissen entlang zukünftige Sicherheitspolitik diskutiert haben und damit von Ereignis zu Ereignis (z.B. Somalia, Ruanda, Jugoslawien, Irak) unsere Diskussionsergebnisse infrage stellen mussten.

Andreas Zumach

Auch "legale" Atomwaffen sind nicht tabu

Herr *Hamilton* plädiert in seinem Eingangsstatement für ein "neues Konzept der

strategischen Stabilität", in dem "bisher getrennt verlaufende Handlungsstränge miteinander verflochten werden". Das "Ergebnis" müsse ein "umfassende Verteidigung gegen Massenvernichtungswaffen in jeder Form sein, aus jeder Quelle und mit jedem Träger oder Übermittlungsmedium sein". Dem stimme ich voll zu.

Doch wird ein solches Konzept nur zu Stabilität und Sicherheit führen, wenn neben den von *Hamilton* angesprochenen Massenvernichtungswaffen in Händen von "Schurkenstaaten oder Terrorgruppen" endlich auch die Massenvernichtungswaffen in den Händen der fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates nicht länger tabuisiert werden. Und zwar sowohl die "legalen" Atomwaffen (bei denen die P5 ihre Abrüstungsverpflichtungen aus Artikel 6 des Atomwaffensperrvertrages bis heute verweigern), wie auch die in Verstoß gegen völkerrechtlich verbindliche Rüstungskontrollverträge betriebenen Forschungen und Entwicklungen für biologische Waffen in den USA und in Russland.

Andreas Zumach

Rüstungskontrolle wird von den USA nicht mitgetragen

Als Antwort auf Oberst *Kaestners* „Wir können keine endgültige Gerechtigkeit herstellen“. Oberst *Kaestner* hat folgendes geschrieben:

„Beides zusammen erfordert eine *neue Herangehensweise an internationale Sicherheitspolitik*, wenn man erfolgreich eine gewaltlosere Zukunft mitgestalten will. Diese Diskussion findet in den USA seit Jahren statt, während wir in Europa eher an den aktuellen Ereignissen entlang zukünftige Sicherheitspolitik diskutiert haben und damit von Ereignis zu Ereignis (z.B. Somalia, Ruanda, Jugoslawien, Irak) unsere Diskussionsergebnisse infrage stellen mussten.“

Die von *Kaestner* gelobte Diskussion der letzten Jahre in den USA hat ja nun keineswegs in Richtung der Gestaltung einer gewaltloseren Zukunft gewirkt. Im Gegenteil: Zahlreiche wesentliche bis 1990 getroffene internationale Vereinbarungen (nicht nur im engen Bereich der Rüstungskontrolle), die ja per definitionem auf einen nicht gewalttätigen Austrag von Interessengegensätzen und auf die politische Lösung

von Problemen setzen, sind von den USA in den letzten zwölf Jahren aufgekündigt oder unterminiert worden. Neue seit 1990 getroffene internationale Vereinbarungen (z.B. die zum Internationalen Strafgerichtshof oder das Kioto-Klimaprotokoll) werden von den USA nicht mitgetragen.

Thomas Jäger

Der Umsturz kommt von oben!

Herr Oberst *Kaestner* hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass Kriege eine neue Gestalt annehmen. Das geht so weit, dass der alte Kriegsbegriff – nach Clausewitz die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln – nicht mehr brauchbar erscheint. Die Auflösung der internationalen Ordnung von unten, durch staatsfreie Räume, Staatszerfall und die Privatisierung der Gewalt stellt eine Herausforderung für die Neukonzeption der Sicherheitspolitik dar. Die privaten Gewaltakteure suchen ökonomischen Gewinn und wenden deshalb Gewalt an. Meine Frage ist: Sind dies dieselben Akteure, die ein Motiv haben könnten, in Deutschland terroristische Anschläge zu verüben?

Ich bin deshalb dafür, an der Unterscheidung zwischen politischer und privater Gewalt festzuhalten und mehr noch der Ansicht, dass man die Diskussion um die „großen Kriege“ – also die Kriege zwischen Großmächten – nicht vernachlässigen sollte. Es ist zwar richtig, dass sie seltener wurden, aber die Auswirkungen auf die internationale Ordnung waren doch umso größer. Wird das nicht schon jetzt sichtbar, wenn die USA die Region des Mittleren Ostens (wenn nötig mit militärischer Gewalt) neu ordnen? Richtig ist, dass wir die zukünftigen Sicherheitsgefährdungen diskutieren müssen und nicht die vergangenen. Und hier stellt sich ja gerade das Problem: Wenn so viele verschiedene Gefährdungen möglich sind, welche dieser Bedrohungen sind dann handlungsleitend? Auf die Abwehr welcher Gefahren bereitet man sich dann vor?

Frau Dr. *Manfrass-Sirjacques* hat ja deutlich analysiert, welche Relevanz die ideologische Orientierung für die Bereitschaft zu terroristischen Anschlägen hat. Man kann auch befürchten, dass die dichtere Kommunikation und erhöhte Mobilität in der

Welt zu einer rascheren Ausbreitung terroristischer Aktionen führen könnten. Aber erst wenn diese Gewalt mit einem ordnungspolitischen Gegenentwurf verbunden ist, wird aus der privaten Gewalt eine politische. Dies zu verhindern, liegt im Interesse aller Staaten, die mit der gegenwärtigen Ordnung einigermaßen zufrieden sind – die sie reformieren, aber nicht umstürzen wollen.

Der Umsturz erfolgt nun aber von oben – durch die USA, die sich nicht an vereinbarte Regeln halten. Und eine dieser Regeln heißt: dass militärische Gewalt nur dann angewandt werden darf, wenn kollektiv festgestellt wird, dass eine Bedrohung besteht. Die amerikanische Konstruktion eines Zusammenhangs von Schurkenstaaten und Terroristen im Fall des Irak hat eine fatale Konsequenz. Sie führt nämlich dazu, dass die tatsächliche Brisanz des Problems in Europa nicht mehr ernst genommen wird.

Die internationale Ordnung wird in den nächsten Jahren keine multipolare Gestalt haben. Auch wenn die USA schwächer oder gar in eine Isolation zurückfallen würden, werden sie weiter dominieren. Denn weder die EU noch Russland oder China sind in den nächsten Jahren in der Lage, die internationale Ordnung zu garantieren. Wenn jedoch aus machtpolitischen Erwägungen realistische Bedrohungsszenarien verworfen werden (weil sie aus den USA kommen), hat dies Konsequenzen auf zwei Ebenen: Denn erstens führt dies zu Turbulenzen im internationalen System (mit entsprechenden Kosten und dem Verlust der sicherheitspolitischen Kooperation). Und zweitens kann die eigene Sicherheit dann nicht mehr gewährleistet werden, weil die reale Bedrohung nicht erkannt wird.

Françoise Manfrass-Sirjacques

Nicht Armut, sondern Unterdrückung ist Grund für Terrorismus

Die meisten Teilnehmer haben sich auf die Frage nach den neuen Bedrohungen und den unterschiedlichen Bedrohungsanalysen konzentriert. Wenn auch mit unterschiedlicher Akzentsetzung werden der internationale Terrorismus und Massenvernichtungswaffen bzw. die Verbindung zwischen beiden genannt.

Interessant dabei ist, dass *Andreas Zumach* eine ganz andere Analyse vorlegt.

Wenn auch absolut nicht zu bestreiten ist, dass das enorme Wohlstandsgefälle zwischen dem Norden und dem Süden für künftige Spannungen sorgen wird, erscheint die Gewaltexplosion, die wir erleben – dazu zählen der 11. September und die Terroranschläge, hie und da aber auch andere Konflikte – eigentlich nicht primär aus einem weltweiten Kampf um die Ressourcen herzurühren. Vielmehr – und hier stellt das 21. Jahrhundert keine Zäsur gegenüber dem 20. Jahrhundert dar – scheint es wieder um einen Kampf der Ideologien bzw. um durch einen ideologischen Überbau getragene Machtkämpfe zu gehen. Auf der einen Seite ein fanatisch-revolutionärer Islamismus, der „dem Westen“ den Krieg erklärt hat, auf der anderen Seite der vom amerikanischen Sendungsbewusstsein getragene Weltordnungsmachtanspruch der allein verbliebenen Supermacht.

Gewiss sind Armut, mangelnde Existenzsicherung usw. ein Nährboden für Radikalismus. Doch Radikalismus entsteht nicht in den ärmsten Ländern dieser Welt, sondern eigentlich in Ländern, die Reichtümer (wie Öl) besitzen. Saudi-Arabien scheint – gemessen an den Beteiligten des 11. September – ein Reservoir für Terroristen gewesen zu sein, die sich übrigens auch nicht aus den verarmten Schichten rekrutierten. Hier scheint vor allem ein politisches Problem den Grund für Gewaltanwendung zu bieten: die Frustration gegenüber korrupten, autokratischen Eliten und die mangelnde Aussicht auf gesellschaftliche Entwicklungen. Wenngleich der Terrorismus keinesfalls demokratische Werte predigt, findet er in den frustrierten Massen durchaus Anhänger, die sich Verbesserung erhoffen. Algerien ist ein Beispiel dafür, dass die Unzufriedenheit mit undemokratischen, autoritären Regimes den Islamisten Zulauf verschafft. Die Korruption der Eliten in der Türkei ist sicherlich auch ein Grund für den Erfolg der, wenn auch gemäßigten islamistischen Parteien. Gewaltbereitschaft scheint mit einer ausbleibenden Gesellschaftsmodernisierung zusammenzuhängen. In den Ländern des Südens, dort wo die von Andreas Zumach beschriebenen Zustände wirklich zutreffen, ist die Antwort auf Verarmung eigentlich nicht Gewaltanwendung, sondern vielmehr Emigration. Diejenigen, die es sich leisten können, versuchen durch Weggehen sich ein Überleben zu sichern. Die immer tiefer

werdende Kluft zwischen dem Norden und dem Süden ist sicherlich ein enormes Problem, das möglicherweise tatsächlich zu einem Kampf um die Ressourcen führen kann – auch zwischen den armen Ländern untereinander z.B. wegen Wasser – der Grund für Terrorismus ist sie aber nicht (oder noch nicht).

Thomas Jäger wirft die Frage nach der Instrumentalisierung des Terrors zu nationalen Zwecken durch „gewisse Kreise“ in den USA auf. Kein Zweifel: zumindest eine Fraktion der US-Regierung strebt eine durch den Unilateralismus der amerikanischen „Hypermacht“ charakterisierte neue Weltordnung an. Doch sind auch andere – und dazu zählt der US-Außenminister Colin Powell – sich dessen bewusst, dass Amerika auch bald an die Grenzen seiner Weltordnungsfähigkeit gelangen würde. Der politische Preis würde auch Amerika überfordern. Es liegt also auch im amerikanischen Interesse, die UNO nicht total auszuschalten. Der Sicherheitsrat spiegelt in der Tat eine Machtkonstellation wider, die längst der Vergangenheit angehört. Doch alle Bestrebungen nach einer Reform der UNO sind bisher gescheitert. Ein Sitz für Europa im Weltsicherheitsrat? Es wäre sinnvoll. Doch sind Großbritannien und Frankreich dazu bereit? Zweifel sind angebracht. Es gibt in absehbarer Zeit keine Alternative zur gegenwärtigen Organisationsform der Völkergemeinschaft. Also gilt es, Amerika davon zu überzeugen, dass es auch in seinem Interesse liegt, nicht unilateral zu handeln. Und das kann nur ein mit einer Stimme sprechendes Europa.

Die Stärke der USA resultiert auch aus der Schwäche Europas. Es fehlt ein Gegengewicht. Wir sind wieder beim Thema „Europa“. Es ist ein anderes Thema. Nun kann die Weltordnung nicht ohne Gegengewichte funktionieren. Jeder Staat handelt im Sinne seiner Interessen. Spürt er kein Gegengewicht, tendiert er zur schrankenlosen Ausübung seiner Macht. Appelle an die „Legitimität“ bzw. an die Beachtung der internationalen Regeln nützen wenig. Solange Europa schwach bleibt, wird Washington die Welt mit seinem eigenen Verständnis der "pax americana" beglücken.

Das Problem der Massenvernichtungswaffen – wobei m.E. „Schurkenstaaten“ und „Terrorismus“ (noch) nicht identisch sind – bleibt zentral. Wobei folgendes unterschieden werden muss: Die Gefahr, dass „Schurkenstaaten“ „den Westen“ mit A-

Waffen angreifen, scheint aufgrund der gegen nukleare Staaten noch funktionierenden Abschreckung nicht sehr aktuell. Die Gefahr ist eher die einer Eskalation von lokalen Konflikten. Diese Gefahr ist aber auch nicht sehr aktuell. Eher scheinen die so genannten Schurkenstaaten (Nord-Korea, Iran) den Besitz von A-Waffen als Moment der Selbstaufwertung und nebenbei – wie von einem Teilnehmer bemerkt – als Schutzschild gegen amerikanische Ansprüche auf eine neue Weltordnung zu betrachten – zweifellos ein perverser Effekt des Irak-Kriegs.

Ganz anders die B- und C-Waffen. Sie können in der Tat leicht zum Instrument des Terrorismus werden. Nicht nur Ächtung und internationale Konventionen, sondern auch effektive Kontrolle und internationaler Druck sind hier erforderlich.

Und dazu brauchen die USA, die vielleicht am meisten von B- und C- Waffen durch Terroristen bedroht sind, die Weltgemeinschaft, was wiederum hoffen lassen kann, dass Washington wieder die Kooperation mit den anderen Staaten sucht.

Thomas Jäger

Nuklearwaffen und Stabilität

Herr *Zumach*, Sie haben ja zu Recht darauf hingewiesen, dass der Irakkonflikt zu einem paradoxen Ergebnis führen könnte. Staaten könnten noch stärker als zuvor daran interessiert sein, Nuklearwaffen zu besitzen. Das gilt besonders für Staaten, die nicht demokratisch regiert werden, weil die herrschende Gruppe auf diese Weise ihre Herrschaft absichern kann.

Ich verstehe deshalb nicht, wie Sie zu der Schlussfolgerung kommen, dass eine allgemeine nukleare Abrüstung zu Sicherheit und Stabilität führen könnte. Und ich verstehe weiterhin nicht, wer diese Sicherheit und Stabilität dann garantieren sollte.

Daniel Hamilton

Eine mehrdimensionale Strategie

Zu den Bemerkungen von Herrn *Zumach*: Die wirtschaftlichen Chancen und Möglichkeiten, die mit dem globalen Wachstum einhergegangen sind, haben während

der letzten 30 Jahre mehr Menschen aus der Armut befreit, als dies jemals in der Geschichte der Menschheit der Fall gewesen ist. Und doch, wie er bemerkt, verbreitet sich die Kluft zwischen Reich und Arm weiter. Das Ergebnis dieser Entwicklung ist ein tief greifendes Gefühl von technologischer Unterentwicklung, Entbehrung und selbst Hoffnungslosigkeit, aus dem – insbesondere in islamischen Staaten – Unterstützung für extreme Entwicklungen erwächst. Nahezu die Hälfte der Weltbevölkerung muss mit zwei Euro am Tag auskommen, eine Milliarde Menschen verfügt nur über einen Euro am Tag, eineinhalb Milliarden bekommen nie ein Glas sauberes Wasser zu trinken. In jeder Minute stirbt eine Frau im Kindbett und stirbt ein Kind an Aids.

Ich stimme ihm zu: Das ist der Stoff, aus dem Explosionen entstehen. Wenn wir den Ozean an Menschen trockenlegen wollen, auf dem die Terroristen schwimmen – um ein Bild von *Mao Tse-tung* aufzugreifen –, dann müssen wir uns auch mit den Problemen des Elends, der Armut und der Krankheit auseinandersetzen, vor denen Milliarden von Menschen im Großraum Südwestasien und darüber hinaus gegenwärtig stehen. Dazu werden Verpflichtungen erforderlich sein, die weit über das gegenwärtig Geleistete hinausgehen, und dies gilt insbesondere im Bereich der Entwicklungshilfe. Die Notwendigkeit und der Zwang, dies zu tun, haben nur teilweise mit dem Kampf gegen den Terrorismus zu tun; andererseits jedoch bietet das neue Umfeld Chancen und Gelegenheiten, die Entwicklung als eine Form der Sicherheit mit anderen Mitteln zu fördern. Dies ist eine besondere Herausforderung für die USA. Die Bush-Regierung hat die Entwicklungshilfe aufgestockt, aber noch mehr muss getan werden.

Das schließt aber nicht aus, dass wir gemeinsam den Katastrophenterrorismus direkt bekämpfen müssen. Die Vereinigten Staaten mögen heute das Hauptangriffsziel sein, aber Al-Qaida plante auch bedeutende Operationen in Europa. Der Katastrophenterrorismus stellt einen Angriff auf den Europagedanken an sich – das heißt auf die Bemühungen der Nachkriegsgeneration um eine Zusammenarbeit mit dem Ziel, menschliches Leid von solch großem Ausmaß für immer zu verhindern. Sollten wir das Terrorismusproblem nicht bewältigen können, so müssten wir diese historische Vision

aufgeben und würden Amerikaner und Europäer rücksichtslosen Extremisten ausliefern, die unsere Gesellschaft nicht verändern, sondern vernichten wollen.

Wir sind diesem Problem noch nicht gewachsen. Unsere Partnerschaft ist am besten auf die weniger wahrscheinlichen Gefahren und am wenigsten auf die größten Gefahren vorbereitet, denen wir gegenüberstehen.

Die strategische *Herausforderung unserer Zeit* besteht nun darin, dieser Bedrohung entgegenzutreten. Dies erfordert eine mehrdimensionale Strategie, die sich nicht nur auf militärische Stärke (aber auch!), sondern auch auf neue Formen der diplomatischen, finanziellen, wirtschaftlichen, nachrichtendienstlichen, zollrechtlichen und polizeilichen Zusammenarbeit stützt. Zudem bedeutet dies im Hinblick auf den Schutz unserer Gesellschaften die Verknüpfung nationaler Heimatschutzstrategien mit der Doktrin und der zivilen Notfallplanung der NATO, und eine noch bessere Koordination zwischen USA und EU. Es bedeutet die Verschärfung internationaler Normen gegen den Terrorismus. Es bedeutet die Erweiterung der Nunn-Lugar-Programme zur Sicherung von Massenvernichtungswaffen sowie des damit verbundenen Materials und Know-hows. Es bedeutet eine entschlossene transatlantische Strategie für den Großraum Südwestasiens. Es bedeutet Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Demokratie, um so Bedingungen zu schaffen, die Terroristen keinen fruchtbaren Nährboden mehr bieten. Es bedeutet die Erhöhung unserer Entwicklungshilfe. Es bedeutet den Aufbau funktionsfähiger Staatswesen.

Dies ist ein erdrückender Katalog von Aufgaben. Schießen wir damit über das Ziel hinaus? Ist dies eine übertriebene amerikanische Reaktion auf eine bisher begrenzte, wenn auch entsetzliche Form von Angriff auf die Vereinigten Staaten? Meine Antwort lautet Nein. Die Notwendigkeit einer derartigen Strategie bestand auch schon am 10. September 2001. Die Angriffe vom 11. September haben nicht unsere Verwundbarkeit gegenüber dem Katastrophenterrorismus, sondern vielmehr unser Bewusstsein — wenigstens in den USA — davon verändert. Die Angriffe haben uns auf grausame Weise wachgerüttelt.

Roland Kaestner

Europa braucht Instrumente

Als Antwort auf Herrn *Zumachs* "Rüstungskontrolle wird von den USA nicht mitgetragen":

Einer der Gründe, warum die transatlantischen Beziehungen sich in der Krise befinden, liegt in der Tatsache, dass die Europäer die Diskussion in den USA nicht ernst genommen haben. Herr Prof. *Jäger* verweist zu Recht darauf, dass verweigerte Diskussionen zu Turbulenzen im internationalen System führen. Daher ordne ich Herrn *Zumachs* Beispiele in die Reihe der Kosten und Verluste im Rahmen der sicherheitspolitischen Kooperation, die von Prof. *Jäger* angesprochen wurden.

Ich stimme Frau *Manfrass-Sirjacques* zu: Amerikas Stärke resultiert aus Europas Schwäche. Es geht aber nicht um Gegenmachtbildung zur USA, sondern um globale Gestaltungsmacht. Europa muss globale Verantwortung und damit auch Lasten übernehmen. Dies ist jedoch nur möglich, wenn Europa die Instrumente zur Beeinflussung des internationalen Umfeldes auch besitzt. Der Fall Irak macht dies überdeutlich. Wären die Truppen, die *Saddam Hussein* auf den Weg zur "friedlichen Abrüstung" zwangen, zur Hälfte aus Europa gestellt worden oder gar von den Mitgliedern der Vereinten Nationen (insbesondere der des Sicherheitsrates), dann hätte die Lösung dieser internationalen Krise sicher anders ausgesehen. Nur wer die Macht hat, kann internationales Recht schützen und auch durchsetzen, sonst erodiert es.

Andrea Szukala

Terrorismus und Staat

Die Diskutanten des Besucherforums und ich haben noch einige Fragen zum Thema *Terrorismus und Staatlichkeit* und zum Problem der "Schurkenstaaten" in den Internationalen Beziehungen:

Herr Oberst *Kaestner* hat deutlich gemacht, wie sehr staatsfreie Räume als Problem gesehen werden müssen, vor allem wenn es starke Akteure gibt, die an diesem Zustand ein ökonomisches Interesse haben. Indes: Wie ist in Ihrer Sicht der Bezug von

Terrorismus und Entstaatlichung bzw. Terrorismus und Schurkenstaatentum in seinen Varianten zu beurteilen?

Genauer: Ist das "Taliban"-Modell das einzige Muster, für das ein fremdes Eingreifen gerechtfertigt ist? Denn hier gab es doch mehr oder weniger Einigkeit, dass wir recht daran getan haben, uns selbst an einer solchen "Demokratisierung von oben" mit militärischen Mitteln zu beteiligen, oder etwa nicht? Wie stehen Sie, Herr *Zumach*, zum Fall Afghanistan?

Frau Dr. *Manfrass-Sirjacques* hat dann zu Recht darauf verwiesen, dass auch die demokratische Qualität von bestehenden Staaten eine Rolle spielt. Ist vielleicht nicht doch unserem Diskutanten „Regierungskritiker“ zuzustimmen, dass auch hier die Möglichkeit eines Regimewechsels von außen mit Gewalt nicht von vorneherein völlig ausgeschlossen werden darf?

Prof. *Hamilton* hat darauf hingewiesen, dass wir eine völlig neue Strategie brauchen, denn anscheinend gibt es hier ein Problem, das nicht allein mit Reichtumsgefällen erklärt werden kann. Schließlich scheint nicht die Deprivation von Bevölkerungsgruppen der Ursprung von islamistischem Terrorismus – so Frau Dr. *Manfrass-Sirjacques* –, sondern die erlebte Unterlegenheit gegenüber dem Westen.

Der Diskutant *Michael Roloff* weist in diesem Zusammenhang auf die historische und kulturelle Dimension westlichen Eingreifens in die Region des Nahen und Mittleren Ostens hin:

Sollte es etwa wieder einmal so aussehen, dass wir selbst im Westen am Ursprung allen Übels stehen? Aber wenn wir heute aufgefordert sind, alte Fehler zu korrigieren – im eigenen Sicherheitsinteresse: Was wären denn konkret die Liste der Mittel, die hier eingesetzt werden können und dürfen, ohne in das alte Muster zu verfallen, das anscheinend für die derzeitige Entwicklung mitverantwortlich ist?

Andreas Zumach

Nuklearmächte produzieren Instabilität

Als Antwort auf *Thomas Jäger* „Nuklearwaffen und Stabilität“. Prof. *Jäger* hatte

folgendes geschrieben:

„Herr Zumach, Sie haben ja zu Recht darauf hingewiesen, dass der Irakkonflikt zu einem paradoxen Ergebnis führen könnte. Staaten könnten noch stärker als zuvor daran interessiert sein, Nuklearwaffen zu besitzen. Das gilt besonders für Staaten, die nicht demokratisch regiert werden, weil die herrschende Gruppe auf diese Weise ihre Herrschaft absichern kann.

Ich verstehe deshalb nicht, wie Sie zu der Schlussfolgerung kommen, dass eine allgemeine nukleare Abrüstung zu Sicherheit und Stabilität führen könnte. Und ich verstehe weiterhin nicht, wer diese Sicherheit und Stabilität dann garantieren sollte.“

Herr Jäger, bereits die Weigerung der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, ihren Abrüstungsverpflichtungen aus dem Atomwaffensperrvertrag nachzukommen, hat schon während der Zeit des Kalten Krieges die Glaubwürdigkeit der Forderung an andere Staaten, auf derartige Waffen zu verzichten, unterminiert. Dies ist seit Ende des Kalten Krieges in noch stärkerem Maße der Fall.

Wir wissen *heute*, wie häufig und wie dicht die Welt während des Kalten Krieges am Abgrund des Einsatzes von Atomwaffen gestanden hat. Dass das atomare Patt zwischen den USA und der Sowjetunion während dieser viereinhalb Jahrzehnte zu einer (relativen) politischen Stabilität beigetragen hat, war eher Glück. Doch das atomare Patt beruhte ja gerade darauf, dass mit der auf beiden Seiten gesicherten Zweitschlagsfähigkeit der Einsatz von Atomwaffen ein zu hohes Risiko war.

In den letzten zwölf Jahren seit Ende des Kalten Krieges wurden Atomwaffen zumindest in der Militärplanung der USA zunehmend zu Waffen, die auch tatsächlich eingesetzt werden könnten – und zwar auch gegen Staaten, die selber nicht über Atomwaffen, geschweige denn über eine gesicherte Zweitschlagsfähigkeit verfügen. Im Golfkrieg vom Frühjahr 1991 befanden sich taktische Atomwaffen auf Kriegsschiffen der USA im Persischen Golf und im Mittelmeer, und die Regierung von Präsident George Bush senior ließ dies Saddam Hussein seinerzeit informell wissen. Vor dem aktuellen Irak-Krieg wurde der Einsatz von Atomwaffen bereits ganz offiziell angedroht – und zwar von Washington wie von London – als Vergeltung gegen

einen etwaigen irakischen B-oder C-Waffeneinsatz.

In der Logik der weiteren Entwicklung und der neuen nationalen Militärdoktrin der USA vom September 2002 liegt, dass vorhandene Atomwaffen in einem der nächsten Kriege tatsächlich eingesetzt werden. Staaten, die (ob zu Recht oder zu Unrecht) befürchten müssen, dass sie Ziel eines solchen Einsatzes werden, werden sich verstärkt um eigene Atomwaffen bemühen. Daher garantiert die fortgesetzte Verfügung der USA und der anderen vier ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates über Atomwaffen nicht Stabilität, sondern bewirkt zunehmende Instabilität.

Andreas Zumach

USA und internationale Verträge

Als Antwort auf Oberst *Kaestner* „Europa braucht Instrumente“, Oberst *Kaestner* hatte folgendes geschrieben:

„Einer der Gründe, warum die transatlantischen Beziehungen sich in der Krise befinden, liegt in der Tatsache, dass die Europäer die Diskussion in den USA nicht ernst genommen haben. Herr Prof. *Jäger* verweist zu Recht darauf, dass verweigerter Diskussionen zu Turbulenzen im internationalen System führen. Daher ordne ich Herrn *Zumachs* Beispiele in die Reihe der Kosten und Verluste im Rahmen der sicherheitspolitischen Kooperation, die von Prof. *Jäger* angesprochen wurden.“

Herr *Kaestner*, wieso sind das Nein der USA zum Internationalen Strafgerichtshof und zum Klimaprotokoll von Kioto sowie (ich füge hinzu) zu einem Überprüfungsprotokoll für den B-Waffenverbotsvertrag, der Ausstieg aus dem ABM-Vertrag sowie die anhaltende Weigerung Washingtons, das Verbot von Anti-Personenminen, das 2. Zusatzprotokoll zu den Genfer Konventionen sowie zahlreiche im Rahmen der UNO und ihrer Sonderorganisationen vereinbarte Verträge zu sozialen, menschenrechtlichen und anderen Fragen zu unterzeichnen bzw. zu ratifizieren, "*Kosten und Verluste im Rahmen der sicherheitspolitischen Kooperation*"? Das müssten Sie bitte erklären.

Andreas Zumach

„Demokratisierung von oben“: Ein Euphemismus

Als Antwort auf *Andrea Szukala*. *Andrea Szukala* hatte in „Terrorismus und Staat“ folgendes geschrieben:

„Ist das "Taliban"-Modell das einzige Muster, für das ein fremdes Eingreifen gerechtfertigt ist? Denn hier gab es doch mehr oder weniger Einigkeit, dass wir recht daran getan haben, uns selbst an einer solchen "Demokratisierung von oben" mit militärischen Mitteln zu beteiligen, oder etwa nicht? Wie stehen Sie, Herr *Zumach*, zum *Fall Afghanistan*?“

"Demokratisierung von oben" ist ja wohl eine etwas euphemistische Formulierung. Wer die Lage in Afghanistan kennt – vor allem auch außerhalb Kabuls –, weiß, dass von Demokratisierung oder auch nur von einer Befriedung des Landes leider keine Rede sein kann. Inwieweit das Al-Qaida-Terrornetzwerk in Afghanistan durch den Einsatz militärischer Mittel tatsächlich zerschlagen wurde, oder ob seine Mitglieder sich nicht längst (innerhalb und/oder außerhalb der Grenzen des Landes) neu organisiert haben, darüber gibt es keine gesicherten Erkenntnisse.

Thomas Jäger

Globalisierung und Devianz

Die entscheidenden Fragen, Herr *Prof. Hamilton*, sind doch:

- (1) Welches sind die zentralen Gefahren, auf deren Abwehr sich die Gesellschaften vorbereiten müssen?
- (2) Welche Mittel stehen hierfür zur Verfügung?

Ich kann im Terrorismus nicht die zentrale Gefahr erkennen, solange er nicht auf politisch fruchtbaren Boden fällt. Erst breite öffentliche Unterstützung würde terroristische Gruppen für die Sicherheit des Westens bedrohlich machen. Alles andere kann zwar zu Katastrophen führen, aber weder bedrohen diese die politische Ordnung, noch sind sie militärisch abzuwehren. Deshalb war die amerikanische Antwort auf den 11. September falsch, und zwar nicht erst im Irak, sondern schon in Afghanistan.

Entscheidend für die westliche Sicherheit und die Stabilität der internationalen Ordnung ist, dass zwischen den Großmächten sicherheitspolitische Kooperation organisiert werden kann. Das setzt aber ähnliche Bedrohungsanalysen voraus. Und die wiederum müssen — soweit es sich um Demokratien handelt — mit dem Bedrohungsgefühl der Bevölkerung vereinbar sein.

Warum entwickelten sich die Bedrohungen in den USA und Europa in den letzten zwei Jahren auseinander? Sicher hat der Terroranschlag vom 11. September eine enorme Wirkung auf die kollektive Wahrnehmung in Amerika gehabt. Aber das Bedrohungsgefühl wäre heute nicht so hoch, wenn nicht die Regierung immer wieder daran gearbeitet hätte, es hoch zu halten. Nur so konnte sie den Krieg gegen den Irak begründen, nur so konnte sie für den Präsidenten positive Zustimmung erreichen, nur so konnte der Präsident verdeutlichen, dass er einen guten Job macht. Denn zu Hause, wenn es um die *Homeland Security* geht, wird die Regierung doch kräftig kritisiert.

In Europa andererseits war die Bedrohungswahrnehmung niedrig und sie blieb es, weil Politik und Medien genau in diese Richtung Einfluss genommen haben. Das war auch ein Reflex gegen das taktlose Vorgehen der amerikanischen Regierung (auf das ebenso taktlos reagiert wurde), aber diese Streitigkeiten überdecken, dass es zunehmend Probleme mit Akteuren — Staaten und gesellschaftlichen Gruppen — geben kann, die die internationalen Regeln nicht befolgen. Je stärker der Sog der Globalisierung, desto größer der Reiz der Devianz.

Françoise Manfrass-Sirjacques

Terrorismus und Staat

Andreas Zumach ist zuzustimmen, dass von einer „Befriedung“, geschweige denn von einer „Demokratisierung“ in Afghanistan kaum die Rede sein kann. Der Krieg zwischen den rivalisierenden ethnischen Clans und *Warlords* geht in der Tat weiter. Erstes Ziel des Einsatzes war allerdings, das Terrorregime der Taliban als Stütze der Al Qaida auszuschalten. Wenn auch nicht ausgeschlossen werden kann, dass das Al Qaida-Terrornetzwerk sich neu organisiert hat — das Bild der Hydra mit den

tausenden Köpfen bietet sich geradezu an – ist zumindest ein Rückzugsgebiet des internationalen Terrors mit seinen Trainingcamps für Jihad-Kämpfer ausgeschaltet worden, und die Legitimität des Einsatzes lag in der kaum zu bezweifelnden Verbindung zwischen Al Qaida und Taliban.

Nebenbei gesagt: das ist der gravierende Unterschied zum Irak-Krieg. Deswegen würde ich den Afghanistan-Einsatz primär eher unter das Recht auf Selbstverteidigung als unter die – wenngleich als Nebeneffekt gewünschte – „Demokratisierung von oben“ subsumieren. Ohnehin kann keine noch feudal strukturierte Gesellschaft mit welchen Mitteln auch immer in eine westliche Demokratie „katapultiert“ werden. Auch für den „Nach-Saddam-Irak“ spricht kaum noch jemand von „Demokratie“. Im besten Fall kann eine Übergangsregierung unter UNO-Mandat erste Ansätze einer pluralistischen Gesellschaft schaffen.

Wenn die „Demokratisierung von oben“ nicht funktioniert – nicht nur weil sie als aufoktroiertes System der Siegermacht Widerstände hervorruft, sondern auch weil sie nicht plakativ auf vordemokratische Gesellschaftsorganisationsformen aufgestülpt werden kann – müssen andere Strategien zur Demokratisierung entwickelt werden. Die eine wäre schon, dass die westlichen Staaten nicht weiterhin undemokratische Regime unterstützen, weil sie „nützlich“ sind. Man denke an Saudi-Arabien. Die französische Afrika-Politik, zumindest in der Vergangenheit, war auch nicht immer vorbildlich. Die Klientel-Politik von westlichen Staaten mit weltweiten Ambitionen stünde auf dem Prüfstand. Das heißt wiederum nicht, dass „der Westen“ an allem schuld ist. Denn Gesellschaften demokratisieren sich von innen, und nur in Ausnahmefällen werden sie von „außen“ demokratisiert, was übrigens voraussetzt, dass eine prädemokratische Gesellschaftsform schon erreicht ist – weswegen das immer wieder von den Befürwortern einer "Demokratisierung mit militärischen Mitteln" vorgeführte Beispiel von Deutschland 1945 wenig brauchbar ist.

Bildungspolitische Zusammenarbeit mit demokratisch orientierten Kräften, finanzielle Unterstützung für eine pluralistische Öffnung der Gesellschaften, Druck zugunsten einer freien Presse, Einsetzung von Entwicklungshilfe im Sinne von

Demokratisierung wären u.a. kleine Mosaiksteinchen, die zu einer künftigen demokratischen Architektur beitragen könnten. Nicht zuletzt wünschenswert wäre eine Modernisierung des Islams im Sinne der Trennung von Staat und Religion. Ob der Westen auf einen solchen Prozess Einfluss nehmen kann, ist jedoch äußerst fragwürdig. Möglicherweise kann dies dank Rückkoppelungseffekten mit den im Westen schon etablierten islamischen Minderheiten geschehen. Sicher ist es aber nicht. Die Gefahr einer Radikalisierung der hiesigen Minderheiten ist durchaus auch gegeben. Möglicherweise laufen die zwei entgegengesetzten Tendenzen parallel.

Es gilt also auch, *Abwehrstrategien* gegen die neue strategische Herausforderung zu entwickeln. *Daniel Hamilton* hat schon darauf hingewiesen und einige genannt. Dazu gehört nicht zuletzt – wie von *Hamilton* gesagt – die Entwicklung des unter den Bedingungen des sog. MAD-Systems im Kalten Krieg etwas zu kurz gekommenen Zivilschutzes (Heimatschutz in den USA). Sie sind – und es ist kein Zufall – weitgehend defensiv orientiert. Die Nicht-Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Know-How und vielleicht vordergründig von B- und C-Waffen, da sie ja eher von nicht-staatlichen Akteuren und mit geringerem Aufwand erworben werden können, gewinnt in der Tat eine zentrale Bedeutung. Genauso wenig wie *Thomas Jäger* vermag ich aber der Schlussfolgerung von *Andreas Zumach* zu folgen, wonach eine nukleare Abrüstung der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates für mehr Stabilität in der Welt sorgen würde. Möglicherweise haben die taktischen N-Waffen auf US-Kriegsschiffen im ersten Golfkrieg den Einsatz von B- und C- Waffen in großen Mengen verhindert. Eine nukleare Abrüstung ist nicht teilbar – entweder ist sie weltweit, was wahrscheinlich zum Reich der Utopie gehört, oder sie macht wenig Sinn. Wer sollte dann andere Schurkenstaaten oder sogar Nicht- Schurkenstaaten von nuklearer Erpressung, von einer Eskalation in regionalen Konflikten und dergleichen abschrecken? Das Problem ist sicherlich, dass Abschreckung nur gegenüber Staaten funktioniert und gegen nicht-staatliche Akteure wenig Handhabe bietet. Wie kann man sich vor „nuklearen“ Terroristen schützen? Man kann nur auf den von *Daniel Hamilton* aufgestellten Katalog von defensiven Maßnahmen und verschärften Kontrollen im

nationalen oder übernationalen Raum verweisen.

Transnationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Polizei und Justiz ist ein weiterer Schritt. Die EU beginnt gerade damit. Denkbar wäre auch hier eine transatlantische Zusammenarbeit.

Roland Kaestner

Berechtigte Präventionszwänge

Als Antwort auf die Fragen nach dem Zusammenhang von „Terrorismus und Staat“:

Terrorismus ist eine Gewaltform, der sich staatliche wie nichtstaatliche Akteure mit unterschiedlicher Zielsetzung bedienen. Dabei bietet die Verwundbarkeit moderner Gesellschaften eine neue Option, direkt auf den Willen der Regierungen dieser Staaten Einfluss zu nehmen. "Schurkenstaaten" oder "Zombiestaaten", wie sie Prof. Maull (Vgl. Ein „Zombiestaat“ kämpft ums Überleben von Hanns W. Maull, in: Welt am Sonntag, 5.1.2003) nennt, sowie gescheiterte Staaten bieten terroristischen Organisationen aber auch anderen Gewaltakteuren einen Schutzraum, in dem sie ausbilden, planen und aus dem sie ihre Aktionen führen können. Nicht selten gibt es enge Verbindungen zur international organisierten Kriminalität.

Dies ist nicht nur eine Gefahr – terroristische Bedrohung – für westliche Staaten, sondern die betroffenen Staaten und Regionen haben keine Entwicklungschancen. Es sind die Eliten in vielen Ländern, die durch fehlendes „good governance“ die ohnehin zu geringen Entwicklungsbemühungen der reichen Länder konterkarieren. Diese neuen Kriegsakteure achten selten Recht und Gesetz und völkerrechtliche Verpflichtungen kennen sie kaum.

Daher wird die internationale Gemeinschaft eine Antwort darauf geben müssen, wie sie mit solchen Regimes und nichtstaatlichen Gewaltakteuren umzugehen gedenkt. Das heißt nicht nur das *Völkerrecht* weiterzuentwickeln, sondern auch wirksame *Sanktionsmechanismen* zu etablieren. Ob sich dies zu einem allgemeinen „Feldzug“ für die Demokratie entwickeln sollte, da bin ich sehr skeptisch. Intervenieren muss die Staatengemeinschaft, wenn die Sicherheit ihrer Mitglieder bedroht wird oder diese

ihren Schutz selbst in die Hand (Art. 51 VN-Charta) nehmen. Was insbesondere bei durchaus berechtigten Präventionszwängen das bestehende Völkerrecht aushöhlen könnte.

Darüber hinaus sollte die internationale Staatengemeinschaft dort, wo die Voraussetzungen für eine demokratische Entwicklung gegeben sind, den Gesellschaften helfen, eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Gang zu setzen. Jahrzehntelange militärische Befriedungsmaßnahmen auch im Namen der Vereinten Nationen werden nicht per se Demokratien hervorbringen. Den von Frau *Manfrass-Sirjacques* genannten Möglichkeiten, den willigen Gesellschaften Entwicklungschancen zu bieten, kann man nur zustimmen, allerdings wenn man die ökonomischen Aktivitäten der neuen Kriegsakteure nicht einschränkt, haben die Zivilgesellschaften keine Chance. Dies zeigen bereits heute viele Beispiele (z.B. Liberia, Republik Kongo, Sierra Leone, Afghanistan, Kolumbien, etc.).

Roland Kaestner

Die Verwundbarkeit der Demokratien

Andreas Zumach hat in „Rüstungskontrolle wird von den USA nicht mitgetragen“ folgendes geschrieben:

„Die von *Kaestner* gelobte Diskussion der letzten Jahre in den USA hat ja nun keineswegs in Richtung der Gestaltung einer gewaltloseren Zukunft gewirkt. Im Gegenteil: Zahlreiche wesentliche bis 1990 getroffene internationale Vereinbarungen (nicht nur im engen Bereich der Rüstungskontrolle), die ja per definitionem auf einen nicht gewalttätigen Austrag von Interessengegensätzen und auf die politische Lösung von Problemen setzen, sind von den USA in den letzten zwölf Jahren aufgekündigt oder unterminiert worden. Neue seit 1990 getroffene internationale Vereinbarungen (z.B. die zum Internationalen Strafgerichtshof oder das Kioto-Klimaprotokoll) werden von den USA nicht mitgetragen.“

Herr *Zumach*, in den USA gibt es eine Debatte folgenden Inhalts: der politische Handlungsspielraum der USA würde durch weitere völkerrechtliche Verpflichtungen

asymmetrisch in Bezug auf die zukünftigen Herausforderungen eingeschränkt. Da die zu erwartenden Gegenakteure sich entweder keinen völkerrechtlichen Verpflichtungen (wie Zombiestaaten) unterwerfen oder im Falle nichtstaatlicher Akteure keine Völkerrechtssubjekte seien und daher sowieso jenseits des Völkerrechts agierten. Diese führe in Konflikten zu einer Auseinandersetzung um die öffentliche Meinung, bei der die USA an den Pranger gestellt würden, während ihre Gegner sich dieser öffentlichen Wahrnehmung kaum stellen müssten, da die öffentliche Meinung sowieso bei diesen Akteuren von keinem völkerrechtskonformen Handeln ausgingen. Darüber hinaus nähme es den USA wichtige Handlungsoptionen (so z.B. Raketenabwehr), auf die man nicht einfach verzichten könne.

Diese Haltung drückt sich in der Weigerung der USA aus, völkerrechtliche Verpflichtungen einzugehen, solange die internationale Gemeinschaft nicht bereit ist, gegen völkerrechtswidriges Verhalten dieser Akteure vorzugehen. Eine Ausnahme bildet nur das Klimaprotokoll, es passt nicht in das von mir dargestellte Schema. Solange man sich in der transatlantischen Diskussion nicht auf eine gemeinsame Wahrnehmung über die zukünftigen Herausforderungen einigen kann, werden die USA sich nicht auf Einschränkungen ihrer zukünftigen, aus ihrer Sicht notwendigen sicherheitspolitischen und militärischen Optionen einlassen. Dies führt zu einer von beiden Seiten immer größer werdenden Kluft gemeinsamer Interessen und Handelns in sicherheitspolitischen Fragen.

Andrea Szukala

Kriegsziele und Kriegsergebnisse im Irak-Krieg

Heute sehen wir, dass bei den Besuchern des Forums ein großer Diskussionsbedarf in Bezug auf den Irak-Krieg und die Bewertung seines sich abzeichnenden Ausgangs besteht. Deshalb möchten wir Sie um eine kurze erste Bewertung bitten:

- In welchem Verhältnis stehen eigentlich Kriegsergebnisse und Kriegsziele?
- Welche Auswirkungen sehen Sie im regionalen Umfeld?
- Wie wirken sich die vielfältigen Legitimationsmuster des Krieges auf die Ex post-

Rechtfertigungen aus, vor allem angesichts der Tatsache, dass keine nennenswerten Massenvernichtungswaffen gefunden wurden?

Ein Besucher des Panels spekuliert, dass die Rückführung des irakischen Ölhandels in die Dollarwährung ein zentrales Kriegsziel gewesen sein könnte. Es wäre schön, wenn Sie hierzu konkret Stellung nehmen könnten. Vielleicht könnte sich Herr Prof. *Hamilton* dieser Frage annehmen?

Thomas Jäger

Wer abschrecken kann, braucht amerikanische Prävention nicht zu fürchten

Antwort auf Herrn *Zumach* zu „Nuklearwaffen und Abschreckung“. *Andreas Zumach* hatte folgendes geschrieben:

„In der Logik der weiteren Entwicklung und der neuen nationalen Militärdoktrin der USA vom September 2002 liegt, dass vorhandene Atomwaffen in einem der nächsten Kriege tatsächlich eingesetzt werden. Staaten, die (ob zu Recht oder zu Unrecht) befürchten müssen, dass sie Ziel eines solchen Einsatzes werden, werden sich verstärkt um eigene Atomwaffen bemühen. Daher garantiert die fortgesetzte Verfügung der USA und der anderen vier ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates über Atomwaffen nicht Stabilität, sondern bewirkt zunehmende Instabilität.“

Zu Recht weisen Sie darauf hin, dass die USA über Möglichkeiten des Einsatzes ihrer Atomwaffen nachdenken. Und Recht haben Sie auch damit, dass dieses Nachdenken andere Staaten dazu veranlasst, die eigene Verfügung über Atomwaffen zu erreichen. Denn wer über Atomwaffen verfügt, also ein Potenzial zur Abschreckung hat, wird einen militärischen Angriff möglicherweise weniger zu fürchten haben. Das genau ist der Unterschied des amerikanischen Verhaltens gegenüber Nord-Korea und dem Irak. Wieso soll eine gegenseitige Abschreckung weniger Stabilität bringen, als einseitige Überlegenheit? Der einzige Ausweg wäre, sich eine Welt ohne Nuklearwaffen vorzustellen. Halten Sie das - auch nur mittelfristig - für erreichbar, wenn nicht, was tun wir in der Zwischenzeit?

Thomas Jäger***War der Saddam-Irak ein Schurkenstaat?***

Herr Oberst *Kaestner* trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus mit Gebieten prekärer Staatlichkeit verbindet und dies in Zusammenhang bringt mit der Verwundbarkeit moderner Gesellschaften. Und er hat weiterhin Recht - gerade in der deutschen Diskussion muss man das betonen - dass es sinnlos ist, das Problem militärischer Prävention durch den Hinweis auf die Völkerrechtswidrigkeit beiseite schieben zu wollen. Die amerikanische Regierung hat Prävention auf die internationale Agenda gesetzt. Wer sich der Diskussion verweigert, spricht eben nicht mit.

Konkret für den Irak ist aber ein zentraler Kriegsgrund zu hinterfragen, nämlich, ob es sich hier wirklich nach 1991 um einen Schurkenstaat gehandelt hat. Es ist überhaupt nicht zu bezweifeln, dass dieses Regime nach innen ein Horror war und Gott sei Dank von der Bildfläche verschwunden ist. Aber handelte es sich um einen revisionistischen Staat, um einen weniger polemischen Begriff zu gebrauchen?

Von einem nach außen handlungsfähigen souveränen Staat kann in den letzten Jahren aber doch keine Rede mehr gewesen sein. Und das Potenzial, die internationalen Regeln massiv zu stören, bestand nicht einmal mehr für die Region des Mittleren Ostens. Bestand tatsächlich die Präventionsnotwendigkeit?

Thomas Jäger***Legitimation durch Demokratie***

Die amerikanische Regierung meint, sich politisch (!) ausschließlich gegenüber ihrer Bevölkerung rechtfertigen zu müssen. Diese ist auch ohne den Fund von Massenvernichtungswaffen für den Krieg. 71% der Amerikaner finden den Krieg richtig, auch wenn keine Massenvernichtungswaffen gefunden werden.

Die amerikanische Regierung hat aber eine neue Legitimation gefunden: Sie bringt der Region die Demokratie. Und hierzu wird auch schon eine Dominotheorie formuliert, wonach der prosperierende irakische Staat als Ferment einer regionalen

Demokratisierung wirkt. Wer kann denn gegen die Demokratie sein?

Françoise Manfrass-Sirjacques

Legitimiert das Recht auf Freiheit Krieg?

Realpolitisch gesehen hat *Thomas Jäger* recht: der Hinweis auf die Völkerrechtswidrigkeit ist zwecklos. Wer nicht mitmacht, wird eben nicht weiter gefragt. Das Völkerrecht ist ohnehin nur der Hebel der Schwächeren. Und wer könnte schließlich gegen Demokratie sein? Sollte man nach der humanitären Intervention ein neues Interventionsrecht, die politische Intervention, schaffen? Ein Fass ohne Boden!

Kein Zweifel, die Ausschaltung *Saddam Husseins* ist ein Segen. Rechtfertigt es jedoch den Krieg? Diejenigen, die dem Joch seines Regimes entkommen sind, werden sagen "Ja". Genügt das? Soll das Recht auf Freiheit in einem menschenwürdigen Umfeld einen völkerrechtswidrigen Krieg legitimieren? Die Intervention in das Kosovo lag eigentlich auch außerhalb des Völkerrechts und von der UNO nicht abgesegnet. Das Kosovo war aber näher, an der Peripherie Europas. Wir sind wieder auf dem Gebiet der Realpolitik! Ist das Völkerrecht nur ein Feigenblatt zur Verhüllung anderer Interessen? Oder genügt es zur Legitimation, wenn die "Koalition der Willigen" groß genug ist - sagen wir die Mehrzahl der westlichen Staaten?

Nur: Wer oder was schränkt dann die weltweiten Umgestaltungsvisionen der mächtigsten Staaten ein? Wer oder was bremst ihren Tatendrang?

Daniel Hamilton

Stehen wir vor der Scheidung? Oder vor einer neuen Partnerschaft?

Herr Professor *Jäger* "kann im Terrorismus nicht die zentrale Gefahr erkennen, solange er nicht auf politisch fruchtbaren Boden fällt." Aber er fällt doch auf fruchtbaren Boden! Wir führen diesen Feldzug gegen ein Netzwerk und nicht gegen eine Nation, obschon einige Nationen impliziert sind. Unsere Feinde sind nicht nur die Urheber des Angriffs vom 11. September oder gar die Staaten oder Gruppen, die diese unterstützt haben. Es handelt sich um ein System von internationalem Terrorismus, welches über Jahrzehnte

aufgebaut wurde und dessen Motivation, Ansprüche, Organisation und Reichweite sich in den letzten zehn Jahren auf drastische Weise ausgeweitet hat. Zu unseren Gegnern gehören unberechenbare Individuen, Schattenorganisationen und verdeckte finanzielle Fäden. Der moderne Terrorismus ist zunehmend besser vernetzt. Er ist – was die Motivation, die (finanzielle) Unterstützung und die Konsequenzen für die Sicherheit betrifft – vielseitiger. Er hat globale Reichweite. Die Terroristen sind in höherem Maße vernichtend, ihre Aktionen schwerer zu erfassen, vorherzusehen und zu unterbinden.

Glücklicherweise ist die Vernetzung nicht nur etwas für Terroristen. Außerhalb der leuchtenden Überschriften über transatlantische Streitereien haben die USA mit ihren europäischen Partnern ihr eigenes komplexes, fast unsichtbares und etwas unkonventionelles Kooperationsnetzwerk gebildet, welches zum Fundament der gemeinsamen Anstrengung geworden ist, die Mittel der Terroristen einzufrieren, finanzielle Transparenzmaßnahmen zu er härten und denjenigen, die nicht kooperieren, harte Sanktionen anzudrohen. Heute konzentrieren wir uns darauf, Amerika zu verteidigen. Morgen könnte es einen Angriff auf Europa geben. Die Al Qaida hat groß angelegte Operationen in Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien sowie in den USA geplant. Wir wissen jetzt, dass einer von den Terroristen, die in das World Trade Center geflogen sind, früher einmal eine präzise geplante Strecke über ungeschützte Nuklearanlagen und über politische und wirtschaftliche Schlüsselinstitutionen an Rhein und Ruhr geflogen ist.

Das Potenzial des 11. September war es, uns aus unserer Selbstgefälligkeit wachzurütteln, in der wir in der Welt des 10. September gelebt haben und uns verstehen zu lassen, dass die Macht der Globalisierung eine grundlegende Neuorientierung der Politik erfordert. Wenn wir die Gelegenheit beim Schopf ergreifen, eine sicherere Welt zu erschaffen, müssen wir etwas Standhafteres errichten als die Ad-hoc-Allianz gegen Osama bin Laden und die Taliban. Eine breiter angelegte Strategie sollte die nationale Bereitschaft verbessern, Geldquellen für den Terrorismus versiegen lassen, die Kommunikation der Terroristen stören und zerstören und Druck auf Staaten

ausüben, die Terroristen Zufluchtsorte bieten. Der Erfolg des Ganzen hängt von einer umfassenden Zusammenarbeit zwischen Nachrichtendiensten, Polizei, Diplomaten, Zoll und Geldinstituten ab.

Zu den wesentlichen Herausforderungen – verdammt schwierig in der jetzigen Lage, natürlich – gehört der Entwurf einer umfassenden transatlantischen Strategie für den Umgang mit der Region des Großraums Südwestasien. Ein Kreis mit dem Mittelpunkt in Teheran, dessen Durchmesser grob der Länge der Kontinentalen USA entspricht, bedeckt eine Region, die 75 Prozent der Weltbevölkerung beherbergt, 60 Prozent des weltweiten Bruttosozialprodukts ausmacht und 75 Prozent der weltweiten Energieressourcen hergibt. In dieser Region brodeln ungeklärte Verhältnisse, religiöse und territoriale Konflikte, empfindliche Regimes und tödliche Kombinationen aus Technologie und Terror auf einem Energiefeld, von welchem der Wohlstand des Westens abhängt. Die größte Bedrohung für die deutsche, europäische und amerikanische Sicherheit ist nicht länger eine mögliche Invasion aus dem Osten Europas, sondern vielmehr die willkürliche Zerstörung unserer Gesellschaften oder unwiderruflicher Schaden an unseren Interessen im Allgemeinen durch Unruhen in dieser Region. Die Entscheidungen, die dort getroffen werden, können entscheidend für den Verlauf des 21. Jahrhunderts ausfallen – ob Massenvernichtungswaffen auf Menschenmassen losgelassen werden, ob die Öl- und Gasvorkommen des Kaukasus und Zentralasiens zuverlässige Energiequellen werden, ob dem tödlichen Opiumanbau in Afghanistan und Burma ein Ende gesetzt wird, ob die Anrainer Russlands zu stabilen und friedlichen Demokratien werden, ob Israel und seine Nachbarn miteinander in Frieden leben können und ob die Weltreligionen zusammenarbeiten können. In der Vergangenheit haben wir diese Region nur in Form von verschiedenen Politikschubladen betrachtet: Der Friedensprozess in Nahost wurde völlig getrennt von energierelevanten Themen gesehen. Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Annäherung an Nordafrika und unsere Annäherung an den Iran und den Irak wurden alle einzeln behandelt. Die Globalisierung hat die Grenzen zwischen diesen Bereichen verwischt, und weder die USA noch Europa können mit diesen

Herausforderungen allein fertig werden. Wir müssen für diese Region, die nicht nur eine Reihe von isolierten politischen Themen darstellt, eine neue transatlantische Strategie aufstellen.

Dies ist eine langfristige und sehr schwierige Aufgabe. Wir dürfen nicht darauf hoffen, dass diese turbulente Region sich in der nahen Zukunft in ein Gebiet demokratischer Stabilität und des Wohlstands verwandelt. Aber wir können effektiver zusammenarbeiten, um unsere gemeinsamen Interessen zu verteidigen, um die negativen Tendenzen zu bremsen, die derzeit an Schwung gewinnen, um die positiven Tendenzen zu verstärken, und um Krisen zu kontrollieren. Ich könnte in diesem Zusammenhang hier einzelne Komponenten nur oberflächlich erwähnen, wie zum Beispiel die Notwendigkeit von vorrangigen Bemühungen um eine Verringerung unserer Abhängigkeit von Rohöl aus dem Persischen Golf.

Wesentlich zu dieser Strategie beitragen könnte eine klare Definition davon, was diese Kampagne für eine Milliarde Muslime bedeutet. Wir müssen uns klarmachen, dass es keinen Krieg gegen den Islam gibt. Die westlichen Interventionen im persischen Golf und in Somalia haben Hunderttausende muslimischer Leben gerettet. Im Balkan, als serbische Nationalisten einen mittelalterlichen christlichen Ehrgeiz an den Tag gelegt haben, losgezogen sind, um bosnische Muslime zu massakrieren und dann mit dem Massaker der Kosovo-Muslime weitermachen wollten, haben die USA und Europa zweimal auf muslimischer Seite eingegriffen. Wir haben es mit Millionen von Menschen zu tun, die überzeugt werden müssen, nicht gezwungen. Eine Wandlung von großen Teilen der Kultur arabischer und islamischer Welten kann – wenn überhaupt – nur über viele Jahre oder gar Jahrzehnte ideellen Kampfes erreicht werden. Wir müssen dafür einstehen, dass es sich hier nicht um einen Kulturkonflikt handelt, sondern um einen Konflikt zwischen zivilisierten Menschen – seien sie Christen, Muslime, Juden, Hindus, Buddhisten oder andere – und einem Extremismus, der sich unter dem Deckmantel einer der großen Weltreligionen versteckt, während er den dieser Religion zugrunde liegenden Glauben verrät. Es handelt sich hier nicht um einen Kulturkonflikt, sondern um einen Konflikt innerhalb des Islam: es ist ein Kampf

zwischen Terroristen, die den Islam selbst entführen wollen, und denen, die nach den Lehren des Islam leben wollen. Dieser Feldzug ist keine Kampagne zwischen dem Islam und dem Westen, sondern ein Kampf zwischen Vorurteil und Toleranz, zwischen denen, die die Gesellschaften öffnen möchten, und denen, die sie versiegeln wollen. In diesem Zusammenhang sollten wir auch unseren Einsatz für den Frieden zwischen Israel und Palästina verstärken, hier ist große Bush-Kritik angemessen.

Diese Themen bringen die Frage auf, ob wir bereit sind, uns um eine Annäherung sowohl an zerfallende Staaten wie auch an Schurkenstaaten – in dieser Region und darüber hinaus – zu bemühen. Eine Lehre, die wir aus dem 11. September ziehen sollten, ist, dass zerfallende Staaten, die sich selbst überlassen werden, zu einem Zufluchtsort oder sogar zu einer treibenden Kraft für terroristische Netzwerke, kriminelle Organisationen und Drogenhändler werden. Afghanistan ist ein drastisches Beispiel, und die internationalen Bemühungen um Hilfe sind entscheidend für die Ausrottung des Terrorismus. Es wird ein langer Kampf werden, und es ist mit Rückschlägen zu rechnen. Deutschland spielt hier zurzeit eine wichtige Rolle.

Aber unsere Welt des 21. Jahrhunderts ist voller Afghanistans. Wenn diese Staaten zerfallen, werden ihre Nachbarn und oft die ganze Welt mit Fluten von Flüchtlingen konfrontiert, mit ethnischen oder zivilen Konflikten und politischem Zerfall. Gemeinsam haben wir ein zwingendes Interesse an der Zusammenarbeit mit anderen, um Staaten aufzubauen, die sich um die Bedürfnisse ihrer eigenen Leute kümmern und innerhalb ihrer Grenzen für Sicherheit sorgen können. Europäer haben diese Notwendigkeit schon vor einiger Zeit erkannt, und es gibt Anzeichen dafür, dass die Bush-Administration sich dieser Realität ebenfalls langsam stellt. Das bleibt abzuwarten. Andererseits hat der 11. September die Notwendigkeit hervorgehoben, dass wir uns mit zerfallenden Staaten auseinandersetzen, genauso wie wir bereit sein müssen, uns Schurkenstaaten zu stellen, die Massenvernichtungswaffen kaufen wollen und Terroristen mit Know-how und Material versorgen. Heute ist dies für uns die größte Sicherheitsbedrohung. Leider gibt es eine erhebliche transatlantische Uneinigkeit darüber, wie die angemessene Erwiderung auszusehen hat.

Sind Amerikaner, Deutsche und ihre europäischen Partner bereit, ihre Politik in den hier angesprochenen Bereichen aufeinander abzustimmen? Werden die Amerikaner die Geduld und die Neigung zeigen, die verschiedenen Koalitionstypen zu versammeln? Werden die Europäer über die Kapazitäten und den Willen verfügen, um eine geschlossene Aktion bei Bedarf in Gang zu bringen? In der heutigen Lage sieht es schwierig aus. Aber Antworten auf diesen Fragen bleiben doch offen – werden aber Führungskräfte auf beiden Seiten des Atlantiks auf die Probe stellen. Für einen Start in diese Richtung müssen die Amerikaner, wo es eben geht, mit anderen zusammenarbeiten, und nur dann im Alleingang, wenn es unvermeidbar ist. Leider halten die Bush-Administration sowie viele Kongressmitglieder den umgekehrten Ansatz eher für angemessen. Nur wenige große Ziele auf dieser Welt sind ohne Amerika zu erreichen. Aber Amerika erreicht nur wenige von ihnen allein. Wir können Kriege ohne Alliierten gewinnen, sichern den Frieden aber nur mit Partnern. In dieser Zeit der düsteren Netze und der Nuklearterroristen, der bankrotten Staaten und der Rezession wird das Zusammengehen mit anderen oftmals die einzige Möglichkeit sein, unsere Sicherheit zu garantieren, unsere Last gemeinsam zu tragen, unseren Einfluss zu vergrößern und unsere Ziele zu erreichen.

In Europa nimmt gegenwärtig die Diskussion um die zukünftige Gestalt der Europäischen Union, um das, was unsere französischen Freunde als die „finalité“ [Zielsetzung, Sz.] Europas bezeichnen, ein schnelleres Tempo an. Es ist eine faszinierende Diskussion – nicht nur deswegen, was dabei angesprochen wird, sondern eben auch deswegen, was dabei nicht angesprochen wird. Ich denke hier vorwiegend an die Konzeption von der europäischen Rolle und Aufgabe in der Welt. Ein Beobachter von außen kann nur verblüfft sein angesichts des Ausmaßes, in dem diese Debatte sich auf die Frage konzentriert, was Europa sein sollte, anstatt was Europa tun sollte.

Ich möchte zu diesem Thema keinerlei Missverständnisse aufkommen lassen. Europa hat sich mit der Vertiefung und Erweiterung seiner Integration ein ehrgeiziges und schwieriges Ziel gesetzt. Der Erfolg ist von großer Bedeutung. Ich will keinesfalls

meine amerikanische Nase unter das europäische Zelt stecken. Aber wir Amerikaner haben ebenso wie viele andere ein Interesse an dem Ergebnis, und viele Amerikaner würden hoffen, dass ein Ergebnis eine leistungsfähigere Partnerschaft zwischen den USA und einer Europäischen Union sein wird, die auf dem weiten globalen Feld aktiv werden kann. Europa hat sich immer am besten nicht nach seinen Grenzen, sondern nach seinen Horizonten definiert. Und in dem Maße, da gegenwärtig die Diskussion über die Finalité voranschreitet, scheinen diese Horizonte eher verschwommen.

Der einzige echte Hinweis auf diese breiteren Dimensionen der europäischen Einheit findet sich in der Rede von *Joschka Fischer* in Straßburg, als dieser darauf drängte, „Europa aus einer Europäischen Union im Westen des Kontinents in eine Union für das ganze Europa zu verwandeln, das zu weltweitem Handeln fähig ist“. Was für eine Art von Handeln meinte er jedoch? Wird das sich abzeichnende Europa verstärkt wie die Vereinigten Staaten handeln? Oder eher – entschuldigen Sie bitte – wie eine sehr große Schweiz? Wird es sich mehr wie eine Supermacht oder mehr wie ein Supermarkt verhalten? Nun werden viele Europäer argumentieren, die Herausforderung, eine globale Partnerschaft zu begründen, sei zu groß und komme zu früh für ein Europa, das noch mit seiner internen Tagesordnung alle Hände voll zu tun hat. Andere werden argumentieren, die beste Möglichkeit zur Vergrößerung des Zusammenhalts in Europa und des Einflusses Europas liege nicht in einer engeren atlantischen Partnerschaft, sondern in einer größeren Unabhängigkeit Europas.

Beide Argumente geben jedoch genau dem amerikanischen Unilateralismus Nahrung, angesichts dessen die Europäer sich immer so beunruhigt zeigen. Ich teile die Meinung von Frau *Manfrass-Sirjacques*: Das wirkliche Ungleichgewicht in der transatlantischen Partnerschaft entsteht nicht dadurch, dass die USA zu stark sind, sondern dadurch, dass Europa zu schwach ist. Ich stimme aber Herrn Oberst *Kaestner* auch zu: Die Stärkung Europas „geht nicht um Gegenmachtbildung zur USA, sondern um globale Gestaltungsmacht. Europa muss globale Verantwortung und damit auch Lasten übernehmen. Dies ist jedoch nur möglich, wenn Europa die Instrumente zur Beeinflussung des internationalen Umfeldes auch besitzt.“ Und wenn die wahren

Impulse für eine noch festere europäische Einheit lediglich daher rühren, dass die Europäer sich danach definieren, was sie nicht sind oder sein wollen – das heißt, eben keine Amerikaner –, und nicht durch das, was sie aus der gemeinsamen Geschichte und Erfahrung als Europäer verbindet, dann ist dies eine Bankrotterklärung des europäischen Ideals.

Wenn die USA und Europa eine erfolgreiche transatlantische Strategie für den Umgang mit diesen Problemen bilden wollen, müssen sie über die Reaktion auf diese Krise hinaus in eine Zukunft blicken, in der sie sich einer dauernden Bedrohung asymmetrischer Angriffe durch terroristische Gruppen und Staaten, möglicherweise mit Massenvernichtungswaffen, stellen müssen. Die Amerikaner werden sich kaum grundlegend ändern, wenn ihre europäischen Partner nicht auch dazu bereit sind. Es ist gefährlich, wenn jede Seite mit einem Fingerzeig auf die anderen ihre eigene mangelnde Bereitschaft zu Veränderungen rechtfertigt. Manchmal wirkt eine so tiefe Krise wie die jetzige anders als man denkt. Wir können nur hoffen, dass sowohl Europäer als auch Amerikaner die Krise als Ausgangspunkt zu einer neuen, der Zeit angemessenen, globalen Partnerschaft nutzen.

Françoise Manfrass-Sirjacques

Nahost-Konflikt ein zentrales Momentum im Irak-Krieg

Als Antwort auf die Fragen nach dem „Verhältnis von Kriegszielen und Kriegsergebnissen“:

Das Problem mit den angegebenen Kriegszielen ist, dass sie im Laufe der sich zuspitzenden Irak-Krise mehrfach geändert wurden. Sie wechselten je nach Begründungsoportunität, möglicherweise im Zusammenhang mit den Fluktuationen in der amerikanischen öffentlichen Meinung. Sie änderten sich auch im Laufe des Decision-Making-Prozesses im Verhältnis zu Einflussnahme oder –verlust der einen oder anderen Beratungskreise vor dem Hintergrund der Flügelkämpfe innerhalb der US-Regierung und der Beratungsgremien um den US-Präsidenten. Sie änderten sich schließlich wahrscheinlich auch im Bezug zu den sich öffnenden Opportunitäten im

Zusammenhang zu den zu erwartenden Reaktionen in der Region selbst. Wenn das Ziel des "angekündigten Krieges" anfangs noch vorwiegend mit der Ausschaltung von Massenvernichtungswaffen angegeben wurde, verschob sich dann dieses zuerst genannte Ziel zugunsten der Beseitigung des irakischen Diktators. Leute wie *Richard Perle* oder *Paul Wolfowitz* hatten schon früh keinen Hehl daraus gemacht, dass sie eigentlich eine Umgestaltung der Region anstrebten – was übrigens einige westeuropäische Regierungen aufgeschreckt und z.B. wesentlich zum Gegenkurs der französischen Regierung beigetragen hat.

Massenvernichtungswaffen sind (zumindest bisher) nicht gefunden worden. Nun ließe sich eine de facto Ex-post-Legitimierung des Krieges durch die UNO (eine in der Vergangenheit nicht unübliche Vorgehensweise) herstellen, nur wenn Massenvernichtungswaffen in nennenswerten Mengen tatsächlich gefunden worden wären, und somit die Intervention im Rahmen der UNO-Charta und der darin erlaubten Aktionen zur Erhaltung des Weltfriedens hätte eingebettet werden können. So aber steht der Krieg weiterhin im Widerspruch zum Völkerrecht. In diesem Zusammenhang kann man darauf hinweisen, dass einige Juristen Vorbehalte gegen ein UNO-Mandat im Nach-Saddam-Irak sogar damit begründen, dass dies einer De-facto-Legitimierung des Krieges durch die UNO gleichkäme. Hier müsste jedoch Güterabwägung stattfinden.

Anderen Zielsetzungen sind die Koalitionäre dafür näher gekommen. Das Regime des *Saddam Hussein* ist so gut wie zusammengebrochen. Man kann davon ausgehen: Was immer jetzt kommt, ob Übergangsregierung unter UN-Mandat, ob provisorische US-Verwaltung oder eine Regierungsbildung von Exil-Irakern, es wird sich im Irak ein eher pro-westliches Regime etablieren, und damit wäre auch ein Stein in der US-Dominotheorie gefallen. Iran und Syrien sind sozusagen „gewarnt“, keinen antiwestlichen Kurs einzuschlagen. Ist damit auch – das ist die Frage eines der Forumsbesucher – ein Schritt in die Richtung einer *Lösung des Israel-Palästina-Konflikts* im US-Verständnis gemacht worden? Möglicherweise entspricht es der Vision einiger der engen Berater von *George W. Bush*. Ohne Zweifel würde der Druck auf Israel durch

das Zustandekommen westlich- bzw. amerikaorientierter Regierungen in der Region nachlassen und die palästinensische Führung wäre isoliert, wenn sie auf einem harten Kurs gegenüber Israel bestehen würde. Möglicherweise gingen die US-Bestrebungen nach einer doppelten – wenn auch mit anderen Mitteln – Ausschaltung *Saddam Husseins* und *Jassir Arafats* – der nebenbei gesagt alles andere als ein Demokrat ist – in die gleiche Richtung einer Lösung des destabilisierenden Konflikts durch eine Änderung der Prämissen.

Ich halte den Israel-Palästina-Konflikt auf jeden Fall für relevanter als etwa Öl für die amerikanische Nahost-Politik und für die US-Interventionsbereitschaft. Gewiss ist eine Entscheidung selten monokausal und unterliegt meistens einem Bündel von Gründen, von denen die einen schwerwiegender als die anderen sind. Das Öl aus dem Nahen Osten ist aber lange nicht mehr die Hauptquelle der westlichen Welt, die seine Bezugsquellen längst diversifiziert hat – nicht zuletzt als Folge der Ölkrisen der 70er Jahre. Mittlerweile dürfte das Öl aus dem Nahen Osten nur einen geringen Anteil des westlichen Konsums ausmachen. Frankreich (und Deutschland) haben nicht – wie ein Besucher des Forums vermutet – als Vertreter von „Euroland“ gegen die Koalition von Nicht-Euro-Ländern eine Anti-Kriegs-Haltung eingenommen. Wenn es um Öl gegangen wäre, wäre es in französischem Interesse gewesen (Frankreich hat mit Elf-Aquitaine-Total handfeste Interessen im Irak, und das Volumen des irakisch-französischen Außenhandels hat sich seit dem ersten Golfkrieg verdreifacht), sich an der Koalition zu beteiligen, um aus dem Wiederaufbau nicht ausgeschlossen zu werden – wie übrigens die Befürchtungen in Deutschland eine Zeit lang lauteten. In erster Linie ging es aus französischer Sicht darum, die Handlungsfähigkeit der US-„Hypermacht“ nicht ins Unendliche wachsen zu lassen und sie durch das Völkerrecht einzuschränken. Und es ging auch um die amerikanischen Zielsetzungen (s. oben).

Roland Kaestner

Die Zukunft der Region

Dynamische Stabilität oder chaotische Instabilität? Wie immer man den Krieg im Irak

beurteilt, wenn der Kampf beendet ist, und dies scheint relativ bald der Fall zu sein, muss der Frieden gewonnen werden.

Die Bedeutung für die Weltwirtschaft ist eindeutig. Solange Öl und Gas die wichtigste Energiequellen der globalen Ökonomie sind: müssen die Akteure der Region trotz anstehender gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Veränderungen über die nächsten Jahrzehnte einen zwar steigenden jedoch insgesamt keinen wilden Schwankungen unterworfenen Energiepreis sicherstellen. Gelingt dies nicht, wird die internationale Wirtschaft in erhebliche Turbulenzen geraten, insbesondere die nachholende Entwicklung in China und Indien könnten bei deren hohen Abhängigkeit vom Öl dieser Region (ca. 90 Prozent der Ölimporte Asiens kommen aus der Region) ins Stocken geraten, mit erheblichen Folgen für die innenpolitische Stabilität dieser Länder und auch für die Weltwirtschaft. In diesem Sinne hatte aus amerikanischer Sicht Öl eine Bedeutung für diesen Krieg.

Kriege haben aber in der Regel selten einen monokausalen Zusammenhang, sondern die Vielzahl der Begründungen machen deutlich, dass aus amerikanischer Sicht die Veränderung der Machtverhältnisse im Irak eine größere Zahl von Problemlösungen beeinflussen sollte, mit denen sie sich konfrontiert sahen. Wobei aus meiner Einschätzung die Stabilität der Weltwirtschaft und die regionale Stabilität, die wichtigsten Gründe für diesen Krieg waren. Was nicht heißt, dass die anderen Gründe keine Bedeutung hatten. Regionale Stabilität heißt in diesem Zusammenhang, dass die Golf-Staaten unter einem erhöhten Druck stehen, ihre Gesellschaften zu modernisieren.

Darüber hinaus ist der Islamismus eine Herausforderung auf den auch Frau *Manfrass-Sirjaques* in ihrem Einführungsbeitrag hingewiesen hat. Die Herausforderung besteht in unterschiedlichen Akteuren in der Region, die sich des fundamentalistischen Islamismus als einer ideologischen Orientierung bedienen, die anti-westliche Züge aufweist, die gewollt oder ungewollt den Kampf der Kulturen fördert. Dies mag der Stabilisierung alter Machtstrukturen dienen, es fördert keine Entwicklung, die dem größeren Teil der Gesellschaften zu Gute käme. So freundlich dies von der Bevölkerung auch aufgenommen wird.

Eine Antwort auf diese doppelte Herausforderung könnte man konzeptionell so beschreiben, dass man einen islamisch-laizistischen Staat mit der Fähigkeit zur wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklung in der Region benötigt, der für die anderen Staaten und Gesellschaften der Region ein erfolgreiches Modell für Veränderungsprozesse gibt. Der Irak bringt für eine solche Rolle gute Voraussetzungen mit.

Angesichts der Bedeutung dieser Region für die meisten Staaten dieser Welt, scheint mir eine endlose Legitimationsdebatte wenig hilfreich. Die Koalition, die EU und die Vereinten Nationen müssten dazu beitragen, dass sich möglichst schnell eine irakische Regierung bildet, die von der Mehrzahl der irakischen Gesellschaft akzeptiert wird. Diese Regierung muss bereit sein, den Menschen im Irak eine bessere wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Zukunft zu bieten. Die Chancen für eine solche Entwicklung sind deutlich besser als in Afghanistan. Sollte dies nicht gelingen, wären die wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen auf uns alle einschneidend.

Gelingt es den Irak zu einem Modell zu entwickeln, dann wird dies einen erheblichen Modernisierungsdruck auf die Regime in der Region auslösen. Hier darf man gespannt sein.

Thomas Jäger

Terrorismus und Wahlen

Der Hinweis von Frau Dr. *Françoise Manfrass-Sirjacques* auf den amerikanischen Entscheidungsprozess zum Irak-Krieg ist von großer Bedeutung. Denn eine Analyse dieses Prozesses zeigt, dass die amerikanische Regierung mit ganz unterschiedlichen Argumenten um die Zustimmung der amerikanischen Öffentlichkeit gerungen hat:

- (1) Verbindungen des Irak zum internationalen Terrorismus;
- (2) Demokratisierung und Regimewechsel;
- (3) Massenvernichtungswaffen und Proliferation.

Das Ziel aber stand hinter diesen unterschiedlichen Argumenten schon früh fest: den

Krieg gegen den Irak zu führen und damit die militärische Reorganisation des Mittleren Ostens einzuleiten. Schon jetzt fürchten Verfechter dieser Strategie wie William Kristol, dass die amerikanische Öffentlichkeit nicht stark genug sein könnte, auch noch die anderen Kriege mit zu tragen.

Der internationale Terrorismus – wie ihn Herr Prof. *Hamilton* beschreibt – ist nur eine Begründung für den Irak-Krieg gewesen, hat mit ihm aber ursächlich nichts zu tun. Gerade darin sehe ich ja eine Gefahr der amerikanischen Strategie: Sie verbindet zur inneren Legitimation des Krieges zwei Prozesse, die ursächlich nicht zusammengehören, und erreicht dadurch, dass die Gefahr, die vom Terrorismus ausgehen kann, in Europa übersehen wird. (Und auch in den USA wird die terroristische Gefahr ja von der Regierung nicht an die erste Stelle gesetzt, wie die Verteilung der *Homeland-Security*-Mittel belegt. Da werden die Gelder nach parteipolitischen Kriterien verteilt und nicht nach Gefährdung.)

Hier liegt z.B. auch die Bedeutung der Religion in der derzeitigen Regierungsrhetorik. Der Präsidentenberater *Karl Rove* hat darauf hingewiesen, dass bei der letzten Präsidentschaftswahl vier Millionen der sich als sehr christlich bezeichnenden 15 Millionen Amerikaner nicht zur Wahl gegangen sind. Diese Stimmen sollen bei der nächsten Wahl gewonnen werden. Der Krieg hat *Bush* bei den Republikanern sehr hohe Zustimmung verschafft, die Kriegsgegner kann er wohl nicht mehr gewinnen und so muss er in diesem Bereich der Wählerschaft seine Stimmen suchen. Was also nach innen als Wahltaktik analysiert werden kann, wirkt nach außen kontraproduktiv für eine gemeinsame Strategie.

Thomas Jäger

Transatlantische Asymmetrien

Die Hysterie in den USA und das mangelnde Bedrohungsgefühl in Europa hängen miteinander zusammen und die Verbindung zwischen beiden ist die Hybris der letzten globalen Supermacht.

Hier möchte ich mit allem Nachdruck Prof. *Hamilton* zustimmen. Eine transat-

lantische Strategie für die Sicherheit des 21. Jahrhunderts zu entwickeln, scheint mir die größte Herausforderung zu sein. Die Betonung liegt auf „transatlantisch“. Das heißt aber, dass dies nicht allein eine amerikanische Strategie sein kann, sondern ebenso eine europäische sein muss.

Erinnern wir uns: über die richtige Politik gegenüber der Sowjetunion wurde zwischen Europa und den USA kräftig gestritten. Da man gegenseitig aufeinander angewiesen war, kam am Ende stets ein Kompromiss dabei heraus.

Die Gewichte zwischen Europa und den USA haben sich nun aber verschoben und wenn die USA ihren politischen Willen durchsetzen wollen, kann sie niemand hindern. Die größere Verantwortung für die transatlantische Partnerschaft liegt also auf der amerikanischen Seite, weil sie die stärkere ist. Dass wir mehr „Atlantiker“ in Europa brauchen, gebe ich gerne zu. Noch wichtiger sind aber die „Europäer“ in Washington. Meine Befürchtung ist, dass die Binnenorientierung der Regierungen auf beiden Seiten diese Abstimmung verhindern wird. Zu deutlich ist, dass Bush und Schröder nur ihr heimisches Publikum ansprechen.

Prof. *Hamiltons* Hinweise auf die europäische Uneinigkeit und die ungedeckten Hinweise auf eine eigene weltpolitische Rolle sind richtig. Die transatlantische Partnerschaft leidet auch an der Vielstimmigkeit in Europa. (Wobei diese Vielstimmigkeit manchmal den Vorteil der Langsamkeit hat). Doch das Bild ist erst vollständig, wenn man bedenkt, dass die USA gerne ein Europa hätten, das politisch, militärisch und ökonomisch Weltordnungspolitik betreiben könnte – aber in allen Bereichen den USA haushoch unterlegen wäre. Das steht nicht nur in der Nationalen Sicherheitsstrategie, sondern ist auch die Erfahrung aus dem Irak-Prozess.

Nach 1947 unterstützten die USA die europäische Integration. Jetzt betreiben sie Europas Spaltung. Es gilt auch hier der Hinweis: für die gemeinsame Strategie hat der stärkere Partner mehr Verantwortung.

Christiane Schulzki-Haddouti

Gefahr der Libanisierung des Irak

Im Besucher-Forum äußerte Besucher *Lorenz* in einer Frage an Oberst *Kaestner* die Befürchtung, dass als unmittelbares Ergebnis des Krieges eine "Libanisierung" des Irak und seiner Nachbarstaaten drohe sowie ein zusätzlicher Rekrutierungsschub für terroristische Gruppen.

Roland Kaestner hat dazu folgendes geschrieben:

„Richtig ist, wir wissen nicht, wie die politische Ordnung im Irak aussehen wird. Aber bei aller Kritik an den USA, kann man feststellen, dass sie bereits in dieser Kriegsphase einem ihrer engsten Verbündeten in der Region, der Türkei, klar gemacht haben: die Türkei hat kein militärisches Interventionsrecht mehr im Irak. Dieses hatte sie sich in den letzten zehn Jahren herausgenommen. Die Nachkriegsordnung ist eine Aufgabe der Weltgemeinschaft und insbesondere der Europäer.“

Hier die Replik von Prof. *Jäger* im Besucher-Forum:

„Lieber Herr Oberst *Kaestner*, Sie haben mit Ihrer Entgegnung auf Herrn *Lorenz* völlig Recht. Nur in einer Frage bin ich etwas vorsichtiger, nämlich Ihrem Hinweis, dass die Nachkriegsordnung eine Aufgabe der Europäer und der UN ist. Könnte es nicht sein, dass diese sich in den Wirren der Transition, die ja einige Gewalt hervorbringen könnte, übernehmen? Ihr *Thomas Jäger*“

Andreas Zumach

Militarisierung der EU ist der falsche Weg

Wie bereits nach dem Kosovo-Krieg der NATO vom Frühsommer 1999, sind auch jetzt im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg wieder verstärkt Stimmen zu hören, die für eine deutliche Stärkung militärischer Instrumente der EU plädieren, um so eine eigenständige, von den USA unabhängige Handlungsfähigkeit der EU auf dem Feld der Außenpolitik zu erreichen. Befürworter einer "Militarisierung" führen als Argument gerne das Scheitern der EU in den Konflikten im früheren Jugoslawien Anfang der 90er Jahre an. Dieses Argument führt in die Irre. Die EU ist seinerzeit nicht wegen des

Mangels an militärischen Kapazitäten gescheitert, sondern weil es einen erheblichen politische Dissens und Interessengegensätze zwischen ihren Mitgliedern, insbesondere den drei "Hauptmächten" Großbritannien, Frankreich und Deutschland gab.

Selbst wenn die EU damals bereits über die militärischen Kapazitäten verfügt hätte, die seit dem Kosovo-Krieg gefordert werden, hätte es keinen politischen Konsens über den Einsatz dieser Kapazitäten gegeben. Im Übrigen ist daran zu erinnern, dass EU-Staaten (Frankreich, Großbritannien, Belgien, Niederlande, Spanien, Italien, Dänemark, Schweden) über 80 Prozent des Personals und der Waffen der UNO-Truppen in Kroatien und Bosnien-Herzegowina stellten, während die USA sich in den ersten drei Jahren der Konflikte in Ex-Jugoslawien überhaupt nicht militärisch engagierten. Und auch die Luftangriffe auf bosnisch-serbische Stellungen im Herbst 1994 und 1995, an denen die USA dann im NATO-Rahmen beteiligt waren, hätten die Luftstreitkräfte der europäischen Staaten durchaus alleine durchführen können. Die Beteiligung der USA hatte seinerzeit vorrangig politische Gründe (Zusammenhalt und Neulegitimierung der NATO u.a.).

Ich halte eine Militarisierung der EU aus folgenden Gründen für den falschen, ja kontraproduktiven Weg, um die allerdings sehr wünschenswerte außenpolitische, von den USA unabhängige Handlungsfähigkeit Europas zu erreichen:

- 1) Eine Militarisierung der EU ist die falsche Antwort auf die Art von Krisen und Konflikten, die wir derzeit in Europa und seinem Umfeld (Osteuropa und ehemalige Republiken der UDSSR, Mittlerer Osten, Nordafrika) bereits haben, und die wir künftig haben werden.
- 2) Die Militarisierung der EU wird in einigen Jahren zu neuen Bedrohungswahrnehmungen führen, zumindest in Moskau, möglicherweise auch anderswo. Das wird zu erneuten Belastungen des Verhältnisses zwischen der EU und Russland, und gerade auch Deutschlands zu Russland führen.
- 3) Die Kosten der Militarisierung: Hier fehlt jegliche Transparenz und demokratische Kontrolle. Es gibt zwar die seit dem Kosovo-Krieg gefassten gemeinsamen Beschlüsse der EU zur Aufstellung und Beschaffung neuer militärischer Kapazitäten. Sie

erstrecken sich auf einen Zeitrahmen von zehn bis 15 Jahren.

Es gibt jedoch keine gemeinsame Finanzplanung der EU, die die Gesamtkosten der beschlossenen Militarisierung deutlich machen würde. Das Europäische Parlament hat keinerlei Kontroll- oder Mitsprachemöglichkeiten. Zu erfahren ist lediglich das Stückwerk der nationalen Haushaltsplanungen in den 15 Mitgliedsstaaten jeweils maximal für die nächsten drei Jahre. Es gibt eine Kostenabschätzungs-Studie der kritischen Soldatengruppe "Darmstädter Signal" – nur bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland. Danach werden sich die Ausgaben für die großen Beschaffungsvorhaben (also Kampfflugzeuge, Schiffe, Satelliten), die rund zwei Drittel der gesamten Beschaffungskosten ausmachen, in den nächsten zwölf Jahren allein in Deutschland auf mindestens 150 Milliarden Mark summieren. Die Personalkosten, die sich durch die Schaffung der Eingreiftruppe deutlich erhöhen dürften, sind dabei noch überhaupt nicht berücksichtigt.

Was immer die genauen Beschaffungskosten in zehn, 15 Jahren sein werden – eines scheint sicher: Wenn das Programm zur Militarisierung der EU tatsächlich umgesetzt wird, wird für die bislang ohnehin noch völlig unterfinanzierten zivilen, nicht-militärischen Instrumente zur Prävention und zur Bearbeitung von Konflikten überhaupt kein Geld mehr übrig bleiben.

4) Doch selbst wenn die EU-Staaten die zur Schaffung neuer militärischer Instrumente und Kapazitäten erforderlichen finanziellen Ressourcen hätten: Die EU wird auf diesem Feld immer deutlich hinter den USA zurück bleiben. Der Vorsprung der USA auf dem Feld der Rüstungswirtschaft, der Rüstungstechnologie ist nicht einholbar.

Mein Fazit: Die Militarisierung der EU wird nicht zur politischen Lösung oder auch nur zur Befriedung der Konflikte in Europa und in seinem Umfeld führen. Stattdessen wird sie Europa global – also im Verhältnis zu den USA – eher noch schwächen und damit genau das Gegenteil dessen bewirken, was viele sich – quer durch das gesamte politische Spektrum – erhoffen: Unter dem positiven Etikett "Emanzipation von den USA" erhofft man sich nämlich eine gestärkte und eigenständigere Handlungsfähigkeit der EU in der Gemeinsamen Außenpolitik.

Diese halte ich allerdings für eine wichtige Zielsetzung. Doch die zentrale Frage, die dringend der Diskussion bedarf, lautet: Ist eine gestärkte und eigenständigere außenpolitische Handlungsfähigkeit der EU tatsächlich nur möglich, wenn eine militärische Handlungsfähigkeit gegeben ist?

Ich meine, nein. Es gibt zahlreiche Felder (z.B. Konfliktprävention in Südosteuropa und anderen Regionen; Stärkung der UNO, gerade auch ihrer präventiven Programme; Vermittlung im Nahost-Konflikt), in denen die EU schon längst und ohne militärische Mittel eine Gemeinsame Außenpolitik betreiben und ein Gegengewicht zur USA setzen könnte – wenn der gemeinsame politische Wille dazu vorhanden wäre.

Thomas Jäger

Langsame Diplomatie und schnelle Krisen

Auch wenn ich Herrn Oberst *Kaestner* über die Ursachen des Krieges (nicht den Anlass!) gerne noch einige Fragen stellen würde, scheint mir ein Punkt wichtiger, dem nachhaltig zuzustimmen ist: Den Frieden zu gewinnen, wie er formuliert – also eine stabile demokratische Ordnung aufzubauen -, ist nun das Ziel, das die USA und die EU gemeinsam erreichen sollten. Die Bundesregierung hat hier ja konterkarierende Positionen umgehend ruhig gestellt, so dass die öffentliche Meinung in Deutschland noch nicht auf ein „wer zerstört, der baut auch auf“ festgelegt scheint. Es wird erhebliche diplomatische Anstrengung kosten, diesen Prozess transatlantisch zu koordinieren.

Die Europäer können hier ihre Erfahrung aus der Koordinierung unterschiedlicher Positionen (und die Erfahrung von Geduld) einbringen, die Bundesregierung verfügt mit ihrem Gesamtkonzept über ein tragfähiges Modell. Präventive, friedensschaffende und gewalteindämmende Maßnahmen sind zu koordinieren; der ökonomische Aufbau sollte die Risse des Wettbewerbes nicht noch vertiefen; die ökonomischen Interessen Frankreichs wurden von Frau Dr. *Françoise Manfrass-Sirjacques* ja schon thematisiert. Und auch Deutschland hat wirtschaftliche Interessen, die man benennen sollte, wie auch die russischen (über Lukoil) eine Rolle spielen

werden. Ob diese Interessen kooperationsfördernd wirken, liegt wesentlich vom diplomatischen Geschick der amerikanischen Regierung ab.

Andreas Zumach thematisiert zu Recht die unterschiedlichen Profile in den USA und der EU. Die EU würde sich mit einem forcierten Ausbau der militärischen Strukturen und Mittel an den Rand der Desintegration begeben. Gleichwohl sehe ich keine andere Wahl, es sei denn man akzeptiert, dass auch im nächsten Fall die USA alleine entscheiden werden. Ich halte es auch für angemessen, nicht von einer Militarisierung der EU zu sprechen. Davon ist sie weit entfernt. Aber ohne militärische Handlungsfähigkeit werden die europäischen Staaten keine umfassende weltpolitische Rolle spielen.

Andrea Szukala

EU und UN

Herr Professor *Hamilton* wollte "seine amerikanische Nase nicht in europäische Angelegenheiten" stecken. Jetzt möchte ich ihn noch einmal explizit bitten, genau dies zu tun, und auch alle anderen Diskutanten fragen: Was ist eigentlich mit der EU los?

In einem Moment, da die Fünfzehn sich anschicken, sich eine gemeinsame Verfassung zu geben, treibt die erste internationale Krise nach Nizza die Gemeinschaft an den Rand des Bruchs. Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg versuchen jetzt auch noch, den institutionellen Kern einer sicherheitspolitischen Avantgarde zu etablieren. Ist das wirklich der Anfang europäischer Sicherheitspolitik – oder ihr Ende, wie aus Großbritannien und den Niederlanden zu hören war?

Ein zweites Thema: Was halten Sie eigentlich davon, die Vereinten Nationen als zentralen Akteur beim Aufbau des Irak ins Spiel zu bringen? Glauben Sie, dass sich die Regierung der Vereinigten Staaten – nach der Erfahrung der Resolution 1441 – noch einmal in die "Falle der UN" begeben wird?

Andrea Szukala***Wünschen denn die USA eine gemeinsame Strategie?***

Unser Gast 'Thinkglass' fragt, ob die USA wirklich ein glaubwürdiges Interesse an einem gemeinsamen Vorgehen mit den Europäern haben. Zudem stellt er die Frage, ob die Politik der Inneren Sicherheit in den USA ungeteilte Zustimmung finden sollte.

Darauf antwortete Prof. Jäger:

„Die zweite Frage ist leichter zu beantworten: es herrscht keine Einigkeit darüber, ob der amerikanische Weg zur Bekämpfung des Terrorismus der richtige ist. Schwieriger ist die erste Frage. Ich kann nicht erkennen, dass die amerikanische Regierung eine intensive Abstimmung mit den europäischen Regierungen gesucht hat. Als die Verhandlungen im Sicherheitsrat geführt wurden, ging es eigentlich nur noch darum, ob die europäischen Regierungen den Krieg unterstützen oder nicht. Es ging aber nicht mehr um die Frage, ob der Krieg die richtige Entscheidung ist. Ein ähnliches Verständnis multilateraler Abstimmung zeigt die Administration *Bush* auch bezüglich der Vereinten Nationen überhaupt: Entweder werden diese eine Neuauflage des Völkerbundes – also ohne effektives Krisenmanagement –, oder die übrigen Staaten akzeptieren die amerikanische Dominanz.

Das kann sich ändern, wenn im politischen System der USA andere Strategien durchgesetzt werden. Aber zu bedenken ist, dass derzeit über 70% der US-Bürger mit der eigenen Rolle in der Welt zufrieden sind. Und da der Präsident in der Innenpolitik recht schwach ist, wird auch in Zukunft die Außenpolitik sein vorherrschendes Profilierungsfeld sein. Wenn die Europäer Einfluss auf die amerikanische Politik nehmen wollen, müssen sie in der jetzigen Lage vor allem versuchen, Einfluss auf die amerikanische Öffentlichkeit zu nehmen.

Die Europäer müssen zudem, um im zukünftigen Abstimmungsprozess ernst genommen zu werden, über entsprechende alternative Konzepte verfügen (die sie nicht haben, noch nicht einmal diskutieren), aber ihre Diplomatie auch machtpolitisch abstützen können.“

Vielleicht kann Prof. *Hamilton* auch zu dieser Frage Stellung nehmen?

Thomas Jäger

Es wird keine politische Union geben

Aus meiner Sicht beherrschen vor allem zwei Positionen die Debatte über die militärische Zukunft der EU. Die eine kann man als „zivile EU“ bezeichnen (wie sie *Andreas Zumach* beschrieben hat), die andere als „Gegengewichtsbildung zu USA“.

Die erste Perspektive würde bedeuten, in Konflikten nur auf ökonomische Mittel und gute Dienste zurückgreifen zu können. Der Einsatz diplomatischer Instrumente muss dann auf „überzeugen“ beschränkt bleiben. Die Erzwingung von Lösungen wird nicht möglich sein.

Die andere Perspektive geht davon aus, dass die EU nachrüsten muss, um ein politisch-militärisch gleichwertiger Partner zu den USA zu werden. Ganz abgesehen davon, ob dies wünschenswert wäre, hat *Andreas Zumach* zu Recht darauf verwiesen, dass dies aus finanziellen und technologischen Gründen für die nächsten zehn Jahre ausgeschlossen ist.

Was ist die Alternative? Man könnte sie als kooperative Sicherheitssteuerung zwischen USA und EU bezeichnen (wie es Prof. *Hamilton* skizziert hat). Das setzt allerdings voraus, dass die EU eine einheitliche Position vertritt (weil die USA anderenfalls die Andersdenkenden ausschließt). Weiterhin müssen die USA an einer wirklichen Partizipation der EU-Staaten interessiert sein und deren Mitsprache und Mitentscheidung akzeptieren.

Beides kann ich nicht sehen, weder die mehrheitsfähigen Kräfte in den USA für eine neue transatlantische Partnerschaft noch die sicherheitspolitische Kooperation in der EU. Die neue Initiative einer sicherheitspolitischen Avantgarde wird keine Initialzündung für einen Wettlauf um Kooperation sein. Unter den herrschenden internationalen Bedingungen werden sich die EU-Staaten außen- und sicherheitspolitisch nicht enger koordinieren, sondern jeweils für sich eine vorteilhafte Position suchen. Der Irak-Krieg war die Stunde der Wahrheit – für die EU.

Daniel Hamilton

Was nun, Europa?

Nachdem der Krieg fast zu Ende ist, wie – und wer – sichert denn den Frieden? Wir müssen den Frieden so schnell wie möglich “internationalisieren.”

- Das bedeutet, eine neue UNO-Resolution schaffen, um die notwendigen sicherheitspolitischen, humanitären, wirtschaftlichen und politischen Aufgaben zu ermöglichen und zu legitimieren.

- Zweitens, der Frieden ist teuer. Die kurzfristigen Prognosen für die Wirtschaft Iraks sind schlecht, obwohl die längerfristigen Perspektiven eher positiv sind. Aber in der Zwischenzeit kosten die humanitäre Hilfe und der Wiederaufbau etwa 20-25 Milliarden US-Dollar über zehn Jahre. Werden die USA diese Kosten alleine tragen? Fraglich.

- Drittens, die USA und ihre Koalitionspartner müssen so schnell wie möglich Entscheidungsbefugnisse an eine irakische *Interim Authority* abgeben, die dann doch Prozesse im Gange setzt, um nach ungefähr einem Jahr echte Wahlen ermöglichen.

- Viertens, die neue Gefahr in Irak ist die Rache. Irakis töten Irakis. Die internationale Gemeinschaft muss sich engagieren, ein internes Blutbad in Irak zu verhindern. Das erfordert strenge Sicherheitsmaßnahmen sofort, und mittelfristig auch *Truth und Reconciliation Panels*, wie in Südafrika.

- Fünftens, wie ich schon mal erwähnt habe, Irak muss in seinem regionalen Kontext gesehen werden. Das heißt, erneuerte Anstrengungen im Nahost-Friedensprozess mit der *Roadmap* des Quartetts von USA, EU, UNO und Russland. Das heißt auch, die Frage nach der Zivilgesellschaft in anderen islamischen Staaten in manchen unserer Partnerländer erneut zu stellen.

Welche Rolle spielt hierbei die EU? Spielt sie überhaupt hier eine Rolle? Wird sie bei ihren traditionellen Rollen bleiben, d.h. bei der humanitären und wirtschaftlichen Hilfe? Oder kann sie – will sie – noch mehr? Ich kann den verschiedenen Vorschlägen von Professor Jäger zustimmen, aber die Kluft innerhalb der EU ist genauso groß, wie die zwischen manchen Europäern und Amerikanern.

Françoise Manfrass-Sirjacques

Die ESVP: ein Bett für viele Träume !

Thomas Jäger hat es auf den Punkt gebracht: „Ohne militärische Handlungsfähigkeit werden die europäischen Staaten keine umfassende weltpolitische Rolle spielen“. Würde sich Europa ausschließlich auf die unteren Aufgaben (im Wesentlichen humanitäre Hilfe) der so genannten Petersberger Aufgaben (die Aufgaben, die sich die EU vorgenommen hat, gemeinsam wahrzunehmen) beschränken — wofür *Andreas Zumach* plädiert — würde es zweifellos eine hilfreiche Rolle spielen, als Akteur der Weltpolitik würde es aber kaum wahrgenommen.

Wer eine „Emanzipation“ von den USA wünscht — und nicht zuletzt im Lichte vieler Entwicklungen des letzten Jahrzehnts ist eine solche Emanzipation in der Tat wünschenswert — muss auch die Mittel der Aktionsfähigkeit billigen. Es gilt nach wie vor für denjenigen, der mitwirken will, das Wort *J. Stalins*: „Wie viele Divisionen?“

Gerade die Erfahrungen in Bosnien haben erstens gezeigt, dass das Abkommen von Dayton nicht zustande gekommen wäre, wenn der US-Unterhändler *Holbrooke* nicht die amerikanische Machtkapazität in die Waagschale hätte werfen können, und zweitens, dass die Ohnmacht der Europäer aus ihrer Unfähigkeit zur Machtprojektion resultierte. Diese Feststellung sowie die zahlreichen Spannungen — nicht nur im militärischen Bereich — zwischen Amerikanern und Europäern waren auch ein wesentlicher Grund — wenn auch nicht der einzige —, weshalb Großbritannien trotz aller Bindungen an den privilegierten amerikanischen Partner eine Kurskorrektur im Hinblick auf eine europäische Sicherheits- und Verteidigungskapazität vornahm, was zum so genannten Prozess von Saint-Malo führte.

Das Problem ist aber, dass die ESVP (Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik), die sich aus diesem Prozess herausgebildet hat, ein Bett für viele, sich zum Teil ausschließende Träume ist. Wenn alle über Mittel, Infrastrukturen, Kapazitäten, Aufgaben mehr oder weniger einig sind, was zu den schnellen Fortschritten bis zum EU-Gipfel von Nizza geführt hat, ist die Frage der Finalität der ESVP weitgehend — und aus guten Gründen, denn sonst wäre der Prozess erheblich

gefährdet worden – ausgeklammert worden.

Was ist das Ziel: Europäische Autonomie im NATO-Rahmen, was *Burden-Sharing* [Lastenteilung, Sz.] impliziert, aber auch eine gewisse Emanzipation von den USA und eine größere Handlungsfähigkeit der Europäer dank der Rückgriffsmöglichkeit auf die NATO-Mittel ermöglicht? Oder aber – auf längere Sicht gesehen – eine völlige Autonomie, bis hin zur strategischen Autonomie der europäischen Sicherheitsstruktur? Die Frage ist eng mit der ebenfalls kontroversen Frage nach der Finalität Europas verbunden – worauf *Daniel Hamilton* zu Recht hinweist. Gegenspieler, gar Gegenpol zu Amerika, „*Europe –Puissance*“ allem Paris es versteht – oder Mitspieler, was nicht heißt, dass Europa nicht zu Korrekturen beitragen könnte, aber keine Gegenmacht sein sollte.

Was wollen die Europäer? Viel tiefgehender als die gegenwärtige Krise wegen des Irak-Kriegs – wobei natürlich auch alles irgendwie zusammenhängt – die auch überwunden werden wird, ist die Frage nach der Finalität der europäischen militärischen Kapazität und des europäischen Einigungsprozesses, die einen Riss in der europäischen Konstruktion fördern könnte.

Im Hintergrund steht die Frage nach der Neuordnung der Staatengemeinschaft. Unipolare – mit der Weltordnungsmacht USA – oder multipolare Welt? Sorgt ein „gütiger“ Hegemon – unter der Voraussetzung, dass er „gütig“ ist, aber er bringt ja die Demokratie in die Welt – mehr für den Weltfrieden als sich ausbalancierende – aber auch rivalisierende – Mächte? Die *Pax romana* war ja dauerhafter als das Staatensystem und das Bismarcksche Spiel mit den Kugeln. Aber sollte Europa darauf verzichten, seine Vision der Welt und Alternativen zu der amerikanischen Vision zu bieten?

Thomas Jäger tendiert zu der Meinung, der Handlungsspielraum für solche Überlegungen sei ohnehin kaum vorhanden, eine multipolare Welt werde es genau so wenig geben wie eine politische Union. Pessimisten sind – so ein russisches Sprichwort – gut informierte Optimisten. Ich stimme ihm zu, dass „die neue Initiative einer sicherheitspolitischen Avantgarde keine Initialzündung für einen Wettlauf um

Kooperation“ sein wird – schon aus dem Grund, dass zumindest Großbritannien dem Konzept einer Avantgarde kaum zustimmen wird.

Auch die von *Andreas Zumach* aufgeworfene Frage nach den Kosten der ESVP (ich würde ebenfalls sein Wort einer „Militarisierung“ der EU als nicht zutreffend bezeichnen) ist nicht von der Hand zu weisen. Zwischen Wunsch und Wirklichkeit gibt es häufig eine Kluft, und der Griff nach den Sternen scheitert möglicherweise an der harten Realität der finanziellen Kapazitäten.

Doch wenn der ohnehin tiefe *Technology Gap* [Abstand zwischen USA und Europa in der Rüstungstechnologie, Sz.] zwischen der amerikanischen und der europäischen Kapazität sich noch vertiefen sollte, dürfte Europa – so die griffige Formel von *Daniel Hamilton* – sich damit begnügen, eher ein "Supermarkt als eine Supermacht" zu sein. Ein Supermarkt kann gute Geschäfte machen, ein Akteur der Weltpolitik ist er nicht.

Überhaupt – um eine andere griffige Formel zu benutzen – sollten die Europäer „*Global player*“ und nicht nur „*Global payer*“ sein. Es ist gewiss sinnvoll, dass die Europäer in der nun zu gestaltenden Nachkriegsordnung im Irak ihre „Erfahrungen aus der Koordinierung unterschiedlicher Positionen“ (so *Jäger*) mitbringen und sich an dem Aufbau einer demokratischen Ordnung beteiligen. Die Arbeitsteilung – die schon in Kosovo und tendenziell in Afghanistan stattgefunden hat – und sinngemäß nach den Worten von *Condoleezza Rice* „das US-Militär sei nicht da, um die Sicherheit von Schulen zu gewährleisten“ und auch irgendwie die amerikanische Schlussfolgerung aus dem „*Technology Gap*“ widerspiegelt, ist kein Modell einer funktionierenden transatlantischen Partnerschaft.

Auch deshalb ist ein UNO-Dach, um „den Frieden – im Irak – zu gewinnen“ notwendig, um den Friedensprozess in die Völkergemeinschaft einzubetten und die „transatlantischen Asymmetrien“ nicht noch mehr zu vergrößern.

Roland Kaestner***Rolle der EU und VN im Irak***

Als Replik auf Prof. Jägers Frage im Besucher-Panel „Wünschen denn die USA eine gemeinsame Strategie“:

Wir haben keine Alternative als uns zu engagieren, wenn wir stabile Verhältnisse in der Region wollen. Und die müssen wir wollen, wenn wir nicht weitreichende Folgen für unsere Wirtschaft in Kauf nehmen wollen. Angesichts einer Wirtschaft auf dem Weg in die Rezession eine theoretische Fragestellung.

Roland Kaestner***Europas Rolle – ein Hegemonialkonflikt wäre eine Ressourcenverschwendung ersten Ranges***

Die von Prof. Jäger angesprochenen transatlantischen Asymmetrien haben ihren Ursprung im „Kalten Krieg“. Die europäischen Mächte (Frankreich, Großbritannien, Deutschland) waren so geschwächt aus dem II. Weltkrieg hervorgegangen, dass sie eine Verteidigung Europas gegen mögliche sowjetische Angriffe nicht mehr finanzieren konnten. Dies übernahm die westliche Siegermacht USA. Deutschland sollte wirtschaftlich wie militärisch zur Stärkung Europas beitragen und hat dies auch getan. Allerdings trug die Hauptlast immer der Bündnispartner jenseits des Atlantiks.

Europa konnte damals nicht gleichzeitig seine Wirtschaft neu aufbauen und militärisch ausreichende Kräfte zu seiner Verteidigung bereitstellen. Dies war sinnvoll, da nur ein wirtschaftlich prosperierendes Europa sich dem damaligen Glanz der kommunistischen Ideologie entziehen konnte.

Später allerdings, als Europa wirtschaftlich restauriert war, haben sich die europäischen Mächte einer ausgeglichenen Belastung an den Verteidigungskosten mit dem Argument entzogen, dies würde die USA von Europa abkoppeln. Eine Ausnahme bildete damals die Bundesrepublik in der Ära Schmidt, als sie ihre Streitkräfte materiell verdoppelte. Man zahlte lieber in Form wirtschaftlicher Zugeständnisse, die zu einem nicht unerheblichen Teil auch von Deutschland getragen wurden. Dies funktionierte,

weil man einer gemeinsamen Bedrohung gegenüberstand. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes verschwand dieser Kitt des Bündnisses.

Wenn man Sicherheit in der Zukunft auch weiter transatlantisch garantieren will, benötigt man, da stimme ich Herrn Prof. *Hamilton* und Herrn Prof. *Jäger* zu, eine im Wesentlichen übereinstimmende Risiko- und Bedrohungsanalyse, um zu einer gemeinsamen Strategie zu kommen, aber was noch viel wichtiger ist, eine ausgewogene Lastenteilung („*burden sharing*“) der Partner. Die europäische Wirtschaft ist nicht mehr bereit, angesichts der globalen Konkurrenz (auch mit den USA), Sicherheitslasten für die Staaten zu übernehmen.

Nach dem Kalten Krieg hätten die europäischen Staaten globale sicherheitspolitische Lasten übernehmen müssen, dies haben sie nicht getan. Doch man war weder bereit, den zukünftigen Herausforderungen gemäß umzurüsten, noch auf die scheinbar wohl verdiente Friedensdividende auch nur teilweise zu verzichten. Stattdessen redete man die sicherheitspolitischen Herausforderungen herunter. Die Staaten Europas haben sich damit erstmal selbst marginalisiert.

Daher glaube ich, Herr Prof. *Jäger*, dass Sie in der Analyse der Asymmetrie recht haben, doch der Hinweis, Amerika möge auf den schwächeren Partner Rücksicht nehmen, bildet vor diesem von mir skizzierten Hintergrund keine gute Grundlage für eine Erneuerung der transatlantischen Partnerschaft. Insbesondere weil die wirtschaftliche Stärke Europas im Verhältnis zu den USA eine solche selbst gewählte Abhängigkeit nicht rechtfertigt. Dies kann aus der Sicht unserer amerikanischen Freunde und Partner auch als eine Methode begriffen werden, an den Segnungen globaler Sicherheit wirtschaftlich zu partizipieren, die sicherheitspolitischen Lasten jedoch zu vermeiden.

In dieser Hinsicht verstehe ich auch Herrn Prof. *Hamiltons* Einlassungen, ob Europa ein Partner der USA mit globaler Reichweite oder eine überdimensionierte Schweiz werden möchte. Darüber hinaus teile ich seine Ansicht, Europas Identität wird nicht von einer intellektuellen Diskussion über seine Finalität bestimmt werden, sondern davon, was Europa tut, um die Entwicklung in der Welt in eine – für eine

Vielzahl von Menschen bessere – Zukunft zu beeinflussen.

Wir brauchen eine transatlantische Strategie, in der Europa durch seine Fähigkeiten, auch die militärischen, ein gleichwertiger Partner der USA wird. Nur so kommen wir zu einer multipolaren Weltordnung, in der die US-amerikanischen Fähigkeiten, die Weltordnung zu sichern und zu gestalten, nicht überfordert werden. Was für alle Staaten eine gefährlichere, und was die sicherheitspolitischen Lasten betrifft, eine kostspieligere Welt würde. Die von manchen Europäern diskutierte Gegenmachtbildung ist ein Relikt vergangener Tage. Historisch beobachtet, führte sie häufig dazu, dass die hegemonialen Konkurrenten sich übernahmen und Dritte, meist Beobachter, zur neuen Hegemonialmacht aufstiegen. Angesichts der globalen Herausforderungen, die Herr *Zumach* in seinem Eingangsstatement darlegte, wäre ein solcher Hegemonialkonflikt eine Ressourcenverschwendung ersten Ranges.

Daher sollte Europa eine globale Gestaltungsfähigkeit entwickeln und gemeinsam mit den USA, aber auch mit Russland, China und Indien, so sie bereit sind, globale Lasten zu übernehmen, eine multipolare Weltordnung entwickeln. Der Kern dieser kooperativen Multipolarität ist die transatlantische Partnerschaft. Gibt es sie nicht, gibt es nur eine konfrontative Multipolarität, deren Kosten zu Lasten zivilisatorischer Entwicklungschancen geht. Zahlen werden wir alle, aber in besonderem Maße jene, die auf eine bessere Zukunft hoffen.

Lassen sie mich noch eine Anregung von Herrn Prof. *Jäger* aufnehmen: Seine Beobachtung der Binnenorientierung der derzeitigen transatlantischen Kommunikation hat eine gefährliche Komponente: sie verbraucht gewachsenes Vertrauen auf beiden Seiten des Atlantiks. *Vertrauen*, ein Mechanismus zur Reduktion von sozialer Komplexität (Vgl. Niklas Luhmann, *Vertrauen*, 1973), ohne den Handeln und schon gar nicht gemeinsames Handeln möglich ist.

Andreas Zumach

Aufrüstung Europas ist nicht finanzierbar

Herr *Kaestner*, Herr *Jäger*, was genau heißt, Europa solle "durch seine Fähigkeiten, auch

die militärischen, ein gleichwertiger Partner der USA" werden? Heißt das, Europa muss sich durch erheblich verstärkte Anstrengungen auf dem militärischen Sektor auf das heutige Niveau der USA heraufrüsten? Das aber wäre nicht finanzierbar und würde zu den ja auch von Ihnen angeführten politisch untragbaren Kosten führen. Oder gehen Sie davon aus, dass die USA ihr heutiges Niveau der militärischen Ausgaben und der Bereithaltung militärischer Kapazitäten deutlich absenken und sich Europa dann auf dieses Niveau begibt?

Andreas Zumach

Die Rolle der Türkei im Irak-Krieg

Als Antwort auf Oberst *Kaestner* „Gefahr der Libanisierung im Irak“. Er hatte folgendes geschrieben:

„Aber bei aller Kritik an den USA, kann man feststellen, dass sie bereits in dieser Kriegsphase einem ihrer engsten Verbündeten in der Region, der Türkei, klar gemacht haben: Die Türkei hat kein militärisches Interventionsrecht mehr im Irak.“

Es wäre ja schön, Herr *Kaestner*, wenn das zuträfe. Tatsächlich hat die Bush-Administration der Regierung in Ankara bereits im Vorfeld des Krieges ein Interventionsrecht ausdrücklich zugebilligt (das war unter anderem Gegenstand der Gespräche, die Vizepräsident Cheney im Spätsommer letzten Jahres in Ankara führte). Und in den letzten Tagen sind türkische Truppen mit ausdrücklicher Genehmigung Washingtons im Nordirak einmarschiert unter dem offiziellen, auch von Washington verkündeten, Vorwand, irakische Streitkräfte aus Mossul und Kirkuk fernzuhalten - tatsächlich geht es darum, dass die türkischen Truppen eine Übernahme und Kontrolle der Ölfelder durch die irakischen Kurden verhindern wollen.

Andrea Szukala

Militarisierung und Mediatisierung der Außenpolitik

Zum Abschluss des Podiums möchten wir Sie bitten, nochmals kurz Stellung zu nehmen zu folgenden Fragen:

- Worin sehen Sie die zentralen sicherheitspolitischen Herausforderungen in einer Perspektive bis 2015? Bitte versuchen Sie, diese in ein kurzes Ranking zu bringen.

- Was sind für Sie die zentralen Institutionen, im Rahmen derer diese bewältigt werden können?

- Wenn Sie der Meinung sind, es solle weniger Institutionen und mehr Diplomatie geben: Was könnten zentrale Perspektiven in den bilateralen Beziehungen Frankreich-USA, Deutschland-USA, Deutschland-Frankreich sein?

- Zu den Quellen einer zukünftigen Außenpolitik: Die Rückbindung von Außenpolitik an kritische Öffentlichkeiten spielt in den westlichen Staaten eine immer wichtigere Rolle. Wird dies zu einer weiteren Absenkung der Interventionsschwelle führen? Kurz gesagt: Führt Mediatisierung zu Militarisierung von Außenpolitik? Dies ist eine Frage, die auch im Besucher-Panel gestellt wurde.

Thomas Jäger

Ach Europa!

Mit einem Satz schlägt Herr Oberst *Kaestner* den Gordischen Knoten durch:

„Wir brauchen eine transatlantische Strategie, in der Europa durch seine Fähigkeiten, auch den militärischen, ein gleichwertiger Partner der USA wird.“

Der Bundeskanzler sollte diesen Satz in jede außen- und sicherheitspolitische Rede seiner Minister schreiben lassen. Denn damit wird die Perspektive umgedreht: Nicht die Strategie bestimmt die notwendigen Fähigkeiten, sondern diese das gemeinsame Konzept. Ich wiederhole mich, aber es scheint mir zentral: Der stärkere Staat hat mehr Verantwortung für die Ausbildung der gemeinsamen Strategie.

Gehen wir davon aus, dass in den nächsten 15 Jahren keine äußere Bedrohung die transatlantische Sicherheitspartnerschaft neu begründet, so sind die Bedrohungswahrnehmungen in den Staaten (und hier vor allem in den großen, militärisch handlungsfähigen) entscheidend. Hier stellen sich zentrale Aufgaben für die *Public Diplomacy*, nämlich Einfluss zu nehmen auf die Entwicklung der öffentlichen Meinung in den anderen Staaten.

Der Bundesaußenminister hat die Bühne des Sicherheitsrats der UN trefflich genutzt, die deutsche Position der amerikanischen Öffentlichkeit zu vermitteln. Auch der deutsche Botschafter war häufig in Talk Shows zu sehen. Das war aber zu wenig, um den deutschen Standpunkt glaubwürdig und mehrheitsfähig zu vertreten. Andere sind übers Ziel geschossen und meinten, die Frage zu persönlichen Profilierung nutzen zu können. Eine Einsicht aus dieser Beobachtung ist, dass Diplomatie in den zentralen weltpolitischen Fragen in Zukunft eine enge Einbindung voraussetzt, um erfolgreich zu sein. Die Auswertung der Umfrageergebnisse in den USA, die Analyse der Konflikte zwischen den Ministerien, die Beobachtung der medialen Konkurrenz werden für die Vermittlung der eigenen Position immer wichtiger. Kurz gesagt: Diplomatie wird zunehmend zur engen Steuerung von Prozessen, die andere Gesellschaften beeinflussen sollen.

Beobachtet man die Bedrohungsanalysen der jeweiligen sicherheitspolitischen *Community*, dann liegen diese vor allem in Europa nicht weit auseinander. Auch die Bedrohungswahrnehmungen sind nicht allzu unterschiedlich. Dass die Regierungen die Bedrohungen der inneren und äußeren Sicherheit für größer halten, als die europäischen Öffentlichkeiten, ist auch bekannt. Das gilt auch und besonders für Deutschland.

In den USA ist es umgekehrt: Das Bedrohungsgefühl ist enorm hoch und die Zahl derer, die den Irak-Krieg für richtig hielten, ist nach dem raschen militärischen Sieg auf über 75 Prozent gestiegen. Die amerikanische Öffentlichkeit wird in Zukunft zur Übernahme militärischer Kosten noch stärker bereit sein.

Die dichte Kommunikation und hohe Emotionalisierung, die die Medien ermöglichen, können Druck auf die militärische Lösung zukünftiger Konflikte ausüben. Hier – und nicht in institutionellen Arrangements – scheint mir die kurzfristige Hauptaufgabe zu liegen.

Mittelfristig aber geht es darum, die Europäer zu wecken. Frau Dr. *Françoise Manfrass-Sirjacques* hat völlig Recht, dass die Sicherheitspolitik der EU auf den Boden der Realitäten gestellt werden muss. Und das heißt eben auch, Fähigkeiten zur

Machtprojektion zu haben. Es werden aber mehr wolkige Diskussionen über Finalität geführt, als Analysen der Realität vorgenommen. Es ist nicht zuletzt eine Frage der Forschungsmittel und des Problembewusstseins derer, die sie verteilen.

Herr *Zumach* könnte den innovativen Gedanken von Herrn Oberst *Kaestner* nach meiner Einschätzung noch stärker würdigen. Es geht nicht darum, dass die EU auf das Niveau der USA aufrüstet. Das geht aus politischen und finanziellen Gründen nicht. Ende der Träumereien. Es geht aber auch nicht darum, dass die USA ihr militärisches Niveau absenken. Erstens ist das nicht zu erwarten, zweitens würde dies das internationale Konfliktmanagement erschweren, weil kein anderer Staat diese Aufgaben übernehmen kann. Aber auch auf die Güte der überlegenen USA würde ich keine internationale Ordnung aufbauen wollen.

In dieser Situation stehen zwei Optionen zur Verfügung (und anders als Herr Prof. *Hamilton* glaube ich nicht, dass die sympathische Lösung einer Groß-Schweiz realisierbar ist): Entweder gibt die EU ihren Anspruch auf Mitsprache in der internationalen Ordnung auf, oder sie überlegt, welche Fähigkeiten sie einbringen kann (weil sie darüber verfügt) und wie diese mit einer außenpolitischen Strategie der USA verbunden werden können.

Während alle auf die USA schauen, liegt der Ball eigentlich wieder in Europas Feld. Hier müsste innovativ, kreativ und politisch nachgedacht werden. Ein Blick in die Forschung lässt mich zumindest dann wieder auf die USA schauen.

Andrea Szukala

Zukunft der UNO

Im Besucher-Panel wird die Frage weiter diskutiert, auf welcher Grundlage ein gemeinsames Vorgehen im Rahmen der UNO Chancen hat. So der amerikanische Besucher *David Duck*:

„Ich war ziemlich enttäuscht über die UNO im Verlauf der „Diplomatie“ im Februar und März: wenn es ein positives Unrecht geben kann, kann and muss es auch ein negatives Unrecht geben. ... Die „Kritiker“ ignorieren die Rolle der UNO (UND darf

ich hier auf Frankreich sehr aufmerksam machen!) im Konflikt 1990-91. *Lesson learned?* Allerdings. Dass diejenigen, die im Sommer 2002 nicht zur UNO gehen wollten, für unilateral gehalten werden, mag gerechtfertigt sein; andererseits gibt es einen sehr guten Grund für ein "Ohne-UNO" Vorgehen. Die USA können ja mit den Europäern zusammenarbeiten im „Kampf“, aber im Krieg? Wenn man das „Zusammen wenn möglich, allein wenn nötig“ umdreht und behauptet, die USA agieren „Allein wenn möglich und zusammen wenn nötig“, sollte das nicht unbedingt als Kritik an den USA gesehen werden.“

Darauf antwortete Prof. *Jäger*:

„Eigentlich müsste Ihre Argumentation, Herr *Duck*, – sieht man vom Anlass einmal ab – in Deutschland verstanden werden. Denn dass die UNO die Verteilung an Gestaltungskraft zwischen den Staaten nicht mehr abbildet, hat doch in Deutschland dazu geführt, dass man einen Ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat gefordert hat.

In den USA hat man den nüchterneren Blick auf die Vereinten Nationen: Die UN werden mit den USA gehen können oder sie werden handlungsunfähig sein. Die Folgen waren jetzt zu beobachten.

Die grundsätzliche Frage aber ist, ob die Reformagenda der UNO in den völkerrechtlichen Stricken hängen bleiben kann, in denen sie sich derzeit verfangen hat. Dann scheint mir die Antwort nach der Zukunft der Vereinten Nationen schon gegeben.“

Thomas Jäger

Gefährdungen der Sicherheit

Frau Dr. *Szukala* zwingt das Nachdenken über die Bedrohungslage auf den Punkt, wenn sie fordert, dass eine Liste der Bedrohungen erstellt werden soll. Gleichzeitig wird eine solche Prioritätensetzung stets vorgenommen, denn auf bestimmte Bedrohungen bereitet sich jede Gesellschaft politisch (durch bürokratische Planung), militärisch (durch den Erwerb bestimmter Waffen, die Übung bestimmten Verhaltens) und mental (durch die Rede in der Öffentlichkeit) vor. Wenn dabei bestimmte Gefahren ausgeblendet werden, dann ist dies auch eine Prioritätensetzung.

Das Thema hat große Relevanz. Erstens laufen die Ausrüstungen und Kampffähigkeiten der Nato-Verbündeten aller Programme zum Trotz auseinander. Zweitens ist eine gemeinsame Abwehr von Bedrohungen nur dann möglich, wenn man dies gemeinsam vereinbart und geübt hat. Drittens lassen sich Ausrüstung und Ausbildung nicht in wenigen Wochen umstellen, sondern haben lange Planungszeiten. Was also wird bis 2015 vor allem abzuwehren sein?

(1) Die größte Gefahr geht für mich von einem Großen Krieg aus, der darin seine Ursache haben könnte, dass die Vereinigten Staaten die Weltordnung nicht hegemonial zu führen, sondern die übrigen Staaten zu beherrschen versuchen. Diese Vorstellung herrscht in einem kleinen, aber einflussreichen Zirkel der Neo-Konservativen, aber ein Blick in die amerikanische Geschichte zeigt, dass diese extremen Ausbrüche immer wieder eingefangen wurden. Kann man aus der Geschichte lernen, dass sich die amerikanische Politik wieder zur Mitte bewegt (und dadurch der Einfluss der Multilateralisten steigt)? Unser Besucher Herr *Duck* ist hier bei Vergleichen über die Jahrzehnte hinweg skeptisch. Methodisch hat er Recht. Politisch wäre die Verfestigung und Ausweitung des neokonservativen Programms für die amerikanische Außenpolitik nicht im Interesse der anderen Mittel- und Großmächte. Es liegt an der Klugheit der amerikanischen Außenpolitik, ob sie eine produktive Balance zwischen Eindämmung und Partizipation mit den übrigen Staaten herstellen können.

(2) Danach sind die Kleinen Kriege zu nennen, soweit sie einen störenden Einfluss auf die internationale Ordnung entfalten können. Auch in dieser Phase des „zweiten Rom“ wird es periphere Konflikte geben, die für die beteiligten Menschen unerträglich, für die Stabilität der Ordnung aber wenig bedeutend sind. Anders ist die Lage, wenn diese Kleinen Kriege die Sicherheit und wirtschaftliche Interessen der Gestalter dieser Ordnung berühren. Dann ist zu erwarten, dass auf die Herausforderung dieser ungehegten Gewalt mit ebenso ungehegter Gewalt reagiert wird. Herr Oberst Kaestner hat diese Herausforderung beschrieben und ihre Bedeutung für die Zersetzung der Regeln zwischen den Staaten herausgestellt.

(3) Die Gewährleistung der wirtschaftlichen Sicherheit wird in der öffentlichen

Diskussion in Deutschland quasi totgeschwiegen. Nachgerade gilt es als fein, keine ökonomischen Interessen zu haben. Für die als Handelsstaat ausgerufene europäische Großmacht ist dies verwunderlich. Und die reale Situation ist ja auch ganz anders. Die Integration der wirtschaftlichen Interessen in politische Programme ist dabei für die ordnungstragenden Staaten von besonderer Brisanz, weil neben den parallelen politischen Interessen auch der ökonomische Wettbewerb zu beachten ist.

(4) Der internationale Terrorismus kann eine enormes Gewalt- und Zerstörungspotenzial entfalten. Es steht außer Frage, dass die Folgen für die betroffenen Gesellschaften enorm sein können. Dem Chaos-Terrorismus, der die Zerstörung der Gesellschaft beabsichtigt (durch Vergiftung von Trinkwasser, Verseuchung von Lebensmitteln u.ä.) werden die Regierungen nur durch Maßnahmen zur inneren Sicherheit begegnen können. Erst wenn sich dieser mit großen kollektiven politischen Organisationen verbindet, entsteht eine Gefahr für die internationale Ordnung. Sollte es sich um große gesellschaftliche Gruppen handeln, wird er dadurch zum Kleinen Krieg; sollte er sich mit einer regionalen Großmacht verbinden können, steht sogar ein Großer Krieg zu befürchten.

Thomas Jäger

UNO und die Relationen der Macht

David Duck aus dem Besucher-Panel fragte Prof. *Jäger*:

„Dass Sie, Prof. *Jäger*, andeuten, die UNO hätte mal die Gestaltungskraft zwischen den Staaten abgebildet, finde ich interessant. Aber das will ich nicht unbedingt weiter thematisieren, es sei denn, Sie haben Lust, den Punkt zu erläutern.“

Herr Prof. *Jäger* antwortete:

„Was die Zukunft der UNO angeht, so sind Sie erfreulich optimistisch, Herr *Duck*. Ich sehe mit den Verhandlungen über den Irak-Krieg hingegen einen Bruch. Denn die amerikanische Regierung hat sich um die Legitimation durch die UNO bemüht, weil es die amerikanischen Bürger in großer Mehrheit so wollten. Deshalb ging man nach dem August 2002 nicht alleine, deshalb wurde Außenminister Powell

wieder ins Rampenlicht gerückt. Die schwierigen Verhandlungen, das öffentliche Drängeln gegen die Geduld diplomatischer Abstimmung, die taktischen Fehler einiger Regierungsvertreter, dies alles hat dazu geführt, dass die amerikanische Bevölkerung schon zu Beginn des Jahres 2003 gesagt hat: Jetzt ist es genug mit den multilateralen Versuchen. Das ist das Konzept einer amerikanischen Dominanz in den internationalen Beziehungen – und dies sollte im Abstimmungsprozess der UNO abgebildet werden. Die institutionellen Bedingungen der UNO aber sind so, dass die Ständigen Mitglieder jeweils über die gleiche Möglichkeit zu einem Veto verfügen. Das ist unabhängig davon, wie viel Macht sie außerhalb des Verhandlungsraumes aufbringen.

Was war die Folge? Die amerikanischen Bürger drückten ihre zurückgehende Sympathie gegenüber Frankreich (22% runter) und Deutschland (16% runter) aus. Denn die US-Bürger sind mit ihrer Rolle in der Welt derzeit sehr zufrieden. Die Rolle, die die USA in den internationalen Beziehungen spielt, entspricht derzeit der Erwartung der übergroßen Mehrheit.

Zurück zur UNO: Während des Ost-West-Konflikts spiegelte der UN-Sicherheitsrat die realen Machtverhältnisse wider und gemäß der UN-Logik wurde aktives Konfliktmanagement per Veto aus den USA oder der Sowjetunion verhindert. Überlegen Sie einmal kontrafaktisch, dass die Sowjetunion nicht Mitglied der UNO gewesen wäre, was wären dann die Beschlüsse zum Eingreifen in internationale Konflikte angesichts der sowjetischen Abschreckung gewesen? Nicht das Papier wert, auf dem sie gefasst wurden.

Genau an dieser Stelle setzt mein Pessimismus ein. Wenn Staaten im Sicherheitsrat eine Entscheidung blockieren können, aber nicht in der Realität, was ist der Sicherheitsrat dann wert? Das ist nun – nach Kosovo – in Fragen von Krieg zum zweiten Mal geschehen. Ab wann verliert eine Organisation ihre Glaubwürdigkeit als Ort der Verhandlung? Wenn ihre Beschlüsse zehn- oder hundertmal gebrochen werden?

Ich halte den Irak-Krieg für einen tiefen Bruch (der nur in den USA durch einen Wechsel der Politik geheilt werden könnte, aber das sehe ich nicht), und das aus zwei

Gründen:

- Erstens steht außer Frage, dass militärische Prävention das Völkerrecht bricht. Aber wenn es keine Staaten oder Organisationen gibt, die dies verhindern, wird man sich damit auseinandersetzen müssen.

- Zweitens steht außer Frage, dass die UNO der legitime Ort zur Entscheidung über die Gefährdung der internationalen Sicherheit ist (außer ein Staat wird angegriffen). Aber wenn es keine Staaten oder Organisationen gibt, die die Entscheidung an diesem Ort und ihre Einhaltung zwingend machen, wird man sich damit ebenfalls auseinandersetzen müssen.

Daniel Hamilton

Institutionen? Oder Perspektiven?

Frau *Szukala* hat uns gebeten, zu verschiedenen Fragen Stellung zu nehmen. Ich meldete mich zu einigen Fragen schon in den früheren Beiträgen. Aber nun zur Frage der Institutionen. Aus amerikanischer Sicht wird diese Frage sehr europäisch, vielleicht eher sehr deutsch gestellt. Manche Europäer, gerade aus Deutschland, neigen – verständlicherweise – dazu, gleich zu der Institutionenfrage zu kommen, da die Einbettung Deutschlands in mehrere institutionelle Rahmen für die Rehabilitierung der Bonner – und jetzt Berliner – Republik wichtig gewesen ist. Institutionen sind schon wichtig, aber sind kein Ziel an sich. Die eigentliche Frage einer gemeinsamen Strategie gilt letztlich jedoch nicht den Institutionen, sondern den gemeinsamen Perspektiven und der gemeinsamen Entschlossenheit.

Wenn wir bereit sind, eine im Sinne von Herrn *Kaestner* transatlantische Strategie zu implementieren, dann hat eine solche Strategie Implikationen für unsere Institutionen.

Zum Beispiel:

- Die NATO muss ihre Erweiterung fortsetzen. Aber Größe allein ist kein Ziel an sich. Die Streitkräfte des Bündnisses müssen darauf eingerichtet sein, nicht nur unsere erweiterten Grenzen zu verteidigen, sondern uns auch gegen Bedrohungen unserer

Sicherheit zu verteidigen, die von jenseits dieser Grenzen kommen. Dies gilt unabhängig davon, ob es sich dabei um formale Maßnahmen durch die NATO handelt, oder um weniger formale Koalitionen einzelner, die jeweils zum Handeln entschlossen sind. Und wir sollten die erstmalige Feststellung des Bündnisfalles gemäß Artikel V des NATO-Vertrages als die Gelegenheit nutzen, unsere Strategien für die erwähnte homeland defense mit der Doktrin der Allianz und der Streitkräfteplanung zur Verteidigung unseres NATO *homelands* abzugleichen.

- Die Beziehungen zwischen den USA und der Europäischen Union sind bereits jetzt von weltweiter Reichweite. Aber wir müssen in rasch auftretenden Krisen gemeinsam wirkungsvoller und schneller handeln. Die zwischen uns bestehenden Unterschiede müssen wir erkennen und entsprechend mit ihnen umgehen, bevor sie unsere Fähigkeit zur Zusammenarbeit beeinträchtigen können. Wir müssen unsere Fähigkeit steigern, mit sich abzeichnenden Bedrohungen umzugehen und sicherzustellen, dass die Vorteile der Globalisierung in einem höheren Maße allen zugute kommen.

- Wir sollten eine strategische Verlagerung der Schwerpunkte für die OSZE – die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – ins Auge fassen. Sie sollte allmählich von Südosteuropa abrücken und sich verstärkt dem Kaukasus und Zentralasien zuwenden. Die entscheidenden Herausforderungen in dieser Region – der Aufbau von Sicherheit und Vertrauen innerhalb von Gesellschaften anstatt zwischen Staaten – sind genau diejenigen Bereiche, in denen die OSZE am leistungsfähigsten ist.

Das sind nur einige Beispiele, es sind natürlich andere Institutionen. Man versteht jedoch die transatlantischen Möglichkeiten klarer, wenn man versteht, dass solche Institutionen nur Elemente eines dichten transatlantischen Netzwerks sind, und dass dieses Netz sich sowohl über informellen als auch formellen Kooperationsmechanismen erstreckt. Der Kampf gegen den Terrorismus ist ein gutes Beispiel dafür, die Beteiligung von NGOs [Nichtregierungsorganisationen] und Privatakteuren am Weltgeschehen bieten andere Beispiele. Kurz gesagt – die Institutionen funktionieren, wenn dahinter gemeinsame Perspektiven existieren. Noch mal: Wenn

wir uns einig sind, dann bildet die transatlantische Partnerschaft der Kern jeder effektiven internationalen Koalition, sei sie innerhalb oder außerhalb formellen Institutionen. Wenn wir uns uneinig sind, sind wir die globale Bremse – oder wir erleben diplomatischen Scherbenhaufen wie Irak oder Kioto. Unsere gemeinsame Herausforderung heute besteht darin, gemeinsame oder komplementäre Strategien und Perspektiven zu erarbeiten, und zwar zu einer ganzen Reihe "globalen" Themen, und dann diese Perspektiven und Strategien durchzusetzen, auch, aber nicht nur, durch Institutionen.

Françoise Manfrass-Sirjacques

Bedrohungswahrnehmungen sind die sicherheitspolitische Herausforderung des nächsten Jahrzehnts

Auch mittelfristig lassen sich die künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen nur schemenhaft und wahrscheinlich auch nur lückenhaft skizzieren. Es gibt zwar mehr oder weniger voraussehbare Entwicklungen, und es gibt Trends. Es gibt aber auch plötzliche Einbrüche, die den Kurs der Dinge von Grund auf verändern und die bisherigen Analysen obsolet werden lassen (Z.B. Zusammenbruch der europäischen Nachkriegsordnung, 11. September). Die Fokussierung auf unmittelbar wahrzunehmende Bedrohungen vermag auch die Wahrnehmung anderer, vielleicht weniger sichtbarer Herausforderungen zu trüben.

Auch wird zunehmend die Wahrnehmung von Bedrohungen von Rückkopplungsprozessen beeinflusst, die einerseits durch die Mediatisierung von Ereignissen Erwartungshaltungen in der Öffentlichkeit erzeugen und andererseits durch die Mediatisierung der Eliten politische Entscheidungen unterstützen sollen. Doch ist die Macht der Bilder auch nicht unendlich: Sie schaffen Erwartungen in Bezug auf Handlungsfähigkeit und -willen der politischen Eliten. Die Definition des Handelns bleibt aber der politischen Ebene vorbehalten. Die endlose Schleife der wiederkehrenden Bilder der zusammenfallenden *Twin Towers* hat nur in der Rückkopplung mit feststehenden politischen Zielsetzungen zur breiten öffentlichen Unterstützung der

amerikanischen Irak-Politik geführt (laut NYT/CBS glaubten 42% der Amerikaner, dass Saddam Hussein für die Anschläge direkt verantwortlich sei). Man kann den Vorgang „Instrumentalisierung“ der Mediatisierung zu politischen Zwecken nennen. Eine Zwangshandlung in Richtung „Militarisierung der Außenpolitik“ ist es aber nicht – um eine Frage aus dem Besucher-Panel zu beantworten. Richtig ist jedoch, dass die Mediatisierung den Druck auf die politische Ebene verstärkt, ihr Handeln oder Nicht-Handeln zu begründen und ihre Entscheidungen zu legitimieren. Damit sind auch die Zeiten der stillen Kabinettsdiplomatie vorbei.

Ich bin jedoch eher skeptisch, ob jedoch der Legitimierungszwang gegenüber der eigenen Gesellschaft sowie in den internationalen Institutionen wirklich Einfluss auf die politische Meinung in anderen Staaten ausüben und somit zum Mittel der Außenpolitik werden kann. Es mag im europäischen Raum denkbar sein, wo die historischen Erfahrungen vergleichbar und die Denkmuster nicht so weit voneinander entfernt sind. Ob die durch andere Erfahrungen geprägte amerikanische Öffentlichkeit empfänglich für europäische Argumente ist, steht auf einem anderen Blatt. Ohnehin bleiben die westlichen Gesellschaften trotz wachsender Interdependenz in ihren Denkmustern sehr „national“ orientiert.

Thomas Jäger weist mit Recht darauf hin, dass in Abwesenheit einer lokalisierbaren und quantifizierbaren Bedrohung die – wie auch immer subjektiven – Bedrohungswahrnehmungen die sicherheitspolitischen Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts bleiben werden. Weil diese Wahrnehmungen unterschiedlich sind und der „Kitt“ des Kalten Krieges fehlt – darauf hat Oberst *Kaestner* aufmerksam gemacht – werden die zentrifugalen Bewegungen in den Sicherheitsinstitutionen auch stärker, selbst wenn die Bedrohungsanalysen im Grunde genommen auch nicht weit voneinander entfernt sind. Sicherlich klingen die Debatten über die „Finalität“ von Europa und anderer supranationaler Organisationen „akademisch“. Damit sind sie aber nicht in die virtuelle Welt abzuschieben, weil hinter dem akademischen Nebel handfeste Machtinteressen stehen. Hinter dem französisch-amerikanischen Dauertauziehen ist die Frage der Führungsrolle in Europa zentral. Zu Recht oder zu

Unrecht glaubt Paris seinen Führungsanspruch nur in einem weitgehend von amerikanischen hegemonialen Bestrebungen befreiten und autonom handelnden Europa, einschließlich einer autonomen europäischen Sicherheitsstruktur sichern zu können. Gewiss – könnte man einwenden – fungiert hier „Europa“ als Machtbasis nationaler Ambitionen. Aber auch im europäischen Staatenbund mit seiner doppelgleisigen (halb supranationalen, halb national verankerten) Struktur bleibt das Streben nach Macht und Einfluss ein zentrales Anliegen der Staaten. Wäre eine weitergehende politische Integration die Lösung?

Der deutsch-französische Motor für europäische Initiativen stotterte aber vernehmlich – bis die Irak-Krise kam. Ob der Schulterschluss in der Irak-Krise als dauerhafter neuer Kitt der bilateralen Beziehungen fungieren wird, bleibt noch offen. Die Tatsache, dass Paris erheblich dazu beigetragen hat, Berlin aus der drohenden Isolierung – nicht zuletzt gegenüber Washington – herauszuholen, dürfte aber das in der Frage der sicherheitspolitischen „Finalität“ eher zögernde Deutschland auf die französische Seite bringen. Das könnte erneut transatlantische Spannungen auf die Tagesordnung bringen.

Ist nun eine „Gemeinsame Strategie“ das Zauberwort, um die transatlantischen Turbulenzen zu beruhigen? Ein großes Defizit an Klarheit diesbezüglich liegt zweifellos auf amerikanischer Seite. Ihre Strategie globalisiert sich, und damit globalisieren sich in deren Kielwasser die Aufgaben der Allianz. Wenn Europa Beistand bietet, zieht Washington ad hoc-Koalitionen vor. Unilateralismus prägt das amerikanische Handeln. Eine „gemeinsame Strategie“ erfordert zumindest die Rückkehr zu Multilateralismus, auch das Akzeptieren der Kontrollmöglichkeit der Verbündeten. Gemeinsame Strategie setzt ebenfalls eine gemeinsame Definition der Zielsetzungen voraus. Ist Amerika bereit, sich wieder einbinden zu lassen? Kein Zweifel: Die transatlantischen Beziehungen müssen ausgeglichen werden, sonst werden sie bersten. Ist Amerika dazu bereit? Der Ball liegt in der Tat im Feld Amerikas, denn Amerika ist „Gulliver“ und nicht Europa.

Roland Kaestner***Herausforderungen der Zukunft: Mehr Qualität als Quantität***

Die wichtigste Frage ist: Wird Europa (EU) eine globale Rolle an der Seite der USA in der Sicherheitspolitik übernehmen? Wenn nicht, wird dies einen amerikanischen Unilateralismus genauso fördern, wie es eine anti-hegemoniale Gegenmachtbildung initiiert und damit zu einer konfrontativen Weltordnung beiträgt. Die USA werden unter diesen Bedingungen ihre globale Ordnungsrolle immer stärker auf die Verteidigung ihrer Interessen reduzieren, doch auch dies wird ihre wirtschaftliche Überdehnung nur hinauszögern. In diesem Sinne hält Europa eine Schlüsselposition für die zukünftige Entwicklung inne. Wir können durch unser Verhalten eine kooperative Weltordnung mit stiften helfen.

Unabhängig von diesen ordnungspolitischen Herausforderungen wird die gleich bedeutende Frage sein: Wie gehen wir mit einer großen Zahl von staatlichen wie nicht-staatlichen Akteuren um, die unter nachholender Entwicklung, die Privatisierung der Gewalt und die Ökonomisierung des Krieges verstehen. Die Auswirkungen des Phänomens der „Kleinen Kriege“ auf die internationale Gemeinschaft gelangen kaum in unser Bewusstsein. In einem dieser Kriegsherde, der Demokratische Republik Kongo, starben nach Schätzungen in den letzten zehn Jahren ca. 3-4 Millionen Menschen. Diese Art des Krieges entsolidarisiert, seine Verknüpfungen mit unserer äußeren und inneren Sicherheit werden nicht wahrgenommen. Die Zerstörung von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungschancen verläuft schleichend, wie der Tod bei einer gering dosierten Giftmischung langsam eintritt.

Die Einhegung dieser Art Kriege muss in Zukunft für die Völkergemeinschaft genauso wichtig sein wie die der zwischenstaatlichen Kriege. Sonst sind die Probleme wie Bevölkerungswachstum, Sicherstellung der Energie- und Ernährungsbasis sowie der Kampf gegen Seuchen und Krankheiten, um möglichst vielen Menschen Entwicklungschancen in der Zukunft zu bieten, nicht zu lösen. Diese globalen Probleme sind die eigentlichen Herausforderungen für die entwickelten Gesellschaften. Die *Saddams* oder *Bin Ladens* (usw.) dieser Welt bieten keine Lösungen für diese

Probleme, sie kennen sie meist gar nicht, sondern sie wollen sich in erster Linie bereichern.

Institution für wen oder was?

Wir benötigen keine neuen Institutionen, sondern müssen die vorhandenen richtig nutzen. Will man nicht in einer konfrontativen Welt landen, benötigt man eine globale Struktur für die Sicherheit. Dies sind die Vereinten Nationen. Kollektive Sicherheit ist eine Antwort sowohl auf die Risiken einer globalen Ordnung wie auf die Herausforderungen der „Kleinen Kriege“. Dabei spielen regionale Strukturen eine wichtige Rolle. Die Transatlantische Gemeinschaft (NATO) ist ein Bündnis, das sowohl innerhalb seiner Grenzen als auch nach außen einen ständig wachsenden Stabilitätsraum geschaffen hat. Die NATO auch zur globalen Friedenssicherung im Rahmen kollektiver Sicherheit einzubeziehen, ist sinnvoll. Die NATO kann aber nur überleben, wenn sie ihre bisherigen asymmetrischen inneren Strukturen durch gemeinsame Anstrengungen der Europäer überwindet. Die EU, insbesondere die ESVP, ist die Voraussetzung, um der NATO das Schicksal des Warschauer Paktes zu ersparen. Welche Rolle können die bilateralen Beziehungen zu den USA spielen? Die Antwort auf einen vermuteten Unilateralismus der USA kann aus meiner Sicht nicht die Bilateralisierung der Beziehungen der europäischen Staaten zu den USA sein. Die Multilateralisierung Europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist die Grundlage für eine angemessene Mitsprache im Bündnis und die auch weiterhin vorhandenen bilateralen Beziehungen müssen diese Entwicklung absichern. Die Europäer können so zur gemeinsamen Lastenteilung für die globale Sicherheit beitragen.

Ein letztes Wort zu den Kosten:

Sowohl Herr *Zumach* als auch Herr Prof. *Jäger* haben mehrfach betont, dass Europa nicht genug Finanzmittel zur Modernisierung der europäischen Streitkräfte aufbringen könnte. Ich teile diese Auffassung nicht, man braucht noch nicht mal mehr Geld, sondern muss es intelligent einsetzen. Allerdings sollte man den Haushalt verstetigen. Die europäischen NATO-Mitglieder geben etwa Zweidrittel des US-

Verteidigungshaushaltes vor den Erhöhungen des 11. September aus. EU-Europa hat in den letzten 10 Jahren 2-2,5 Millionen Soldaten unter Waffen gehalten: Weniger Soldaten, dafür mehr Qualität könnte die Lücke zwischen den europäischen Staaten und den USA schließen helfen. Allerdings muss man eine klare Richtung vorgeben, welche Fähigkeiten diese europäischen Streitkräfte in Zukunft haben sollen, denn sonst wird die Masse des Geldes zur Erhaltung alter Fähigkeiten ausgegeben. Was übrigens auch in den USA nach den letzten Erhöhungen des Verteidigungshaushaltes zu beobachten war.